

Ein guter Teil dieses Mehrbedarfs — leider ist er nicht zählbar — ist auf die wachsende Macht der Gewerkschaften zurückzuführen, die mit wachsender Ergiebigkeit der Produktion einen größeren Anteil am Ertrag der Gütererzeugung dem arbeitenden Menschen zu sichern vermochten. Die Arbeitszeit wurde sozialer gestaltet, gegen den Willen der Unternehmer. Wäre heute noch allgemein der Zehn- und Zwölftundentag der kapitalistischen Frühzeit in Geltung, so hätte der Bedarf an Arbeitskräften sicher nicht in dem Maße steigen können, wie es tatsächlich der Fall war.

Daß es so kam, daß ein größerer Teil der Menschen an einem wachsenden Produktionsertrag teilnimmt, sei es durch höhere Löhne, sei es durch kürzere Arbeitszeit und durch sozialere Arbeitsbedingungen, das beweist den vollendeten Unsinn kommunistischer Agitation gegen die Rationalisierung, die in Wirklichkeit ein Kampf gegen wirtschaftlichen Fortschritt ist. 1907 bis 1925 war eine solche Zeit der Rationalisierung, nur daß man sie damals nicht so nannte. Und die Arbeiterklasse braucht den Fortgang der Rationalisierung nicht zu fürchten, wenn sie stark, geschlossen und kampfbereit dem Willen der Unternehmer entgegentritt, die Rationalisierungsgewinne nur dem Kapitalprofit dienstbar zu machen. Indem die Kommunisten die gewerkschaftliche Arbeiterfront zu schwächen suchen, sind sie in Wirklichkeit die Diener des Kapitals.

Die Zahl der erwerbsfähigen Männer in Deutschland ist in dem Zeitabschnitt zwischen den Zählungen um 3,7 Millionen gestiegen. 3 Millionen davon hatten Juni 1925 in Handel und Industrie und Verkehr wieder Unterlust gefunden. So ist einmal die Bedeutung dieser Gewerbebranche gegenüber der Landwirtschaft gestiegen. Jeder Verzicht auf industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten ist aber auch eine soziale Belastung, der die Landwirtschaft keine entsprechende Gegenleistung gegenüberzustellen vermag. Wenn die Regierung zugunsten von agrarischen Hochschulzöglingen den Abschluß von Handelsverträgen verzögert, so höfzt sie damit eine Quelle volkswirtschaftlicher Verluste an, deren Segen sich auf die breiten Massen in Form von Erwerbslosigkeit ergibt. Diese Tatsache ist eine Mahnung an die Regierung, die nur allzu geneigt ist, das Wohl großer Volksmassen der Kapitalrente der Großagrarien zu opfern.

In die wachsende soziale Not, in die Sprengung der Familie leuchtet die Tatsache hinein, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen viel stärker als die arbeitender Männer, nämlich um zwei Fünftel gestiegen ist.

Die Verzerrung der Volkswirtschaft durch die Inflation, die gewaltige Zunahme der Handelsbetriebe und insbesondere des Kleinhandels, der die letzte Zustufe vieler verarmter Kleinrentner war, charakterisiert sich in den hohen Zahlen, die der Anteil dieses Gewerbes an der gesamten gewerblichen Tätigkeit aufweist. Diesem sozialen Abstieg steht eine gewaltige Erstarkung der Schwerindustrie gegenüber, die längst aufgehört hat, vorwiegend Arbeitsindustrie zu sein und sich in gewaltigem Umfang mechanisiert hat. Ebenso ist die Bedeutung der chemischen Industrie bedeutend gewachsen.

Vieles hat sich seit Juli 1925 verändert. Ein großes Heer von Arbeitslosen wartet, teilweise seit Jahr und Tag, auf Beschäftigung. Wohl scheint die Absatzkrise im Abflauen zu sein. Aber immer noch lastet der Druck der Not auf Hunderttausenden von Arbeiterhaushaltungen. Die verstärkte Tendenz zum Großbetrieb, die zunehmende Abhängigkeit großer Arbeitermassen von wenigen Großunternehmern, die Fehlschläge in der kapitalistischen Wirtschaftsführung seit Krieg und Inflation — alle diese den Sozialisten längst bekannten Tatsachen werden durch die neue Statistik neu bestätigt und neu beleuchtet. Und sie zwingen zum verstärkten Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse in der Wirtschaft und um einen größeren Anteil der Arbeitskraft am Ertrag der Gütererzeugung.

Bekenntnisse.

Aus dem Sammelfurium des Bürgerblocks.

Die republikanischen „Richtlinien“, die Herr Marx aus dem Zentrumsmantel herausgedrückt hatte und die dann, neben der offiziellen Regierungserklärung, als Grundlage der Bürgerblock-Regierung dienen sollen, sind nicht nur von den Deutschen Nationalen, sondern auch von der Bayerischen Volkspartei offiziell anerkannt worden.

Das Wesentlichste dieser Richtlinien ist das Versprechen, die Republik und ihre Symbole zu schützen. Wie das Versprechen bei den Deutschen Nationalen geachtet und gehalten wird, hat schon Dr. Everling mehrfach bewiesen. Jetzt hat sich auch der bayerische Volksparteiler Völsel, nach dem Reichstagshandbuch „Kgl. bayerischer Major d. L. a. D.“, in einer Versammlung in Regensburg über seine wahren Gefühle geäußert. Er erklärte dort nach dem Bericht des „Bayerischen Vaterland“:

Ein König von Bayern müsse Herr sein im eigenen Hause, und dazu müsse die Finanzhoheit wiederhergestellt werden. Die Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum bezeichnete der Redner nur als eine lose Bindung und Zusammenarbeit, wobei die Bayerische Volkspartei nichts von ihren Grundfahnen aufgegeben habe. Ich bin Monarchist und werde nie an einer Partei mitarbeiten, die das monarchistische Prinzip nicht anerkennt.

Das ist ganz klar und eindeutig. Herr Völsel gehört zu den Stützen der Bürgerblock-Regierung, die die Republik und ihre Symbole schützen und vor Angriffen sichern will. Ein Monarchist mehr, der offen Farbe bekundet, auch wenn Marx und Stegerwald diese Farbe nicht sehen wollen!

Fast gleichzeitig hat in Bonnern der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete Menzel sich ganz ähnlich geäußert. Nach dem Bericht der „Bommerschen Tagespost“ erklärte er auf dem Kreisparteitag der Deutschen Nationalen von Rindom, „die alte Devise sei nicht gestrichen, die Gesinnung bleibe dieselbe, unser Ziel: Ein Gott, ein Volk, ein Kaiser!“

Um diesen Spruch ganz zu verstehen, ist notwendig, daneben zu halten, was unmittelbar von Menzel der Abgeordnete Schlang-Schönningen auf demselben Kreisparteitag sagte:

In heutigen politischen Zeiten sei es nicht wohlgeit, das Herz und seine Ideale auf den Lippen zu tragen. Es gelte, den Mut nicht zu verlieren, sondern zu warten und zu wissen, das, was jetzt getan werde, sei nichts weiter als eine Vorbereitung.

Vorbereitung — wozu? Etwa um die republikanische Staatsform, zu deren Schutz die Deutschen Nationalen sich fernerlich verpflichtet, noch fester zu verankern? Oder um das „Ziel“: „ein Kaiser!“ baldmöglichst zu erreichen?

Vielleicht kann der Reichstagskanzler Marx auf diese Fragen Antwort geben. . . .

Rosenstiel.

Ein Landrat, der keine Reichsfarben kennt.

Der Landrat des Kreises Anklam, von Rosenstiel, veranstaltete im vorigen Jahre in dem zu seinem Kreise gehörigen Orte Crien ein Jugendfest, bei dem sportliche Jugendwettkämpfe ausgeschrieben wurden. Bei der Gelegenheit verteilte er auch Prämien an die Sieger.

Trotzdem er als Veranstalter für die Aufmachung des Festes verantwortlich war, bildete er es, daß der Festplatz mit den Monarchistenfahnen geschmückt wurde, daß aber die Reichsfarben fehlten! Der Minister des Innern hat ihm über sein Verhalten zum Bericht aufgefordert und da dieser die Tatsache nicht aus der Welt schaffen konnte, seine Vernehmung als Regierungsrat an ein benachbartes Regierungspräsidium angeordnet.

Darüber sind nun die Blätter der Rechten aufs äußerste empört. Sie, die jede Maßregelung eines politischen Beamten während

der Kaiserzeit unterschiedlos billigten, stellen sich, als ob sie ein Recht der republikanischen Regierung nicht anerkennen könnten, das von den politischen Beamten der Republik Schutz der republikanischen Symbole vor Nichtachtung zur Pflicht macht.

Diese gemachte Entrüstung ist gar zu durchsichtig. Im alten Kaiserreich wäre ein Landrat, der ein sozialdemokratisches Fest auch nur besucht hätte, nicht etwa verfehlt, sondern glatt entlassen worden. Im neuen Staat wird der Herr Rosenstiel zum Regierungsrat ernannt und verfehlt. Das ist für einen Beamten, der die Reichsfarben nicht kennt, eine sehr milde Behandlung.

Westarps Frankfurter Rede.

War sie der Regierung zuvor bekannt?

Aus unseren und anderen Berichten aus Genf geht hervor, daß die vielfach erörterte Rede des Grafen Westarp in Frankfurt a. M. wesentlich dazu beigetragen hat, die ohnehin nicht leichte Stellung der deutschen Delegation in Genf noch unbequemer zu machen. Noch wird, wie wir hören, von deutschnationaler Seite zur Verteidigung Westarps behauptet, dieser habe keine Rede, bevor er sie hielt, dem Auswärtigen Amt oder einer anderen amtlichen Stelle zur Begutachtung vorgelegt, ohne daß gegen ihren Text irgendwelche Bedenken geäußert worden seien. Vielleicht ergibt sich im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags Gelegenheit, auch diesen eigenartigen Gerüchten nachzugehen.

Preußen und Groß-Hamburg.

Ausbau des preußischen Hafengebietes?

Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat die anlässlich der Debatte über die Groß-Hamburg-Frage im Landtag angekündigte dritte Gesetzesvorlage zu dieser Angelegenheit vorgelegt. Zur Unterstützung der preußischen Randgemeinden und Kreise am Stadtkreis Hamburg wird in den zwei bereits im Landtag zur Beratung stehenden Gesetzesentwürfen außer umfangreichen Umgemeindungen mit dem Ziele der Schaffung leistungsfähiger Gemeinden auch ein Sonder-Finanzausgleich vorgesehen. Die nunmehr herausgekommene dritte Gesetzesvorlage bringt eine Ermächtigung des Staatsministeriums, für den Ausbau des preußischen Hafengebietes an der unteren Elbe einen Kredit von 23,7 Millionen Mark aufzunehmen. Nachdem bisher zwischen Preußen und Hamburg keine Einigung in den Gebiets-Auseinandersetzungsfragen erzielt werden konnte, will Preußen durch Gesetzesvorlagen für eine wirtschaftlich möglichst gute Ausgestaltung seiner dem Druck des reichen Stadtkreises Hamburg ausgehenden Randgebietestelle sorgen.

Auch Hamburg will ausbauen.

Hamburg, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf die Anfrage der hamburgischen Regierungsparteien, welche Stellung der Senat zu der durch die Rede des Ministerpräsidenten Brauns im preußischen Landtag über die Groß-Hamburg-Frage geschaffenen Sachlage einnehme, antwortete Bürgermeister Dr. Petersen am Mittwoch im Senat u. a., daß der Senat nach wie vor zu Verhandlungen bereit sei, durch die sowohl die Interessen des Reiches als die des Niederelbegebietes gewahrt werden. Deshalb werde auch die Einsetzung des Haushaltsausschusses des Reichstags, die das Reichskabinett zum Eingreifen auffordert, begrüßt. Allerdings könne es sich bei solchen Verhandlungen nach der Durchführung der jetzt vor dem Abschluß stehenden preußischen Gesetzesvorlagen nur noch um Teillösungen handeln. Hamburg werde darum mit äußerster Energie die Intensivierung seines Hafens betreiben und die ihm verbliebenen Möglichkeiten auch in verkehrstechnischer und städtebaulicher Hinsicht voll ausnützen.

Auf die Robinson-Crusoe-Insel verfährt die Regierung von Chile eine Anzahl Kommunisten mit Baustoffen, Saatgut, Haustieren und Nahrungsmitteln. Die angeblich fruchtbare Insel heißt offiziell Mas-Aynera.

Volkstunfragen.

Von Wilhelm Schuffen.

Nur vor dem Erwachen hatte ich einmal einen wunderschönen hellen beglückenden Morgenraum. Es träumte mir, daß ich soeben einen eigenartigen Roman vollendet hatte. Es war Frühling oder Sommer, und ich befand mich auf einer Fußwanderung. Wie es nun zugeht, daß ich, auf einer alten Gartenmauer am Bodensee sitzend, das erste Kapitel meiner Arbeit vorlas, und wer die Einladung dazu besorgt hatte, kann ich wirklich nicht sagen. Schon der Anfang des Romans war furchtbar spannend; denn als ich tags darauf in einem wohl sechs Stunden nördlich von dem See entfernten Marktflecken das zweite Kapitel vortrug, befanden sich unter der Zuhörerschaft auch einige Unwürdige des ersten Kapitels, die vor lauter Anteilnahme die Nacht über unruhig geschlafen hatten und müde waren. So ging es nun von Flecken zu Flecken, von Städtlein zu Städtlein. In Dorfschänken, auf Hügeln, in hochgewölbten Buchenhallen, an blumenbestäubten Rainen, auf weiten Sonnenplätzen, in schattigen Regelparkanlagen, Turnhallen, Ballplätzen und Gemeindefestplätzen wickelte sich das Trauamwunder dieser Lesungen vor einer sich von Kapitel zu Kapitel mehrenden Menge ab. Der Roman schien endlos, unerforschlich zu sein. Wir waren bereits am Ende des Bändchens, und immer hatte er noch kein Ende. Auf diese Weise mühten wir schließlich zu Fuß noch ans Meer gelangen und dort ein Riesenschiff mit weißen Segeln besteigen, das die Fähigkeit besaß, im Mondlicht den Äther zu durchfliegen. Da erwachte ich. Und schon begann ich zu lächeln; doch da fiel mir ein, daß ich in jüngster Zeit tatsächlich Abend für Abend eine ganze Romankette von Vorträgen und Veranstaltungen aller Art mitangehört hatte oder doch hätte mitanhören können, und daß es in der Großstadt sicherlich so manchen reichen und auch armen Menschen gab, der am Ende eines Jahres wohl seinen hundertsten Vortrags-, Konzert-, Theater- oder doch Kino- und Zugbrüderabend hinter sich hatte. Und mit völlig nüchternen Stimmungen hielt ich nun meinen anscheinend so wunderlichen Traum fest. Es war mir, als warteten draußen auf dem platten Land alle die Städtlein und Flecken und Dörfer auf den auch ihnen vom Gottes und Rechts wegen zukommenden Teil am goldenen Ueberflus der Kunst.

Wie man hört, will nun das Theater ins Land reisen und will mit einer wandernden Volkstheater wirklich hinaus zum Volk. Auch die Dichter mühten wieder wie einst das Wandern in diesem Sinne anfangen und ihr lebendiges Wort nicht nur den Leuten in Wien und Berlin bringen, wo ein Kunst- und Kulturabend den anderen folgt, sondern namentlich auch dem Volke in den Flecken und Städtlein des platten Landes. Vielleicht schafft auch hierin die neue Zeit neues, und vielleicht gibt es noch einmal Landeskunst- oder Lebensmittelämter für künstlerische Volkstheater, und dann erhalten wohl die hierzu berufenen Spiel-

leute und Dichter von Zeit zu Zeit aus irgendeinem weltverlorenen Flecken oder Städtlein ein sinniges Schreiben mit der Einladung, für ein Abendessen und ein gen Süden gelegenes Dachbett ihre ewig eilt und doch ewig unentbehrlichen, bunten, glühenden, herz- und nervenerfrischenden Sonntagabende vor himmelaufblühenden Gemütern auszuspacken.

Aber nun stehen wir schon wieder mitten in einem Roman. Und schon beginnt die Spannung. Da will ich denn sofort aufhören.

Ein Meister der Gehirnrirurgie. Professor Fedor Krause, ordentlicher Honorarprofessor an der Universität und Chefarzt des Augusta-Hospitals in Berlin, vollendet heute sein 70. Lebensjahr. Seine Arbeiten ist es vornehmlich zu verdanken, wenn Operationen am Gehirn für den modernen Chirurgen keine ungewöhnlichen Eingriffe mehr darstellen. Als leitender Chirurg des Städtischen Krankenhauses Altona widmete Fedor Krause umfassende Studien u. a. dem äußerst qualvollen Leiden des Gesichtsdemerges. Er gab ein neues operatives Verfahren an, nach dem der tief in der Schädelhöhle sitzende Nervennoten des Trigenimus entfernt wird. Bald wandte er sein Interesse der Gehirnschirurgie im engeren Sinne zu. Bekanntlich kann sich nach Gehirnerkrankungen Epilepsie einstellen. Splinter des Schädelknochens und wird die Großhirnrinde durch die Knochenstücke angegriffen oder sonstwie gereizt, so kann ein epileptischer Krampfanfall ausgelöst werden. F. Krause gebührt das Verdienst, die Technik der Hirnoperationen zur Heilung derartiger Epilepsieformen ausgebaut zu haben. Man weiß, von welchen Teilen der Hirnrinde die Bewegungen bestimmter Muskelgruppen reguliert werden. Beginnen die Krämpfe immer wieder in denselben Muskelgebieten, so kann man daraus schließen, daß die entsprechenden Hirnteile erkrankt sind. An dieser Stelle wird die Schädelkapsel eröffnet und die Gehirnschicht ober der Knochenplatte entfernt oder was sonst die Störung hervorruft, entfernt. Nachdem der Krankheitsherd genau festgestellt ist, wird der erkrankte Teil der Hirnrinde herausgeschnitten. Betrachtend hat F. Krause auch auf die operative Behandlung der Wirbelentzündung gewirkt, die meist auf Tuberkulose beruhende Entzündung einzelner Abschnitte der Wirbelsäule. Die gefährlichste Folge der Erkrankung ist die durch die einsinkenden Knochen oder durch Knochenwucherungen verursachte Quetschung des Rückenmarks, die zu schweren Lähmungen führt. Der geistig außerordentlich rührige Chirurg hat durch seine komplizierten Hirn- und Rückenmarksoperationen zahllose Kranke von ihren Leiden befreit und sie vor dem Verlust ihrer materiellen Existenz bewahrt.

Konzert der Berliner Liederkreunde in der Hochschule. Dem Programm nach sind fast alle heutigen Konzerte unserer Arbeiterchöre selbst für den anspruchsvollen Musiker achtunggebietend und anziehend. In gewählter Mischung zwischen Klassikern, arrangierten Klassikern und bekannten, bewährten Neueren verließ auch die Vortragsfolge der „Berliner Liederkreunde“ (vereinigt mit dem Männerchor Weihenstephan). Die Bewältigung dieser nicht immer leichten Aufgaben unter Alfred Göbels Leitung war ebenfalls im allgemeinen recht anerkennenswert. Ein früherer Lustig im ganzen könnte allerdings nichts schaden. Das Strengmusikalische, dem sich unsere Chöre erfreulicherweise immer mehr zuwenden, droht allmählich in

inneres Grübeln und Asketentum auszuarten. Sehr viel Piano, selten ein voller, schmetternder Chorklang, am seltensten die mittleren dynamischen Stufen. Etwas Monotonie ist da die unausbleibliche Folge. Ein Ideal von prachtvollem, allem Kontrapunkt, dynamischen und geistig-musikalischen Ansprüchen gleich gerechtet Aufbau war die „Ehre Gottes“ von Beethoven. Auch der größere Teil der anderen Chöre war, abgesehen von dieser schon gerühmten Beseitigung, die sich auch rein technisch in allzu reichlicher Anwendung des Falsett (dazu eines fehlerhaften) zeigte, rein, gut in der Diktion und sicher. Nur das wieder tief einschneidende „Glockensied“ (Sendpiel ist ein richtiger Reformator des Männerchors) und noch mehr das schwächliche „Weibel“ von Karl Rämpf waren ziemlich unrein und hallig. Das von R. Rud. dem geborenen Bearbeiter fühner Weise, gefolgte „Trinklied“ Raspars aus dem „Freischütz“ dürfte für den Chor noch etwas zu schwer sein. Dagegen ein gefundenes Essen für mittlere Vereine ist das stürmisch da capo verlangte, von Woldenhauer prächtig bearbeitete „Jubiläumliche Lied“. Eine Beethovenfeier im kleinen feierte der Pianist Julius Dahle mit zwei solid und sauber gespielten Sonaten und der andenden, aber etwas verblehten „Mut um den verlorenen Groschen“ des Meisters bei.

H. M.

Photographie auf 6 Kilometer Entfernung. Nach einem Bericht aus dem Haag soll ein Telegraphenbeamter zu Hoogeveen in Holland einen Apparat für Photographie auf weite Entfernung erfinden haben, mit dem photographische Aufnahmen auf Strecken bis zu fast 6 Kilometer gemacht werden können. Die Aufnahmen sollen schärfer und genauer sein als die, die durch die gegenwärtig vorhandenen Methoden erzielt werden. Das holländische Kriegsministerium hat nach befriedigend verlaufenen Prüfungen einen Versuchsapparat angekauft.

Buddha als Leuchtturm. Ein neuer Leuchtturm, der an dem Hafen von Nagasacki, der etwa 120 Kilometer nordöstlich von Kioto liegt, in Gestalt einer riesigen Buddha-Statue in Beton errichtet wurde, stellt die größte Buddha-Figur dar, die es bisher gibt. Dieser Buddha, das Geschenk eines Hafenbeamten von Nagasacki, Sotokiji Yamada, der schon viel für die Verbesserung des Hafens getan hat, wiederholt die berühmte Buddha-Darstellung von Kamakura in gewaltigeren Ausmaßen. Die Statue ist 72 Fuß hoch, hat in der Mitte einen Umfang von 32 Fuß, und an der Stirn, wo sich bei den gewöhnlichen Buddha-Figuren ein Edelstein befindet, leuchtet hier ein elektrisches Licht von 10 000 Kerzenstärke weit über den Hafen als Signal für die Seefahrt.

Die große Wand-Kassette im Kronprinzenpalais wird am Sonntag abend feierlich eröffnet werden. Die Vorbesichtigung ist am Freitag.

Filmvortrag. Anlässlich der Annahmefest des Potsdamer Operateurs E. Zillig in Berlin veranstaltet die Prometheus-Sonntag mittig 19 Uhr im Emma-Palast, Kurfürstendamm, eine Sondervorstellung des Potsdamer Films. Daran spricht Herr E. Zillig über „Neue Wege der russischen Filmkunst“. Eintrittskarten bei Wertheim, Sote u. Bez und an der Theaterkasse.

Die Städtische Kunstakademie in Kassel beghnt in diesem Jahre die Jubelfeier ihres 150-jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß findet vom 1. Juni bis September eine Ausstellung im Orangenschloß zu Kassel statt, die neben einer reichhaltigen Ausstellung Kasseler Künstler eine Uebersicht über das gesamte deutsche Kunstschaffen der Gegenwart zeigen soll.

Um das Arbeitszeit-Notgesetz.

Noch keine Einigung des Bürgerblocks.

Das von den Gewerkschaften geforderte Notgesetz zur Befreiung der Ueberstundenwirtschaft und der Entlastung des Arbeitsmarktes entspricht so sehr der wirtschaftlichen Notwendigkeit, daß auch die Rechtsregierung sich dieser Forderung nicht ganz verschließen kann. Da in der jetzigen Regierung aber der Machtwille der Unternehmer weit mehr ins Gewicht fällt, als die Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit, werden alle Anstrengungen gemacht, um das Notgesetz zu einem Messer ohne Klinge zu machen, das „der Wirtschaft“ ungefährlich erscheint und doch den Anschein erweckt, als ob etwas geschehen sollte.

Die Rechtspreffe macht sich die Sache höchst einfach. Sie stempelt die wirtschaftliche und soziale Forderung des Notgesetzes zu einer politischen Forderung und lehnt sie deshalb ab.

Der starke Druck, der von unten eingeseht hat, scheint auf die Rechtsregierung nicht ganz ohne Eindruck geblieben zu sein. An den Verhandlungen am gestrigen Tage im interfraktionellen Ausschuss der Regierung, die sich stundenlang hinzogen und schließlich auf heute vertagt wurden, nahmen der Reichsfinanzminister Dr. Marx und der Reichsarbeitsminister Brauns teil.

Wie verlautet, hat man sich zu einer Abänderung des Regierungsentwurfs entschlossen, die dahin geht, eine generelle Mehrbezahlung aller Ueberstunden durch einen Zuschlag von 25 Proz. einzuführen.

Das würde natürlich keine Lösung bedeuten, keine Befreiung der nicht durchaus notwendigen Ueberstunden. Die Unternehmer würden sich bald mit ihren Löhnen auf die Ueberstundenmehrbezahlung einzurichten wissen, die beschäftigten Arbeiter wären die Seppeliten und die Arbeitslosen könnten weiter die Arbeitsnachweise füllen. Mit Halbheiten ist hier nichts getan, es muß durchgegriffen werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird jedenfalls darauf bestehen, daß ihr Initiativantrag zum Notgesetz noch in dieser Woche im Plenum beraten wird. Da die Rechtsregierung in dieser Frage offenbar nicht homogen ist, muß der Reichstag nunmehr Klarheit darüber schaffen, daß der zwingenden Notwendigkeit eines wirklichen Arbeitsnotgesetzes nicht mit Ausreden begegnet werden kann.

Hilfe für die Notleidenden.

Ein Erfolg der sächsischen Sozialdemokratie.

Dresden, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Am 16. Dezember war im Sächsischen Landtag mit den Stimmen der sozialdemokratischen, kommunistischen, nationalsozialistischen Abgeordneten und mit den Stimmen der Abgeordneten der Aufwertungspartei ein Antrag angenommen worden, der die Regierung ersuchte, den Fürsorgeverbänden 10 Millionen Mark als Beihilfe für besonders Notleidende zur Verfügung zu stellen. Die Regierung legte aber dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, der nur die Verwendung von einer Million Mark für den genannten Zweck vorsah. Die Partei für Aufwertung und Volksrecht war schon im Ausschuss umgefallen.

In der heutigen Landtagsitzung wurde der Antrag, 10 Millionen Mark zu bewilligen, mit 48 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur noch die Sozialdemokraten, Kommunisten und die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten, während alle übrigen Parteien einschließlich der Abgeordneten der alten Sozialdemokratischen Partei und der Partei für Volksrecht und Aufwertung gegen den Antrag stimmten. Der Antrag wäre jedoch angenommen worden, wenn der kommunistische Abgeordnete Ewert nicht gefehlt hätte. Einstimmig angenommen wurde jedoch ein Antrag, wenigstens 3 155 000 M. für die Bedürftigen stiftlich zu machen.

Wenn auch die Sozialdemokratische Partei Sachsens nicht durchsetzen konnte, daß ihr ursprünglicher Antrag angenommen wurde, so hat sie doch erreicht, daß ein immerhin erheblicher Betrag für die Bedürftigen bereitgestellt werden muß, und sie hat damit einen beachtenswerten Erfolg erreicht.

Die Erhöhung der Mieten.

Der Standpunkt der preussischen Regierung.

Trotz der scharfen Proteste aus Mieter- und Verbraucherkreisen haben die Vertreter der preussischen Staatsregierung im Reichsrat am 8. d. M. der Verordnung der Reichsregierung zugestimmt, wonach die gesetzliche Miete zum 1. April d. J. um 10 Proz. und zum 1. Oktober d. J. um weitere 10 Proz. erhöht wird.

Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, war für diese Stellungnahme des preussischen Staatsministeriums in erster Linie der Gesichtspunkt ausschlaggebend, daß die derzeitige Lage auf dem Wohnungsmarkt die Bereitstellung weiterer Mittel zur Förderung der Neubauaktivität erfordert. Im übrigen konnte sich das preussische Staatsministerium lediglich den Standpunkt der Reichsregierung zu eigen machen, daß die vorgesehene Erhöhung der Miete aus allgemeinen wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Gründen erforderlich, und daß die Annäherung der gesetzlichen Miete an die wirtschaftlich notwendige und gerechtfertigte Neubaumiete insbesondere auch eine Voraussetzung für die Befreiung der Wohnungswirtschaft ist.

Wohnungsbau und freier Kapitalmarkt.

Die Stellungnahme der preussischen Regierung in der Mietfrage wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Preußen trotz seiner schwierigen finanziellen Bewegungslage nach Kräften bemüht ist, der Wohnungsnot durch Befreiung der Bautätigkeit zu freuern. In dieser Richtung sind auch eine Maßnahme, jetzt am freien Kapitalmarkt vorhandenes flüssiges Geld in erhöhtem Maße dem Wohnungsbau nutzbar machen soll. Die beteiligten preussischen Minister haben jetzt zugelassen, daß auf Antrag von Gemeinden neben den Rückentnahmen an Zinsen aus den bereits früher ausgegebenen Hauszinssteuerhypotheken jetzt auch ein begrenzter Teil der laufenden Hauszinssteuererträge des Jahres 1927, soweit sie für den Wohnungsbau bestimmt sind, zur Gewährung von Zinszuschüssen sowie zur Anlage von Bürgschaftssicherungsfonds durch die Gemeinden verwendet werden kann.

Die Zuschüsse, die aus laufenden Hauszinssteuermitteln entnommen werden, sollen nur zur Zinsverbilligung solcher Darlehen dienen, die vom freien Kapitalmarkt (Sparkassen, Hypothekendarlehen, Versicherungsanstalten usw.) über die normale Grenze hinaus gegeben werden, d. h. unter den augenblicklichen Verhältnissen für Hypotheken, die den Wert von im allgemeinen 40 Proz. der heutigen Herstellungskosten einschließlich des

Die Ueberlastung der Finanzämter.

Der Finanzminister fordert die sofortige Einstellung von 2000 Hilfskräften.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt begann und beendete in der Sitzung vom Mittwoch die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichsfinanzministeriums. Der größte Teil der Ausführungen der einzelnen Redner betraf Beamtenfragen und Beamtenwünsche, auf die der Reichsfinanzminister in seinen Erwiderungen zum Teil ausführlich einging.

Der Berichterstatter Dr. Oberjohann (Dnat.) wünschte, daß die Zahl der Finanzämter verringert werde, eventuell selbst ohne Berücksichtigung der Kreisgrenzen. Von den 990 Finanzämtern seien allein 200 in Bayern. Es dürfte auch ein einziges hanseatisches Landesfinanzamt genügen. Wenn nicht Durchgreifendes zur Entlastung der Außenverwaltung geschehe, so brohe diese zusammenzubrechen.

Genosse Dr. Herz

stimmte dem Berichterstatter darin zu, daß die Organisation der Außenverwaltung im Vordergrund des Interesses stehe. Eine wesentliche Vereinfachung der Gesetzgebung und Verwaltung könne nur durch die Befreiung der Ueberlastung des Personals durch eine solche Vereinfachung daher zunächst nicht gerechnet werden. Bei den Finanzämtern bedeuten aber Einsparungen an Personal nicht nur, wie bei allen anderen Verwaltungen, gesundheitliche Schädigung des Personals, sondern solche Personalsparungen wirkten sich zugleich in der Herabdrückung der Höhe der eintommenden Steuern aus und führten so zu einer neuen Schädigung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Genosse Dr. Herz fragte, welche Maßnahmen der Minister plane, um eine Entlastung der Finanzämter herbeizuführen. Den Finanzämtern dürften Aufgaben, die sie nicht angingen, nicht zugewiesen werden. Bayern, Hessen und der Freistaat Bremen zum Beispiel übertragen aber ihren Finanzämtern ganz abseits liegende Aufgaben, wie Einziehung von Versicherungs- und anderen Beiträgen, in so wesentlichen Umfang, daß die eigentlichen Aufgaben der Ämter schwer darunter leiden. Genosse Dr. Herz führte weiter Klage darüber, daß die Durchführung der Steuererlasse, insbesondere des Bewertungsgesetzes und des Einkommensteuergesetzes, infolge von Beeinflussung durch Interessenten schwer beeinträchtigt werde. Selbst das Reichsfinanzministerium schreibe in seinem sehr vorsichtig gehaltenen Tätigkeitsbericht,

daß insbesondere beim landwirtschaftlichen Vermögen vielfach auf Veranlassung der landwirtschaftlichen Organisationen in einzelnen Gemeinden Einsprüche bis zu 100 Prozent eingeleitet werden.

Viele haben sich auch da, wo die Grundverhältnisse bei der Bewertung die von den Finanzämtern vorgeschlagenen Werte ungefährlich stark herabgedrückt haben, die Finanzämter genötigt gesehen, Offizielleinsprüche einzulegen. In einem süddeutschen Landesfinanzamtsbezirk sind bei 56 Finanzämtern, in denen die Veranlassung bisher durchgeführt war, fast genau 100

Wertes des Grund und Bodens überschreiten. Voraussetzung für die Bewilligung der Zinszuschüsse ist im übrigen, daß der für den betreffenden Wohnungsbau nach den jetzigen Grundbesitz als Hauszinssteuerhypothek zu gewährenden Betrag um die Summe gekürzt wird, die vom freien Kapitalmarkt über die normale Beleihungsgrenze hinaus gegeben wird. Wenn hiernach etwa für einen Wohnungsbau bisher eine Hauszinssteuerhypothek von 5000 M. in Betracht kam, so wird es künftighin möglich sein, diese auf 3000 M. zu setzen, sofern durch Inanspruchnahme des freien Kapitalmarktes dem Bauherrn eine aus Mitteln der öffentlichen Hand zu verschaffende zweite Hypothek in Höhe von 2000 M. gewährt wird. Der Zinszuschuss kann im allgemeinen bis zur Dauer von fünf Jahren zugestanden werden, allerdings unter der Bedingung, daß eine Kürzung des Zuschusses erfolgt, sobald und soweit sich aus der Gesamtlage — etwaige Erhöhung der Mieten, Sinken des Zinsfußes für die auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommenen Darlehen — für die betreffenden Wohnungsbauten Mieten ergeben, welche die Mieten für entsprechende Altmwohnungen nicht erheblich übersteigen.

Ob die Gemeinden aus dem dafür freizugehenden Teile des laufenden Hauszinssteueraufkommens die Zinszuschüsse an den Bauherrn für ein von diesem auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommenes Darlehen geben, oder aber ob sie unter Inanspruchnahme der für Zinszuschußgewährung freigegebenen Hauszinssteuermittel ihrerseits Wohnungsbauanleihen aufnehmen, um daraus den Bauherrn verbilligte zweite Hypotheken zu gewähren, ist dem Ermessen der Gemeinden überlassen. Die beteiligten Minister erhoffen von dieser Regelung eine nennenswerte Streckung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel.

Der Fememord an Wilms.

Gerichtsverhandlung gegen Stantien und Genossen.

Vor dem Landgericht III beginnt morgen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert in einer außerordentlichen „Schwurgerichtsperiode“ der Fememordprozess gegen Stantien und Genossen. Außer dem Hauptangeklagten, dem kaufmännischen Angestellten Oberleutnant der Reichswehr a. D. Chemiker Dr. ing. Kurt Stantien werden sich zu verantworten haben: der kaufmännische Angestellte Oberleutnant a. D. Frith Fuhrmann, der Bergwertoolant Feldwebel Peter Umhofer, der Landwirt Erich Klapproth — der bereits von anderen Fememordprozessen her bekannt ist —, der berüchtigte Oberleutnant a. D. Paul Schulz, der Oberleutnant a. D. Adolf Budzinsky und der Leutnant a. D. v. Poser. Die Anklage lautet gegen Schulz auf Anstiftung zum Mord, gegen Fuhrmann, Umhofer und Klapproth wegen Mordes und gegen Budzinsky, Kofler und Stantien wegen Beihilfe. Ihr Opfer war der Feldwebel Wilms. Seine Leiche wurde am 24. Juli 1923 aus der Havel nördlich Rathenow gefischt. Die Leiche war mit einem gußeisernen Kabelaufhänger versehen; sie wies Verletzungen am Schädel und am Hirt auf. Der Tod war durch den üblichen Schuß in den Hinterkopf verursacht worden.

Wilms hatte sich im April 1923 bei der Schwarzen Reichswehr gemeldet; er wurde nach Spandau geschickt und dort als Kompaniefeldwebel eingestellt. Später kam er nach Rathenow, und von dort nach Döberitz. Hier unterstand er dem Major v. Sonden. Kurze Zeit nach seinem Eintreffen in Döberitz machte er sich durch eine Propaganda unter den Unteroffizieren unliebsam bemerkbar; davon wurde Oberleutnant Schulz in Kenntnis gesetzt; Wilms sollte entlassen werden. In der Zwischenzeit hatte er aber einige verdächtige Bemerkungen fallen lassen, die vermuten ließen, daß er nicht reinen Mund halten würde. Er war gerade bereit, Döberitz zu verlassen, als seine Sachen durchsucht und Munitionsgegenstände bei ihm gefunden wurden.

Am 9. Juli erschien Stantien in Döberitz, nahm hier ein Proto-

Protokoll Einsprüche eingeleitet worden und zwar zur Hälfte Offizielleinsprüche, zur Hälfte Einsprüche von den Steuerpflichtigen. Mit allen diesen Einsprüchen gehen die Finanzämter in das Jahr 1927 hinein. Dr. Herz schließt aus diesen tatsächlichen Angaben des Reichsfinanzministeriums, daß die Mitwirkung der Interessenten bei der Veranlassung der Steuern zurzeit derartig stark sei, daß die allgemeinen Interessen darunter schwer leiden.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

begrüßt es, daß die Vorredner die Reichsfinanzverwaltung nicht mit dem gleichen Maße wie irgendeine andere Verwaltung messen. Die Ueberlastung sei in der Tat so groß, daß man in letzter Zeit mehrere Tausende Aushelfer einstellen müsse. Ein verhältnismäßig kleines Landesfinanzamt habe kürzlich 200 Aushelfer eingestellt, um seine Arbeit auch nur einigermaßen bewältigen zu können.

Ohne sofortige Einstellung neuer Arbeitskräfte im Aufwandsfall und zwar mindestens 2000, könne er für eine geordnete Abwicklung der Geschäfte der Finanzverwaltung nicht mehr garantieren.

Was die Veranlagungsstätigkeit betreffe, so weise er mit Nachdruck darauf hin, daß den Wirtschaftsverbänden nur eine begutachtende Mitwirkung bei der Steuerveranlagung zustehe. Die Entscheidung hingegen habe ausschließlich die Finanzverwaltung zu fällen.

Abgeordneter Erling (3.) fragte nach dem Schicksal der in früheren Jahren bewilligten Kredite und wie es mit der Zurückzahlung dieser Gelder stehe, nachdem die Stilllegung der betreffenden Werke vermieden worden sei. Wie er höre, hätten zum Beispiel die Deutschen Werke die hingeliehenen 10 Millionen Mark schon zurückgezahlt. Reichsfinanzminister Dr. Köhler sagte zu, eine Nachweisung aller gewährten Kredite und ihrer Rückzahlungsfristen zu geben.

Genosse Steinlopf

tafelte den unangenehmen militärischen Ton, der immer noch in der Zollverwaltung herrsche und verlangt Abstellung. Auf die Angeklagten, insbesondere die älteren Angestellten, müsse mehr Rücksicht als bisher genommen werden. Für den Fall, daß ihre Leistungen genügt, dürfe man ihnen wegen ihres Alters allein den Uebergang zum Beamtenum nicht verwehren. Des Weiteren machte Genosse Steinlopf darauf aufmerksam, daß im Etat 1926 Einzelwirtschaftsbetriebe des Reichsfinanzministeriums gegeben worden seien. Im Jahre 1927 seien diese Einzelnachweisungen fortgefallen und es seien nur die Ergebnisse zusammengestellt. In dieser Zusammenstellung sind nun als Abschreibungen bestimmte Geldbeträge in der Ausgabe ausgeworfen. Er frage, wo werden diese gesammelt? Wie hoch sind die Reserveaufgelaufen, wie und wo werden sie verwaltet? Auf diese Fragen ist der Minister bisher die Antwort schuldig geblieben.

toll auf und brachte darauf Wilms nach Spandau zu dem Oberleutnant Budzinsky. Ein paar Tage später wurde er durch Umhofer und angeführt durch den städtigen Fahlbuch nach Rathenow gebracht. Am selben Tage erschien nach telephonischem Anruf von Schulz der Oberleutnant Fuhrmann in Rathenow mit dem angeleglichen Auftrage, gemeinsam mit Klapproth, Umhofer und den städtigen Büsching und Fahlbuch von Rathenow aus ein „kommunistisches Kassenlager auszuheben“. Wilms sollte mit Abends brachen alle sechs auch wirklich in einem Auto auf. Am nächsten Morgen lehrten Umhofer, Klapproth, Büsching und Fahlbuch nach Rathenow zurück und teilten mit, daß — Wilms von Kommunisten erschossen sei!

Als Poser am gleichen Tage davon Mitteilung machte, soll Schulz zu ihm gesagt haben: „Es ist gut, man weiß schon!“ Fuhrmann soll in der Voruntersuchung bestritten haben, in Rathenow gewesen zu sein; Umhofer soll sich dagegen zu einem Freunde ausgesprochen über den Hergang in der Wornacht geäußert haben. Das Trio Klapproth, Fahlbuch und Büsching, das ja in einer großen Anzahl Fememorde eine Rolle spielt, läßt keinen Zweifel darüber, daß der Befehl von Schulz ausgegangen ist.

Es steht zu erwarten, daß ein Teil der Angeklagten sich gegenseitig belasten wird. Schulz wird natürlich versuchen, ähnlich wie in früheren Fememordprozessen den Unschuldigen zu spielen. Für den Prozeß sind fünf Tage vorgesehen. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Sad, Puppe, Hahn, Drucker, Bloch, Pändern, Weisk.

Die Spannung zwischen „Duce“ und König.

Ein königlicher Familienrat.

Aus Mailand wird uns berichtet:

Die italienische Regierung hat sich bereit, die verschiedenen jüngsten Berichte über Unstimmigkeiten zwischen Mussolini und König Victor Emanuel sowie die über den von den faschistischen Extremisten gegen den Generalstabschef Badoglio geplanten Schlag zu dementieren. Nichtsdestoweniger sind die Beziehungen zwischen dem „Duce“ und dem Quirinal ziemlich gespannt, und in Wäbe wird man darüber sensationelle Neuigkeiten vernehmen. Von wohlunterrichteter Seite wird uns versichert, daß zwischen Mussolini, dem Unterstaatssekretär Balbo und dem Generaldirektor des öffentlichen Sicherheitsdienstes Bocchini eine Besprechung über die Maßnahmen stattgefunden hat, die gegen innere Unruhen ergriffen werden sollen im Fall, daß der Konflikt zwischen dem „Duce“ und dem Monarchen offen ausbricht und zu irgendeiner Krise wie Abdankung oder dergleichen führt.

Ebenso wird uns bestätigt, daß gleichzeitig im Quirinal ein Familienrat vor sich ging, bei dem zum erstenmal sich die Mitglieder der königlichen Familie die wahre Sachlage vor Augen gehalten und die eventuellen Auswege daraus erörtert haben. Um die wahre Bedeutung dieser Zusammenkunft zu messieren, haben die Hofkreise ihr einen rein familiären Charakter beigegeben, so, als habe es sich bloß um die Abtretung der früheren Residenz der Königin Margherita in Via Veneto gehandelt, die von der amerikanischen Botschaft erworben werden soll. Aber offenbar soll dies lediglich den wahren Sachverhalt verschleiern.

Ein Faschistenstreik in Algier.

Constantine (Algier), 9. März. (Havas). Sieben Personen, die den kommunistischen Abg. Cornavin auf seiner Propagandareise bei seiner Ankunft empfangen und in einem Auto entführen wollten, um ihn auf kurze Zeit zu verhaften, seine Propagandazitätigkeit aufzunehmen, sind zu einem Franken Schabenerlag verurteilt worden. Cornavin war von den Entführern gasklich bewirkt worden. Sie hielten ihn so lange fest, bis der Polizeikommissar ihm das Auftreten in öffentlichen Versammlungen verboten hatte, so daß er unerrückter Soche wieder nach Frankreich zurückreisen mußte.

Der Reichsbahn geht es gut.

Den Eisenbahnern miserabel.

Die Eisenbahnerorganisationen haben ihre Forderungen zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit der Reichsbahnverwaltung übermitteln. Die Lage der Reichsbahn hat sich seit Juli 1926 glänzend entwickelt. Von den Gesamteinnahmen von 4,550 Milliarden waren einschließlich der geschätzten Dezemberausgaben von 446 Millionen rund 3,552 Milliarden in Abzug zu bringen. Demnach verblieb der Reichsbahn-Gesellschaft ein Betriebsüberschuss von rund 700 Millionen Mark.

mit dem sie in das Jahr 1927 gegangen ist. Gegenüber dem Vorjahr, das allerdings über 15 Monate lief, blieb die Einnahme um rund 110 Millionen Mark zurück. Die Monate Januar und Februar zeigen ein wesentlich freundlicheres Bild als dieselben Monate des Jahres 1926. Es waren an Einnahmen im Januar 1926 292,8 Millionen im Februar 289,9 Millionen zu verzeichnen. Die beiden entsprechenden Monate 1927 erbrachten jedoch 386,3 Millionen und 380,4 Millionen Mark. Auch die Wagenstellung ist ununterbrochen gestiegen. Neben den persönlichen und sachlichen Ausgaben, die bis Ende November 3,412 Milliarden ausmachten, sind noch die Reparationskosten, die gesetzliche Rücklage und die Dividende auf Vorzugsaktien von rund 695 Millionen Mark zurückgestellt bzw. gezahlt worden. Die in den ersten Monaten des Jahres 1926 aus dem Betriebsfonds von 1925 entnommenen 91,059 Millionen sind demselben wieder zugeführt. Der damalige Betriebsfonds von 153 Millionen ist also wieder voll aufgefüllt. Darüber hinaus sind bis einschließlich November 12,069 Millionen als Einüberschuss zu buchen und 43,728 Millionen als allgemeine Rücklage zurückgestellt worden. Die Liquidität der Gesellschaften betrug demnach am 1. Januar 1927 208,797 Millionen Mark. Im Gegensatz zur glänzenden Lage der Reichsbahn steht die Notlage des größten Teils des bei der Reichsbahn beschäftigten Personals.

Die persönlichen Ausgaben, ausschließlich Reparationskosten, Rücklagen aller Art und Dividenden betragen durchschnittlich im Jahre 1926 65,7 Proz. der Ausgaben. Sie waren Ende November bereits auf 62,5 Proz. gesunken. Dementsprechend betragen die sachlichen Ausgaben 34,3 Proz. im Durchschnitt und waren Ende November auf 37,5 Proz. gestiegen. Dieses Verhältnis ist als absolut gesund zu bezeichnen und steht auf der gleichen Linie wie vor dem Kriege. Dabei ist zu beachten, daß je mehr an Aufträgen an die Privatindustrie geht, desto mehr die sachlichen Lasten steigen müssen und somit der Lastenanteil des Personals noch weiter sinkt. Aber auch ohne die Vergebung von Aufträgen an die Industrie werden auf Grund der verminderten Beschäftigungszahlen die persönlichen Ausgaben verringert. Wurden im Dezember 1926 noch 700.399 Personen beschäftigt, so sank die Zahl im Januar 1927 auf 656.384 Köpfe.

Trotz vermindelter Kopfzahl reibungslose Bewältigung des aus der erhöhten Wagenstellung sich ergebenden starken Verkehrs, also ungeheure Dienstleistungen des Personals. Unter diesen Umständen ist die Forderung auf ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden mehr als berechtigt. Die Erfüllung dieser Forderungen ist unumgänglich, wenn nicht der lebende Bestandteil des Betriebes eines schönen Tages zusammenbrechen soll.

Der Lohnstreik in der badischen Textilindustrie.

Freiburg, 9. März. (R.F.Z.) Der Lohnstreik in der badischen Textilindustrie ist durch Abschluß eines Abkommens mit den Gewerkschaften beendet worden. Der vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärte Schiedspruch ist durch einen in freier Vereinbarung abgeschlossenen neuen Lohnvertrag ersetzt worden, der die Lohnverhältnisse bis zum Herbst regelt. Damit ist die Gefahr eines Streiks in der badischen Textilindustrie vermieden worden.

Die Lohnbewegung im Saargebiet.

Saarbrücken, 9. März. (R.F.Z.) Die am Dienstag in Paris eröffneten Verhandlungen zwischen dem französischen Arbeitsministerium und den gewerkschaftlichen Organisationen des Saarbergbaus über den für den 16. März geplanten Lohnabbau sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Der Lohnkonflikt in der Saareisenindustrie wird erst am Freitag vom amtlichen Schlichtungsausschuß in Saarbrücken behandelt werden.

Zum Streik der polnischen Textilarbeiter.

Der Streik in der polnischen Textilindustrie, der sich von dem Industriezentrum Lodz über ganz Polen ausbreitet, ist von den drei Arbeiterverbänden Polens, dem sozialistischen, dem nationalpolnischen und dem christlich-demokratischen Arbeiterverband mit bemerkenswerter Einstimmigkeit beschlossen und schon bereits im ganzen Lande durchgeführt worden, nachdem die Lohnforderungen der Arbeiter durch die Industriellen entschieden und rückfallslos zurückgewiesen worden sind.

Die Arbeiter forderten eine 20prozentige Erhöhung ihrer Löhne als annähernden Ausgleich ihres Lohneinkommens mit der seit der letzten Lohnherhöhung um über 30 Proz. gestiegenen Leistung. Die Industriellen erklärten, daß eine derartige Erhöhung jede Kalkulation über den Haufen werfe, und boten eine Erhöhung von 0,5 bis 6 Proz. an, die sich jedoch nur auf diejenigen Arbeiter beziehen sollte, deren Tagesverdienst den Betrag von 5 Zloty (ungefähr 2,80 M.) nicht überschreite. Auf diese Weise versuchten die Industriellen, die Einheitsfront der Arbeiter durch Bevorzugung einzelner Kategorien zu durchbrechen. Die Vertreter der Arbeiter wiesen jedoch diese demagogischen Vorschläge zurück und antworteten mit der Proklamierung des Streiks, wozu sofort alle Städte verläßt wurden, so daß am Dienstag sämtliche Textilarbeiter in ganz Polen in den Streik traten. In Lodz wird der Streik durch eine Aktion der Angehörigen der gemeinnützigen Betriebe unterstützt, und die in der Textilindustrie beschäftigten Bureauangestellten sind ebenfalls in den Streik getreten.

Schiedspruch für die Kraftdroschkenfahrer.

In den gestrigen vom Verkehrs- und für die Berliner Fahrer geführten Verhandlungen mit den Kraftdroschkenbetriebern über die Neuregelung der Bezüge, wurde ein Schiedspruch gefällt, der den Chauffeuren ab 1. April einen Festlohn von 2 M. für die Monate April, Mai und Juni und 25 Proz. der Einnahmen zugesichert. Mit den Innungsbetrieben besteht bereits ein Abkommen, wonach ein Festlohn ebenfalls 2 M. beträgt, die Beteiligung an der Einnahme beträgt aber 20 Proz.

Die Parteien haben zur Erklärung eine Woche Frist.

Schiedspruch für die Landwirtschaft Schlesiens.

Nach langwierigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ist endlich ein Schiedspruch zustande gekommen. Zwischen den Vertretern der Landarbeitergewerkschaften und den Vertretern des schlesischen Bauernbundes und des ober-schlesischen Bauernvereins war schon vor kurzem ein Tarifvertrag vereinbart worden, offen blieb aber der Lohnstreik zwischen den Landarbeitergewerkschaften und der schlesischen Landwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigung. Die neuen Verhandlungen haben folgendes Ergebnis gehabt:

Es wird ein neuer Tarifvertrag mit Geltung bis zum 2. Januar 1928 geschlossen. Die Barlöhne der Lohnempfänger (Deputanten) und Adertutcher werden vom 7. März ab von 8,5 auf 9,5 Pf. erhöht, vom 1. September ab wird der Barlöhndienst um 10 Pf. betragen. Die Freiarbeiter erhalten vom 7. März ab 35 Pf. anstatt 34 Pf. und vom 1. September ab 36 Pf. Bei den Frauenlöhnen greift vom 7. März ab eine Erhöhung von 13 auf 14 1/2 Pf. Platz, vom 1. September ab beträgt der Lohn 16 Pf. Ebenfalls sollen die Löhne der in bäuerlichen Betrieben Beschäftigten etwas erhöht werden.

Besentlich ist die neue Bestimmung, daß künftig die Jahresverträge mit vierteljährlicher Kündigung laufen sollen. Dadurch ist den Landarbeitern die Möglichkeit gegeben, ebenfalls von dem im Betriebsratsgesetz vorgesehenen Einspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Die Regierung hat es vermieden, vermittelnd in die Verhandlungen einzugreifen, sich vielmehr darauf beschränkt, nach Streikausbruch die Polizeiorgane zu alarmieren und ihnen anzuordnen, keinerlei Ausschreitungen der Streikenden zuzulassen.

Im Laufe der letzten Monate kam es wiederholt zu Lohnbewegungen unter der polnischen Arbeiterchaft, besonders in der Textilindustrie, doch haben sich die Arbeiter hierbei stets mit halben Zugeständnissen abweisen lassen, weil sie keinen Streik unternehmen wollten und auch den Versicherungen der Regierung, die eine energische Bekämpfung der Leistung und weitestgehenden Schutz der sozialen Einrichtungen versprochen, Vertrauen entgegenbrachten. Die Regierung, die im Mai 1926 aus Ruder kam, war kraft ihrer besonderen Stellung durchaus in der Lage, einen Druck auf die Industriellen auszuüben. Aber es zeigte sich allzu bald, daß die Regierung ihre Hochstellung in ganz entgegengelegter Richtung ausnutzte und bestrebt war, die Großindustrie und die Agrarier durch entsprechende wirtschaftliche und soziale Politik für sich zu gewinnen.

So trägt sich die Regierung schon längst mit der Absicht, dem Drängen der Arbeitgeber auf Abschaffung des Achtstundentages und anderer mühsam erkämpfter sozialer Einrichtungen nachzugeben, und es kostet den Vertretern der Arbeiter im Parlament unjagbare Mühe, diese tagtäglich erneuerten Angriffe abzuwehren. Die Gefahr, die in einer solchen Politik liegt, ist keineswegs nur wirtschaftlicher Natur, wenn auch die zunehmende Auspoierung der breiten Massen eine völlige Einstellung der Konsumkraft des Landes zur Folge haben wird; die Gefahr liegt vor allem auch auf politischem Gebiet, und die ausgehungerten, ständig unterdrückten und ihrer primitivsten Rechte beraubten Arbeiter werden nur allzu willig ihr Ohr Einflüsterern radikaler Agitatoren hinneigen, die sich in der letzten Zeit in ganz Polen wieder in steigendem Maße bemerkbar machen.

Der Streik in der Textilindustrie ist ein Zeichen für die Bereitschaft der Arbeiter, ihren Forderungen, wenn nötig, auch mit scharfen Methoden Geltung zu verschaffen, und es ist anzunehmen, daß die polnische Regierung diesen Streik zum Anlaß nehmen wird, ihren bisherigen Standpunkt in diesen Fragen einer Prüfung zu unterziehen.

Lohnbewegung in den Berliner Verkehrsbetrieben.

Das Fahrpersonal fordert 15 Pf. Stundenlohnzulage.

In der vorigen Woche nahm eine Konferenz der Funktionäre der Berliner Verkehrsbetriebe zu der Kündigung des Lohnabkommens Stellung. Der Verkehrs- und auf das Lohnabkommen mit der Hochbahn und der Abzug ebenfalls zum nächsten zulässigen Termin, dem 31. März, kündigen. Am Montag beschäftigte sich nochmals eine stark besuchte Funktionärenkonferenz mit der Aufstellung der Forderungen und beschloß nach eingehender Beratung, die Organisation zu beauftragen, für alle Arbeitnehmer der Verkehrsbetriebe eine Lohnzulage von 15 Pf. pro Stunde zu fordern.

Die unter die Familienverträge fallenden Kinder dürfen nicht älter als 16 Jahre sein. Der Abschluß für Jugendliche über 16 Jahre ist unzulässig. Die erste Arbeitsstunde vermindert vollständig. Abweichungen von der Mittagspause sind nur zulässig im Einverständnis mit den Arbeitern. Bemerkenswert ist weiter, daß in dem neuen Tarifvertrag erstmalig Bestimmungen über eine Erntezulage enthalten sind. Sie betragen, daß die Erntezulage für je 5 Wochen bezahlt wird und zwar in einer Höhe von 40 Pf. an den Mann und 20 Pf. an die Frauen und Jugendlichen. In dem alten Tarifvertrag war eine Bestimmung enthalten, nach der schlechte Betriebs- und Abfahrverhältnisse den Landwirten berechneten, einen Lohnabzug bis zu 10 Proz. eintreten zu lassen. Diese Bestimmung wurde in rückwärtschwerster und willkürlicher Weise ausgenutzt. Jetzt ist beschlossen, daß das Vorhandensein schlechter Betriebs- und Abfahrverhältnisse von dem Provinzial-Tarifauschuß festzustellen ist. Den Vorsitzenden dazu stellt der Oberpräsident. Ganz war die Bestimmung trotz energischer Bemühungen der Arbeitervertreter nicht zu beseitigen. Gemütsland wurde bisher nur vereinzelt abgegeben. Jetzt wurde bestimmt, daß zu der Wohnung ein Stück Gemüse- und Obst gehört; wo es nicht gewährt werden kann, muß eine Entschädigung erfolgen. Bei den Werkwohnungen war bisher vorgesehen, daß nichtbeschäftigte Kinder nur dann aufgenommen werden durften, wenn sie schulpflichtig sind. Jetzt darf der Wohnungsinhaber nichtbeschäftigte Kinder bis zu 18 Jahren aufnehmen.

Achtung, SPD.-Eisenbahner!

Morgen, Freitag, 7. März, in den Antonienhöfen, Wabersdorf, 64. Versammlung aller im Eisenbahnbereich beschäftigten sozialdemokratisch organisierten Genossen. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Eisenbahner. Referent Genosse L. Steinhilber. Aussprache, Verschiedenes. Der Betriebsrat.

Lohnstreik im Berliner Möbelhandel.

Das letzte Lohnabkommen für die Arbeiter des Berliner Möbelhandels wurde im Juli 1925 abgeschlossen mit einem Spitzenlohn von 39 M., der sich ab 16. August 1925 auf 40 M. erhöhte. Das Lohnabkommen wurde dann zum 31. Oktober gekündigt und eine 25prozentige Lohnherhöhung verlangt. Die Unternehmer lehnen jede Verhandlung darüber ab. Der Schlichtungsausschuß weigerte sich, einen Schiedspruch zu fällen, und überließ es den Parteien, sich in freier Verhandlung zu einigen. Als auch in diesen Verhandlungen von den Unternehmern jedes Entgegenkommen abgelehnt wurde, wurde das Lohnabkommen auf unbestimmte Zeit verlängert.

Durch die inzwischen eingetretene Verteuerung familiärer Lebensmittel und Bedarfsartikel, besonders aber der Mieten, sah sich der Verkehrs- und nach dem 26. Februar zu kündigen, eine Erhöhung der Spitzenlöhne um 7 Mark wöchentlich und der übrigen Löhne im gleichen Prozentsatz zu fordern. Die Unternehmer erklärten sich in den direkten Verhandlungen bereit, bis Ende dieses Jahres eine Lohnherhöhung von 3 Mark pro Woche zu gewähren, und lehnen jedes weitere Entgegenkommen ab.

Die zu Montag einberufene Versammlung der in dieser Branche Beschäftigten verwarf dieses Angebot der Unternehmer, nicht nur wegen der völlig unzulänglichen Lohnherhöhung, sondern auch wegen der langen Vertragsdauer, nach eingehender Diskussion mit großer Mehrheit. Die Versammelten vertraten die Auffassung, daß der zurzeit äußerst gut beschäftigte Möbelhandel, der zur Bewältigung seiner Aufträge von den Arbeitern überaus in großer Zahl verlangt, sehr wohl in der Lage sei, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen.

Die Organisation wurde beauftragt, sich mit der Unternehmerorganisation in Verbindung zu setzen und diese aufzufordern, spätestens bis Freitag nochmals in Verhandlungen zu treten und in einer Versammlung am Freitagabend über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten. Die Stimmung der Versammlung ließ klar erkennen, daß die Arbeiter des Berliner Möbelhandels entschlossen sind, für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderung eventuell auch in den Streik zu treten, so daß die Entscheidung über den Frieden im Berliner Möbelhandel nunmehr bei den Unternehmern liegt.

Das ist der wesentlichste Inhalt, der auch über die schlesischen Verhältnisse hinaus interessierenden Vereinbarung. Die Erklärungsfrist für sie läuft am 16. März ab.

Konferenz aller SPD.-Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre

am Dienstag, dem 15. März 1927, abends 7 Uhr, in den Müllerhöfen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 „Der Kampf um den Achtstundentag.“

Referent: Genosse S. Uffhäuser, M. d. R. — Aussprache. Wahl von drei Mitgliedern zum erweiterten Bezirksvorstand.

Wir ersuchen alle Funktionäre, an dieser Konferenz teilzunehmen. Funktionärsausweis und Parteibuch mitbringen! Betriebssekretariat.

Der 59-Stunden-Schiedspruch abgelehnt!

Die uns aus Osnabrück telegraphisch gemeldet wird, haben die Osnabrücker Metallarbeiter sowohl den am 2. März in der Lohnfrage gefällten Schiedspruch mit einer Zulage von 5 Pf. in der Spitze abgelehnt, wie auch den am 3. März ge-



Die Wunderkräfte der Milch

sind durch die neuen Forschungen der Wissenschaft in besseres Licht gerückt und die Lehre von den lebenswichtigen Aufbaustoffen — Vitaminen genannt — ergibt berechtigte Aufsehen. Ohne Säumen sollte der Genuß von Milch, der als Jungbrunnen unserer Volksernährung anzusehen ist, gefördert werden. Zu den ergiebigsten und wohlbekanntesten Arten der Milchverwendung zählen die sich einfach, schnell und preiswert mit Milch herstellen lassen. Kinder sind auszusparen vor Fremde, wenn sie wissen: Heißt es „Oetker-Pudding“ — Verlangen Sie Dr. Oetker's Puddingpulver nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Heißkopf“. Dr. Oetker's neues farblich illustriertes Rezeptbuch, Ausgabe F bietet Ihnen viele neue Anregungen zum Backen. Auch lesen Sie darin Näheres über den vorzüglichen Dörrapparat „Köchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocher-Flamme backen, braten und kochen können. Das neue Buch ist für 15 Pfg. bei Ihrem Kaufmann erhältlich, wenn vergrößert, gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

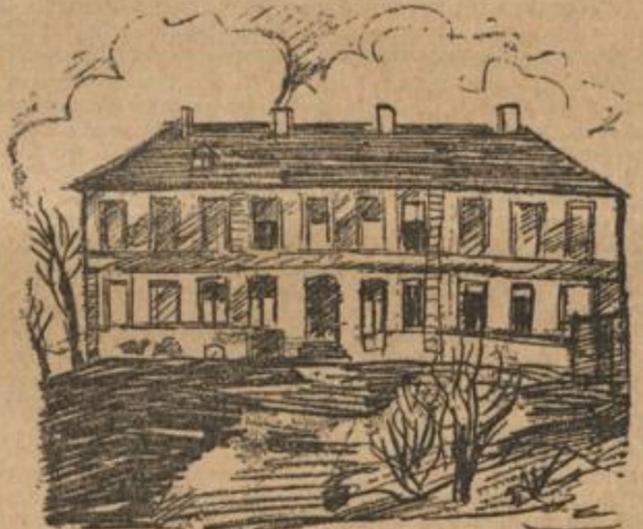
Ladenverkaufsstellen: Backpulver „Backin“ 1 Stk. 10 Pfg., 3 Stk. 25 Pfg., Puddingpulver Van.-Mandel 10 Pfg., Van.-Zucker 5 Pfg., Van.-Soßen 5 Pfg., Gabel-Soßen-Pudding 15 Pfg., Schokoladenteige mit gelb. Mandeln 25 Pfg., Gustin 25 Pfg., Gustin 25 Pfg. Im Berliner Hausfrauen-Verein kommt Dr. Oetker's Puddingpulver zur Verwendung.

Vom Schloß zur Jugendherberge.



Auf der Strecke Dramenburg—Gransow—Fürstberg—Neu-Strelitz, ein wenig abseits von der Bahnstrecke gelegen, das kleine märkische Dorf Löwenberg. Bester Rest des kleinen Bändchens Löwenberg, das noch vor wenigen Jahren kaum mehr als den Eindruck einer Ruine auf den Besucher hervorbrachte. Mit vermauerten, erloschenen und zerfallenen Fenstern und Türen, so berichtet Regierungsbaumeister Besche im neuesten Brandeb. Jahrbuch, in völlig verwahrloster und verfallener Umgebung, auf drei Seiten von Wasser und Gräben umfaßt, bot es im Schatten hoher Bäume bisher den lebenden Beweis von der ewig wechselnden Erscheinung und dem Verfall, dem alles Lebliche unterworfen ist. Aber schon gegen Ende des 16. Jahrhunderts ist Schloß Löwenberg nicht mehr wie früher der Mittelpunkt des Bändchens, sondern zum einfachen Rittergut geworden, um welches sich, durch neue Kulturen ins Leben gerufen, eine Anzahl neu eingerichteter wirtschaftlicher Anlagen erheben, die bald selbständige Besitzungen werden. Die letzten Jahrzehnte hat das Schloßchen dann ganz unbewohnt gestanden; seine Benutzung als Schutttor für den Untertun für Kriegsgefangene Landarbeiter war das Ende. Der für den Landbesitz einschneidendsten Folge des Krieges, der Enteignung und der Aufstellung größerer Güter zur Ansiedlung vertriebener Deutscher, fiel das Gut Löwenberg als erstes zum Opfer, und der einstige Mittelpunkt eines geordneten Besitzes, ja das Ritterhaus der Landschaft, sollte als unbrauchbarer Störenfried der Spähade überliefert werden. Der Provinzialverband Brandenburg trat schließend für die Erhaltung des stattlichen Hauses ein und erwarb es mit neun Morgen Acker und Wiese. Seinerzeit hat das Schloß, anwesend eine heute nur schwer zu erkennende Gestalt gehabt. Die bis zu 4,30 Meter starken Mauern des Nordflügels weisen auf einen Turm hin. Das Haus ist ursprünglich um zwei Fensterachsen kürzer gewesen, eine Zugbrücke führte über den die Burg vollständig umgebenden nassen Graben. Ein Vorhof gab den Küchen- und Nebengebäuden Raum. Ja, sogar der so oft als Sage erwähnte unterirdische Gang war und ist auch heute noch vorhanden, seine Richtung zeigt zur Kirche hin. Wir haben es somit bei dem mittelalterlichen Bestande mit dem Wehr- und Schuttbau eines nicht so sehr auf Wehrturm, als auf Vierung des Zehnten vom Bauer bedachten Ritters zu tun. Wie schon gesagt, befand sich das Haus zur Zeit der Uebernahme im Zustande trostlosester Vernachlässigung. Es war noch und nach zu einer Art Steinbruch und billigen Holzquelle geworden, aus dem jeder sich nach Bedarf sein Baumaterial holte. Die Westseite war durch die eindringende Feuchtigkeit besonders mitgenommen; ist doch in einem Räume kein einziger Balken mehr mit der Mauer verbunden gewesen, so daß man sagen kann, nur Gewohnheit und Schmutz hielt die Konstruktion zusammen. Dem Umbau zu einer Jugendherberge wurde durch den

Mangel von Kanalisation und fließendem Wasser von vornherein das Bauprogramm gegeben. Am Eingang des Grundstücks wurde als Abschluß nach außen und innen ein kleines Torhäuschen errichtet und die Wegführung dadurch zwangsläufig so gelegt, daß sich der Blick auf das Schloß erst in der Frontansicht öffnet. In unmittelbarer Nähe eines neugebohrten Brunnens erhebt sich ein neues Fachwerkgelände, es enthält Wasch- und Aborträume sowie einen kleinen Stall für den Hauswart. Der Graben ist geräumt, die Böschung befestigt, der nach der großen Spielwiese führende Teil des Grabens wieder als trockener Terrassengang geöffnet. Vor dem Schloße bleibt ein bester Turn- und Spielplatz, umgeben von Obstbäumen und jungen Pflanzungen. An und in dem alten Hause selbst ist sehr wenig verändert. Zunächst mußte es von zahlreichen späteren Einbauten befreit werden, denn Luft und Platz sind die ersten Erfordernisse. Der nördliche Flügel des Erdgeschosses enthält die Herbergküche sowie die Wohnung des Hauswarts mit Küche und drei Stuben, der südliche Flügel zwei größere Schlafzimmer und einen kleinen Tagesraum. Die zum Obergeschoß führende Treppe, die auf Grund alten Befundes vollständig neu aufgestellt wurde, gibt mit ihren breiten Stufen, dem mächtigen Handlauf und den starken



Das Schloß vor seiner Wiederherstellung.

Wofen den beiden Dieben etwas sehr Festliches, sie bereitet vor auf die durch einen offenen Bogen miteinander verbundenen großen Tagessräume. Es ist, nach Regierungsbaumeister Besche, so wenig wie möglich an dem alten Bestande geändert, denn die Aufgabe hieß nicht, eine neue Jugendherberge zu errichten, das wäre mit weniger Mitteln und anderen Bauformen leichter und vielleicht auch besser durchzuführen gewesen. Die Provinzialverwaltung hat erstrebt, den Bau zu erhalten und seine eindrucksvolle Sprache unserer Jugend verständlich zu machen, und es ist zu hoffen, daß dieses Streben durch den Erfolg belohnt wird.

1500 neue Straßennamen.

Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ hat der vor etwa Jahresfrist zur Neuordnung unserer Straßenbezeichnungen eingesetzte Ausschuss des Magistrats und der Stadtverordneten beschlossen, rund 1500 Straßennamen umzubenenen. Wenn der Ausschuss glaubt, uns möglichst viel neue Namen beschere zu müssen, so hat er seine Aufgabe gründlich verkannt. Wir brauchen nicht neue, nicht mehr, Straßennamen, sondern einige tausend Namen weniger!

Groß-Berlin hat heute fast an 10 000 Straßennamen; welcher Chauffeur, welcher Straßenbahner oder Verkehrsbeamte soll sich darin zurechtfinden? Dabei sind noch weite Strecken zwischen den einzelnen Vororten ungebaut, wo noch viele tausend Namen untergebracht werden können und, wenn man in der bisherigen Weise fortfährt, auch untergebracht werden müssen. Sollte in dem Ausschuss wirklich niemand sitzen, der den übrigen Herrschaften klar macht, daß wir endlich einmal aus dem Wirrwarr der unendlich vielen Straßennamen, den uns der Kommunal-Freisinn hinterlassen hat, herauskommen müssen? Es ist nicht damit gehöben, daß wir einem Vorort, wie Biesdorf, anstatt seiner Kaiser-, König-, Prinzen-, Fürstenstraße, die es in Berlin selbst oder in anderen Vororten schon gibt, ebensoviele neue Namen verschaffen, sondern es muß Ordnung, Planmäßigkeit, Uebersichtlichkeit in das Wirrwarr der Straßenbezeichnungen hineingebracht werden. Die Straßennamen sollen doch dazu dienen, das Zurechtfinden in dem Häusermeer zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen. Die Orientierungsmöglichkeit muß daher das Leitmotiv bei der Umbenennung der Straßennamen sein. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Straßen nicht nur dem Verkehr innerhalb der Stadt, sondern im Zeitalter des Automobils auch dem Verkehr von Stadt zu Stadt dienen sollen. Es muß daher verlangt werden, daß die Hallesche, Bernauer usw. Straße nicht eine verstreut gelegene Seitenstraße ist, sondern auch nach Halle, Bernau usw. hinführt. Die großen Ausfallstraßen müssen daher möglichst vom Mittelpunkt der Stadt, auf jeden Fall aber von dem betreffenden „Tor“, aus bis zur Grenze des heutigen Groß-Berlins einen einheitlichen Namen führen. Ueberhaupt müssen einheitliche Straßenzüge auch einheitliche Namen führen.

Wer viel in Berlin herumzulaufen hat, der weiß, wie irreführend und mit wieviel Zeitverlust es verbunden ist, wenn die Straße plötzlich einen ganz anderen Namen führt, obwohl man immer geradeaus gegangen ist. Die in Berlin übliche Art der Nummerierung der Häuser erhöht diese Irreführung noch. Kommt man in eine fremde Stadtgegend, so kann einem in den meisten Fällen niemand eine richtige Auskunft erteilen, denn die meisten Berliner kennen nur den Weg von ihrer Wohnung zur Arbeitsstätte, was rechts oder links davon oder gar noch weiter darüber hinaus liegt, ist ihnen mit Ausnahme der großen Verkehrsstraßen gänzlich unbekannt. Bei der absoluten Systemlosigkeit der Straßenbezeichnungen ist das auch nicht zu verwundern. Sache des besonnenen Ausschusses ist es daher, nicht etwa anderthalb Tausend neue Straßennamen auszufügeln, sondern Planmäßigkeit und Ordnung in das ganze System zu bringen.

Ein Friedrich-Ebert-Platz in Lübeck. Anlässlich der Wiederteilung des Todesjages des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert hat der Senat von Lübeck den Lindenplatz, einen zwischen der Hofsternbrücke und dem Bahnhof gelegenen alten, mit Linden umsäumten Platz, in Friedrich-Ebert-Platz umbenannt.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zaunay, Wien

„Was soll das nützen, er wird höchstens sagen, daß ich dich gegen ihn aufreize.“
 „Wenn nur die Patin niemals ein Wort von dieser Sache erfährt... und du mußt so viel als möglich vermeiden, mit ihr längere Zeit zu sprechen, das ist viel klüger und anständiger.“
 „Anständiger?“ fragte ich. „Sprichst du auch so? Die Patin könnte ja meine Mutter sein! Du weißt ganz gut, daß zwischen ihr und Doktor Claude Beziehungen bestehen.“
 „Was soll ich tun? Dein Vater hat so auf mich eingeredet, daß mir der Kopf schwirrt.“
 Sie schwieg, ich sah sie an, sie warf mir einen Blick zu. Wir fühlten tiefes Mitleid miteinander.
 „Wie glücklich sind wir noch vor sechs Monaten gewesen,“ murmelte sie.
 „Das ist wahr.“
 „Ich habe keine Ruhe mehr, bin überreizt, immer fürchte ich ein Unglück und du wirst sehen, daß ein Unglück passieren wird. Nachts kann ich nicht schlafen, bei Tag bin ich durch die häuslichen Arbeiten und diese fortwährenden Streitigkeiten so erschöpft, daß ich nicht einen Augenblick Ruhe für meine Nerven finde. Und dazu immer das quälende Gefühl, das mich nicht verläßt, mich überall hin verfolgt; es wird ein Unglück geschehen.“
 „Mama, mir zuliebe mußt du dich beruhigen.“
 „Oh, ich weiß es sehr gut, der Abgrund ruft den Abgrund, Unglück zieht neues Unglück herbei, Gedanken sind lebende Wesen, die handeln. Ich weiß genau, daß ich aus lauter Furcht vor der Gefahr die Gefahr anlocke, aber ich habe keine Kraft mehr dagegen anzukämpfen. Jetzt fängt der ganze Jammer wieder von neuem an und ich meine doch, daß ich nicht mehr unter dieser fürchterlichen Angst würde leiden müssen. Das bringt mich noch ins Grab. Auch für dich ist der Kampf zu hart, mein armer Junge, ich sehe es, ich möchte dir helfen, aber ich habe keine Kraft mehr.“
 Im Korridor wurden Schritte hörbar, instinktiv wichen wir voneinander zurück, aber wir empfanden Scham bei dieser Bewegung.

Die Tür öffnete sich und der Vater kam herein.
 „Ihr habt euch ja sehr lange Geschichten zu erzählen.“
 „Jacques hat mit mir Geschäftliches besprochen.“
 „So, so!“
 Ich hatte die Ellbogen auf den Tisch gestützt und oh mechanisch mit der rechten Hand. Mein Vater blickte mich voller Verachtung an, dann tat er, als ob er zur Mutter spräche.
 „Er kann nicht einmal ordentlich essen.“
 „Laß ihn in Ruhe, er ist müde.“
 „Immer mußt du ihn entschuldigen, er läßt sich jeden Tag mehr gehen; schau, wie er den Teller zurückgestoßen hat, da kann man sehen, in welcher Gesellschaft er verkehrt, das sind die Manieren eines Reisenden.“
 „Wut schnürte mir das Herz zusammen, ich fand keine Antwort und das steigerte noch meine Empörung. Aber ich sprach kein Wort und blickte ihm nur voller Verachtung in die Augen. Er wendete sich wieder seiner Frau zu: „Sieh nur, wie er mich mit seinen Blicken herausfordert, er hat den Augenausdruck eines gebakenen Karpfens.“
 Ich erinnerte mich, daß auch meine Mutter vor einigen Jahren dieses Wort gebraucht hatte, das tat mir weh und ich brummte: „Jeder hat den Ausdruck, der ihm paßt.“
 „Was sagst du, du Rothbub?“ und er hob seinen Stoch.
 Die Mutter warf mir einen strengen Blick zu; ich verstand, daß dieser Blick „Schweig jetzt“ bedeutete, aber ich kümmerte mich nicht darum.
 „Ich bin nicht rothiger als andere; ich habe Kopfschmerzen und gehe zu Bett, gute Nacht.“
 „Das ist das Geschlechte, was du tun kannst,“ höhnte der Vater, „warte nur, ich werde dich schon unterkriegen.“
 „Das wird sich zeigen.“
 „Gute Nacht,“ sagte die Mutter und schob mich aus der Küche.
 Ich ging in mein Zimmer und in einem Nu war ich im Bett. Alles geschah wie im Traum und ich hatte das Gefühl, daß mich eine unsichtbare Hand antrieb. Ich war ganz kraftlos, konnte keinen klaren Gedanken fassen, die Angst hielt mich mit eisernen Krallen gepackt. Endlich schließ ich ein, aber fürchterliches Alpdrücken quälte mich. Es war schon heller Tag, als ein undeutliches Stimmengewirr an mein Ohr schlug. Ich hörte den Vater schelten: „Neun Uhr und der Bursch ist noch nicht aufgestanden, wirklich eine Schande. André, geh ihn wecken.“
 Sofort wurde die Tür lärmend aufgerissen, André trat ein und rief: „Herr Faulpelz, es ist schon Zeit aufzustehen.“

Glaubst du vielleicht, daß man dir das Frühstück ins Bett bringen wird?“
 „Laß mich in Ruhe!“ Und ich drehte mich zur Wand, ganz entschlossen, dann aufzustehen, wenn es mir passen würde.
 André ging hinaus. Nach ein paar Minuten öffnete sich wiederum die Tür und ich erkannte die Schritte meiner Mutter. Neugierig, was sie mir sagen würde, stellte ich mich schlafend. Sie berührte mich an der Schulter.
 „Jacques, steh' auf, es ist neun Uhr vorbei, du schläfst wie das Vieh, das tußt du absichtlich, um den Vater aufzuregen.“
 Ich wendete mich um und blickte sie an; in ihren Augen war der unheilverkündende Stahlglanz. Sie wiederholte ungeduldig: „Steh' schon endlich auf.“
 „Er hat dich mit dem Auftrag geschickt, nicht wahr?“
 „Ich lasse mir von niemandem etwas befehlen,“ erwiderte sie eifrig.
 „Aber er hat dich doch geschickt.“
 „Ich weiß nicht, wen du meinst.“
 „Deinen Mann, das ist doch klar.“
 „Ich verbitte dir, so zu sprechen.“
 „Schon gut, wieder ist es ihm gelungen, dich von meiner Schuld und von seiner kindlichen Reinheit zu überzeugen.“
 „Du bist unverschämt, dein Vater hat ganz recht, man muß dich unterkriegen.“
 „Du sprichst so, obgleich du so gut weißt, was ich zu leiden hatte?“
 „Das wird immer schöner, spiel' dich nur auf den Märtyrer hinaus.“
 „Reinsewags, wir haben ja schon an dem einen gewissen Herrn genug.“
 „Ich verbitte dir nochmals, so von deinem Vater zu sprechen.“
 „Bergiß nicht, daß er wie mein ärgster Feind an mir gehandelt hat.“
 „Du übertreibst immer und alles; jetzt steh' auf und tue mir den Gefallen, dich heute anständig aufzuführen.“
 Sie ging aus dem Zimmer und warf die Tür zu. Ich stand auf, zog mich an, ging in die Küche, wo sich die Mutter und das Dienstmädchen der Patin befanden. In diesem Augenblick kam ein durchdringendes Geschrei aus dem Hof. Es war Pauls Stimme, dann ein großer Lärm, Wellen, meine Mutter war zum Fenster gestürzt. Es wurde angeläutet und mit einem Satz waren wir bei der Tür. Alice führte Paul an der Hand, zwei große Blutspuren zogen über sein Gesicht.
 (Fortsetzung folgt.)

Moabit!

Um die Kleinen und Kleinsten Sünder.

Ein kleiner, magerer Mann mit einem etwas schiefen Kopfe und nerosen Händen hat in seinem Leben zum fünften Male eine Tat begangen, die weder mit einem der zehn Gebote der Bibel noch mit der hundert Paragraphen des Strafgesetzbuchs zu vereinbaren ist. Er hat seine Frau, die in der Praxis nicht mehr seine Frau ist, etwas Geld und einen Pfandschein gestohlen.

Soweit die Akten.
„Haben Sie gestohlen?“
Rein. Seine Frau sei ihm einen Haufen Geld schuldig. Sie soll ihm nur zugahen. Die böse Kreatur!
„Ach, dann haben Sie ja gar nicht gestohlen?“
Rein, das habe er nicht.

„Dann müssen wir den Prozeß vertagen, um zu hören, wieviel Ihnen Ihre Frau noch zugahen will.“

Vertagen? O, er sei gewiß ein Liebhaber von allen guten Dingen, von Fleisch, von Suppe und auch von Mädchen. Aber „vertagen“ sei doch ebenso gewiß kein gutes Ding. Ja, es sei überhaupt nichts, weder Fleisch, noch Suppe, noch Mädchen. Ja, und dann. Er möchte doch den lieben Gericht den Anblick seiner Frau ersparen.

„Ich kann Sie nur verurteilen, wenn Sie sagen, daß Sie gestohlen haben.“

„Ich habe nicht gestohlen!“

„... und nur freisprechen, wenn Ihre Frau sagt, wieviel sie zugahen will.“

„Ich habe gestohlen!“

Unwillkürlich mit Grauen schaut man auf den Mann, dem das Strafregister die Sündenliste vorliest. Diebstahl: drei Monate Gefängnis. Diebstahl: fünf Monate Gefängnis. Urkundenfälschung: sieben Monate Gefängnis. Diebstahl: acht Monate Gefängnis. Betrug: neun Monate Gefängnis. Und so geht es monoton endlos weiter, um bei einer Gesamtstrafe von fünf Jahren innerhalb fünf Jahren einen Augenblick Atem zu schöpfen. Und schon spricht man von neuen Verbrechen. Von einer Unterschlagung.

Und doch sieht der grünlige Verbrecher gar nicht so schlimm aus. Ein Mensch wie irgendein anderer Mensch mit Augen, Händen und Füßen. Nur daß der Krieg aus diesem Menschen ein Häuflein Unglück gemacht hat.

Im Jahre 1915 an der Westfront verschüttet, konnte er sich von den Folgen dieser Verschüttung nicht mehr erholen. Wurde ein halb- und willentloses Geschöpf, ergeben allen zügellosen, dunklen Trieben. Neurosität zermürbte ihn, epileptische Anfälle und Brannwein trafen ihn auf. Kurz: Ein Psychopath durch und durch, ein Mensch, der für seine Taten nicht verantwortlich gemacht werden kann! Stellt der Sachverständige fest.

„Wenn er die Tat überhaupt begangen hat!“ meint der Richter. Rein, er habe sie nicht begangen. Behauptet das Häuflein Unglück. Ein Reisender wäre zu ihm gekommen und hätte ihm für einige hundert Mark Liniensache gegen Ratenzahlungen aufgeschwätzt. Unter Eigentumsvorbehalt. Natürlich hätte er die Hemden und Hosen nicht bezahlen können.

„Und dann haben Sie die Ware verkauft?“

„Rein! Sie ist mir gestohlen worden!“

Eines Tages hätte er mit seiner Frau, wie schon so oft, einen heftigen Streit gehabt. Daraufhin packte er alle seine Sachen, u. a. auch die fragliche Wäsche, zusammen und rannte in ein Wirtshaus, um mit Brannwein seinen Zorn und Aerger zu verbrennen. Am anderen Tage hätte er sich dann auf einer Bank in einer Anlage gefunden, aber nur sich allein, und nur zur Hälfte bedeckt. Die andere Hälfte mit allen Habfeligkeiten wäre verschwunden gewesen. In der Tat, das Gericht konnte ihm nichts nachweisen, nicht, daß er seine Frau nicht verprügelt, nicht, daß er sich nicht betrunken, nicht, daß er sich nicht an anderen Morgen halbnackt in einer Anlage gefunden, und nicht, daß er sich selbst bestohlen hätte. Und sprach ihn deshalb auf Staatskosten frei.

Billige Kohlen für städtische Werke.

Durch Frachtsenkung um 20 Proz. beim Großbezug.

Gestern, Dienstag, fand im Ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrats die Beratung einer Tarifvorlage statt, die für die Berliner städtischen Werke von größter Wichtigkeit ist. Der neue Tarif gilt für Steinkohlen deutscher Gewinnung aus dem Ruhrgebiet, aus Oberschlesien und Niederschlesien und ist nur für solche Kohlen bestimmt, die in den Berliner städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken verbraucht werden. Er setzt weiter regelmäßige Beförderung in geschlossenen Großgüterwagengängen voraus und ist an eine Jahresmindestmenge von 800 000 Tonnen gebunden. Unter diesen Bedingungen sieht der Tarif Ermäßigungen gegenüber den Normalfällen von durchschnittlich 20 Proz. vor. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft glaubt, diese erhebliche Ermäßigung geben zu müssen, wenn sie nicht nur an den Mehrtransporten, welche die Errichtung des Rummelsburger Werkes bringe, keinen Anteil haben, sondern darüber hinaus auch ihren bisherigen Bestzustand von Transporten an den Wasserweg verlieren soll.

Zwei neue ADAG-Vorortlinien.

Von nichtamtlicher Seite verbreitete Meldungen über einen von der ADAG beabsichtigten Vorortverkehr enthalten Angaben, die nicht den Tatsachen entsprechen. Richtig ist, daß die Omnibusgesellschaft ihren Ausflugsverkehr erweitern wird, und zwar durch zwei neue Linien: Vom Stettiner Bahnhof nach Summ (Schorfelde) und von Zehlendorf-Ritte nach der Glienicker Brücke (Potsdam). Weiterhin sollen sogenannte Wochenendauffahrten in neuen modernen Aussichtswagen (Klubwagen) veranstaltet werden. Die Teilnehmer können auf diese Weise ein- oder mehrtägige Reisen in bequemem Wagen ausführen.

Die Brandstiftung auf Rembahn Ruhleben.

Am 9. Januar 1927 brach, wie erinnerlich, in den Abendstunden auf der Trabrennbahn Ruhleben in dem Heuboden der Stallungen des Trainers Eugen Treuberg ein Brand aus. Die darunter befindlichen Stallungen waren mit Pferden stark besetzt, da am Tage ein Trabrennen stattgefunden hatte. Jedoch konnten die Pferde rechtzeitig gerettet werden. Auch das Feuer wurde bald gelöscht. Unter der Anlage, vorzüglich die Stallungen der Trabrennbahn Ruhleben in Brand gesetzt zu haben, wurde der Stallmann Johann Rothmeier dem Schöffengericht Charlottenburg aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Tat des Angeklagten erschien im höchsten Maße sonderbar. Rothmeier erklärte, daß es wohl schon so gewesen sein werde, daß er es aber nicht mehr wisse. Er habe sich das Leben nehmen wollen, weil er arbeits- und mittellos gewesen sei und wisse nur noch, daß er einen Hammer mitgenommen habe, als er auf den Heuboden ging. Landgerichtsdirektor Wäber hielt dem Angeklagten vor, daß er der Polizei angeben hätte, er habe das Heu angezündet und sich mit dem Hammer vor den Kopf geschlagen, damit er umfalle und mitverbrenne. Die anderen Stallleute bezeugten, daß Rothmeier mit blutüberströmtem Gesicht und einem Hammer in der Hand zu ihnen in den Stall gestürzt kam und rief: „Rettet, was ihr retten könnt, ich habe angezündet wegen Treuberg und den Schuften.“ Mit den Worten „Ich will Selbstmord machen“, stürzte er davon. Der Zeuge Treuberg hält den A. für geisteskrank, denn für die Tat lag gar kein Anlaß vor. Sanitätsrat Dr. Leppmann hat den Angeklagten auf seinen Geisteszustand geprüft; er hat erhebliche Zweifel gewonnen, ob die Tat im Zustande des Bewußtseins ausgeführt worden ist. Das Schöffengericht sprach nach kurzer Beratung den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

Der Arzt und seine Hausdame.

1 1/2 Jahre Zuchthaus wegen Verleitung zum Meineid.

Aus einem siebenjährigen Ehecheidungsprozeß, der sich zu einem Ratenkönig von anderen Zivilprozessen, u. a. Klagen auf Schadenersatz, Herausgabe der Kinder und Strafanzeigen von der geschiedenen Ehefrau gegen den abliegenden Ehemann, ausgewachsen hatte, ist die Anklage gegen den 1880 geborenen prakt. Arzt Dr. Hans Hermann hervorgegangen, die ihn jetzt unter der Anklage der Verleitung zum Meineid und der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung vor das Erweiterte Schöffengericht Mitte führte.

Es handelt sich um eine sehr verwickelte Angelegenheit, bei der es sich um die Beziehungen des Angeklagten zu dem früheren Kindermädchen Marie Gundermann dreht, die jetzt die wichtigste Belastungszeugin ist. Sie war bereits in der ersten Ehe des Angeklagten zur Pflege der drei Kinder im Jahre 1915 eingetreten und wurde nach ihrem Ausscheiden im Jahre 1925 vom Angeklagten wegen Diebstahls ihres ledernen Kleides angezeigt. Inzwischen hatte die erste Ehefrau eine Klage wegen Herausgabe ihrer Kinder angehängt, die sich darauf stützte, daß Dr. Hermann in intimen Beziehungen zu Marie G. gestanden und auch dem anderen weiblichen Dienstpersonal dauernd nachgestellt hätte. In dem Ehecheidungsprozeß vor dem Kammergericht hatte die G. im Jahre 1921 alle Beziehungen zu dem Angeklagten abgestritten. Sie wurde vom Kammergericht über den Punkt der ehewidrigen Beziehungen uneidlich vernommen. Im Jahre 1926 aber hatte sie in einer Klage der Ehefrau zugestanden, daß sie seit dem Jahre 1917 mit Dr. Hermann wie in einer Ehe gelebt habe, und daß Dr. H. ihr auch die Heirat versprochen hätte. Der Angeklagte habe ihr vor ihrer Vernehmung vor dem Kammergericht gesagt, sie dürfe über die Beziehungen zu ihm nichts zugeben, und auch die Aussage nicht verweigern, weil er sonst den Prozeß verlieren würde. Dr. Hermann habe auch sie aufgefordert, nötigenfalls zu schwören. Der Angeklagte selbst hat im Juli 1926 die eidesstattliche Versicherung abgegeben, daß er mit Marie Gundermann niemals die Ehe gebrochen habe und sie auch niemals veranlaßt, vor Gericht Unwahres auszusagen. Dr. Hermann bestritt jede Schuld und führte alles auf einen Raubact zurück.

Ueber seine erste Ehe machte Dr. Hermann folgende Angaben: Seine Ehe war nicht glücklich. Seine Frau vernachlässigte Haushalt und die drei Kinder. Im Jahre 1916 übernahm Fräulein Gundermann, die jetzige Hauptbelastungszeugin, die Pflege der Kinder. Borf.: Ihre Frau behauptet, daß sie Sie mit dem Kindermädchen schon 1917 überbracht habe. Angekl.: Das ist nicht richtig. Borf.: Als die Gundermann ihre Ladung zum Termin bekam, sollen Sie ihr gesagt haben, was sie auslegen sollte. Angekl.: Das bestritte ich. Borf.: Daß Sie mit der G. verkehrt haben, geben Sie doch zu? Angekl.: Ja. Der Angeklagte

gibt auch zu, daß er anderen weiblichen Hausangestellten nachgestellt hat. Borf.: Zu diesem Verfahren wäre es nie gekommen, wenn Sie das Mädchen 1925 nicht entlassen und es, nachdem es fast zehn Jahre bei Ihnen gewesen war, wegen Diebstahls angezeigt hätten. Unverständlich ist es, wie man einen Menschen, von dem man zehn Jahre Gutes im Hause gehabt hat, wegen eines lumpigen ledernen Kleides anzeigen kann. Das spricht doch auch gegen Sie. Als erste Zeugin wurde Marie Gundermann zunächst unvoreiligt vernommen. Sie sagte aus: Bis 1917 sei nichts vorgekommen, aber Dr. Hermann habe ihr schon immer nachgestellt. Anfang 1917 sei sie ihres Rufes wegen aus dem Hause gegangen, weil Frau Dr. Hermann behauptete, sie habe ein Verhältnis mit ihrem Ranne. Dr. Hermann habe sie zurückgeholt. Bald darauf begannen die intimen Beziehungen, da inzwischen die Frau aus dem Hause gegangen war. Ich habe den Mann geliebt und habe seit 1917 eine richtige Ehe mit ihm geführt. Aus meinem Eide beim Kammergericht wurde alles ausgelassen, was sich auf die persönlichen Beziehungen bezog. Borf.: Haben Sie über die falsche Aussage Gewissensbisse gehabt? Zeugin: Sehr oft, aber Dr. Hermann verdrückte mich immer mit der künftigen Ehe. Rechtsanwalt Dr. Joffé hielt der Zeugin entgegen, daß bei dem Eid vor dem Kammergericht nur das ehewidrige Verhalten ausgenommen worden sei. Die Zeugin behauptete jedoch, daß diese Auslassung sich auf die ganzen persönlichen Beziehungen erstreckt habe. Dr. Joffé: Wie ist Frau Hermann auf Sie gekommen? Sie hatten doch immer verheiratet, daß nichts passiert sei, solange die Ehe nicht geschieden war. Zeugin: Ich hatte inzwischen in einem Zivilprozeß der Frau Hermann gegen ihren Mann die Aussage verweigert.

Staatsanwaltschaftsrat Jacoby I hielt den Angeklagten Dr. med. Hermann für überführt, die Zeugin Gundermann zum Meineid verleitet und selbst eine falsche eidesstattliche Versicherung in einem Zivilprozeß seiner Ehefrau gegen ihn im Mai 1926 abgegeben zu haben. Er beantragte die Verurteilung des Dr. Hermann zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Rechtsanwalt Dr. Walter Joffé hielt die Rolle der Belastungszeugin Gundermann für eine zweifelhafte und beantragte Freisprechung. Das Gericht verurteilte Dr. Hermann wegen Verleitung zum Meineid und wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu einem Jahr einem Monat Zuchthaus. Die Untersuchungshaft von sechs Wochen wurde dem Angeklagten voll angedreht. Ein Haftbefehl wurde gegen ihn nicht wieder erlassen, da er inzwischen eine Kaution von 10 000 M. gestellt hat. Das Schöffengericht hat eine große Reihe von Schuldmomenten gegen den Angeklagten für festgestellt gehalten; er hat sich außerdem gegen seine Anstellung von einer seltenen Unvorsichtigkeit gezeigt. Rechtsanwalt Dr. Joffé legte sofort gegen das Urteil Berufung ein.

Dem Abschluß entgegen!

Plädoyer der Verteidigung im Jürgens-Prozeß.

In seinen weiteren Ausführungen suchte Justizrat Dr. Werthauer das Verhalten des Angeklagten bei seiner Vernehmung in Kassel zu erklären. Schon die Art und Weise, wie die alte Frau Angel ihn in die Sache hineingezogen habe, mußte ihn zu äußerster Vorsicht mahnen. Dazu kam die feilsche Erregung wegen der wenige Tage vorher in Berlin erfolgten Hausjudung in seiner Wohnung. Der Beweiskluß des Kasseler Gerichts war ihm nicht zugestimmt, ebenso wenig war vor der Vernehmung ein Hinweis darauf erfolgt, daß er eventuell seine Aussage verweigern dürfe, weil es sich um Behauptungen handle, die für seine Frau ehrenrührig waren. Nicht der Vernehmungsrichter, wie es Vorschrift sei, sondern Jürgens selbst in seiner feilschen Erregung habe damals das Protokoll diktiert. Deshalb müsse es im Sinne des Verfassers, aber nicht im Sinne des Richters ausgelegt werden. An dieser Tatsache scheiterte jeder Versuch, aus diesem Protokoll einen Meineid zu konstruieren und deshalb hätte der Oberstaatsanwalt in diesem Punkte die Anklage fallen lassen müssen. Der Anklagevertreter sei auch dem Wesen des Angeklagten, dem von zahlreichen Zeugen Fleiß, Klugheit und Gewissenhaftigkeit bescheinigt werde, nicht gerecht geworden. Bei einem Manne wie Jürgens könne man sich nicht vorstellen, daß er nach Kassel reise, um dort wegen eines Objekts von 500 Goldmark einen Meineid zu leisten. In diesem Zusammenhang bedauerte der Verteidiger, daß der zweite Anklagevertreter, Staatsanwaltschaftsrat Weichstettin — der in diesem Prozeß bekanntlich überhaupt nicht herorgetreten ist — erkrankt sei, da es immerhin interessant gewesen wäre, ob er sich den Anträgen des Oberstaatsanwalts und dessen Beweisführung angeschlossen hätte. Justizrat Dr. Werthauer streifte dann noch kurz die übrigen Anklagepunkte, in denen sich der Oberstaatsanwalt nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme hätte verlassen müssen, daß sowohl die Sachverständigen, wie die Zeugen ihn verlassen hätten. Seit über einem Jahr wartet Jürgens darauf, daß er freigesprochen wird, und ich hoffe, daß das jetzt geschieht.

Funkwinkel.

Sachlichkeit ist das Schlagwort der Gegenwart. Man will nicht mehr die Dinge schildern eingehüllt in romantische Redel. Man will sie geben, wie sie wirklich sind. Fort mit den psychologischen Irreführungen bei der Schilderung interessanter Helden. Reportage: das ist die neue Kunstform, der schriftstellerische Ausdruck dieser Sachlichkeit. Ein Stenogramm des Zeitgeschehens, in Amerika und Frankreich zur Vollendung gebracht, befindet sich in Deutschland noch in ihren Anfängen. In Deutschland, wo sich jeder in die Geheimnisse seines Berufes einlapelt. So etwas umreißt Leo Lania den Begriff Gestaltete Gegenwart. Josef Roth, Leo Lania und Artur Holtzner kommen dann als Vertreter dieser Sachlichkeit mit kurzen Schilderungen zu Wort, die plastisch, klar, nüchtern, allein das Wesentliche, den Extrakt geben. Leo Lania liest vollendet, aber Sonja Bog bringt ein gefühlsmäßiges Moment hinein, das diesen Dingen fremd ist. — Den Beamten als Vertreter der Staatshoheit behandelt Geheimrat Dr. Tull. Ein paar Sätze aus diesem Vortrag sollte jeder Beamte, ob hoch oder niedrig, beherzigen. Der Beamte erhält seine Amtsgewalt vom Staat, er ist nur exekutives Organ. Immer sollte er sich daran erinnern, daß ihm die Macht höhere Pflichten auferlegt. Niemals darf er vergessen, daß er dient und nicht herrscht, eine Regel, die vor allem für Verwaltungs- und Polizeibeamte gilt. — Margarete Weinberg spricht über die Frau im Wohlfahrtsdienst. Zunächst ein kurzer geschichtlicher Ueberblick, dann eine Schilderung der Wohlfahrtsrichtungen, denen sich heute Frauen widmen, verknüpft mit einer psychologischen Betrachtung über die Eignung der Frau zum Wohlfahrtsdienst. — Auf der Jugendbüchne Franz Geillparzers Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“. Braun führt diesmal musterhaft Regie. Keiner der Beteiligten legt wie sonst eine Arie hin, keine falsche Deklamation hört. Kraußner spricht wunderbar den Oberpriester, sehr verinnerlicht Lucie Mannheims Hero, und Lothar Mühlert verleiht dem wackeligen Leander eine kraftvolle Sprache. Sonaten von Händel und Bach beschließen harmonisch den Tag. G. E.

Um 1/2 Uhr wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt, und zwar werden zunächst die übrigen Verteidiger des Landgerichtsdirektors Jürgens und im Anschluß daran Rechtsanwalt Dr. Alsborg für Frau Jürgens das Wort ergreifen.

Einheitstarif vom 15. März ab.

Der Aufsichtsrat der Berliner Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. beschloß in seiner heutigen Sitzung, den neuen Einheitstarif für die drei städtischen Verkehrsunternehmungen vom 15. März ab in Kraft treten zu lassen.

Nach den Einschränkungen, die die Aufsichtsbehörden bei der Einführung des neuen Tarifs vorläufig gewünscht haben, berechtigt der neue Einheitsfahrchein zum Preise von 20 Pf. zur einmaligen Fahrt mit Umsteigeberechtigung innerhalb des Netzes der einzelnen Unternehmungen oder mit Umsteigeberechtigung von der Straßenbahn zur Hochbahn und umgekehrt und vom Omnibus zur Straßenbahn und zur Hochbahn. Die Umsteigeberechtigung von Straßenbahn und Hochbahn zum Omnibus kann erst eingeführt werden, wenn, entsprechend dem Verlangen der Aufsichtsbehörden, der Wagenpark der Omnibusgesellschaft erweitert worden ist. Diese Erweiterung wird mit der denkbar größten Beschleunigung betrieben werden.

Aus dem Schaffen jugendlicher Erwerbsloser

nimmt sich eine Ausstellung, die gestern nachmittag in den Räumen des Tagesheims, Pappelallee 25, vom Jugendamt Brenzlauer Berg eröffnet wurde. Einleitend wies Stadtrat Genosse Friedlaender auf den Zweck der Tagesheime hin. Sie sollen den jungen Arbeitslosen die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit erleichtern, indem sie ihnen die Möglichkeit geben, sich handwerkliche Kenntnisse zu erwerben. Kostenlos wird ihnen Mittagessen und Nachmittagskaffee verabreicht und unter sachmännischer Leitung werden ihnen berufliche Kenntnisse in der Schusterrei, Schlosserei, Buchbinderei und Tischlerei sowie in Hausarbeiten und Näherei vermittelt. Von dem Erfolg dieser Kurse gaben die ausgestellten Arbeiten lehrreiche Proben, und es war erstaunlich zu sehen, was hier junge Menschen, die keine fachlichen Vorkenntnisse hatten, geleistet haben. Erstaunlich ist die überaus große Zahl der Arbeiten, die für soziale Einrichtungen und Kameraden anderer Heime angefertigt wurden. In einem an die Besichtigung sich anschließenden Lichtbildervortrag, der Bilder aus dem Leben der Heimbesucher zeigte, erkannte man, daß neben dem Ernst der beruflichen Arbeit auch der Sinn für Spiel, Sport und Wanderungen vorhanden ist. Um die Ausstellung noch einem größeren Kreis von Besuchern zu zeigen, ist sie am Donnerstag und Freitag von 3—7 Uhr und am Sonnabend von 3—5 Uhr geöffnet.

Kriegsbeschädigte und Bodenreform. In einer vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen (Bezirk Westen) nach dem Schubertsaal Berlin einberufenen Versammlung wurde nach einem Vortrag des Genossen Victor



sicher wirkend bei Verstopfung.
Alle 2 oder 3 Tage ein Laxin-Konfekt nach der Abendmahlzeit reguliert die Verdauung

Verlangen Sie kostenlos die interessante Broschüre über Laxin von den Lingner-Werken, Dresden

Road eine Entschliebung einstimmig angenommen, wozu die Reichsregierung aufgefordert wird, nun endlich das von den vergangenen Regierungen bereits schon sieben Jahre verschleppte, seit sieben Jahren von den freigewerkschaftlichen, christlich-nationalen und freihetlich-nationalen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen geforderte Reichsbodenreformgesetz dem Reichstag vorzulegen, und zwar nach dem Reichstagsbeschluss vom 5. Mai vorigen Jahres in einer Fassung, die dem bekannten Entwurf des ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium gerecht wird und nicht etwa durch Verwässerungen an bodenreformersicher Bedeutung verloren hat.

Eine wohlgeleitete Werbeveranstaltung war das Frühlingsspektakel der 4. Kameradschaft vom Kreisverein Neuföln-Brig des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Unter Vorantritt des Tambourkorps und der Fanfarenbläser marschierte der stattliche Zug durch Brig und die Großsiedlung, freudig begrüßt von der Bevölkerung. In Baders Gesellschaftshaus vereinigte der Abend die Kameraden mit ihren Familienangehörigen. Die Festansprache des Kreisvereinsvorsitzenden Kameraden Gutschmied fand reichen Beifall. Kamerad Schmarso konnte als Kameradschaftsführer mehrere Fahnenträger entgegennehmen.

Der Österreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet am Donnerstag, 17. März, 8 Uhr, im Reichstagsgebäude (Eingang Portal 5) einen Vortragabend, an dem Redakteur Alexander Szanto über „Ungarn und die österreichische Volksfrage“ sprechen wird. Eintritt frei!

Sprechchor für proletarische Feiertage. Nächste Übungsstunde am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Erlangsaal der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 10/11. Den Text der letzten Jugendweise mitbringen.

Arbeiter-Kulturverein Groß-Berlin. Sonnabend, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Weinbrenner Straße, viertes Arbeiter-Einzelkonzert mit dem Bühnenmonarchen Dr. Hestler unter Leitung von Prof. G. Hestler. Ludwig von Beethoven († 26. März 1827). Zur Feier des hundertsten Todestages. 1. Operette zu Collins Trauerpiel „Coriolan“, op. 62, Vert. von L. Koenig für Violine und Orchester, op. 77, Drechs. 3. Einmal Nr. 3 (Troica) op. 55, Beethoven. Violine: Gullas Daormann. Eintrittspreis 1,50 M. — Sonntag, den 18. März, vorm. 11 1/2 Uhr, im Theater der Volkshäuser, am Pilsenerplatz. Ein Frühmorgenskonzert, dramatisches Chorwerk von Bruno Schönsont, Musik von Heinz Tieper. Die Plätze werden verteilt. Die Verlosung beginnt um 1/11 Uhr. Eintrittspreis 1,50 M. Karten im Bureau des Arbeiter-Kulturvereins, Lindenstraße 3, 2. D., Zimmer 8, in der Vormittagsbuchhandlung, Lindenstr. 2, und an der Theaterkasse.

Zirkus und Variété.

Zirkus Sarrazani. Nach mehrjähriger Abwesenheit, bereichert durch seine amerikanischen Erfahrungen, hielt der Zirkus Sarrazani wieder seinen Einzug in Berlin. Die neue Zuchtställe am Kaiserdamm hat sich in eine stattliche Arena verwandelt und bietet im Verein mit dem großartigen künstlerischen Aufgebot ein prächtiges, farbenreiches Bild. Eine Palastreihe sämtlicher Artisten und Künstler gab den Lust. Das reichhaltige Tiermaterial, Künstler aus aller Herren Länder, zeigte Proben sorgfältigster Dressur und großen Könnens. Allen voran die Riffabylon als Pyramidenbauer und Springer, die Ischertessen als wildverwegene Reiter, Chinesen in ihren heimatischen Kunststücken auf dem Gebiete des Jonglierens, Feuer- und Degenkämpfers boten gute Arbeit. Direktor Sarrazani dirigierte seine Elefantengarde, Fr. Wallerstein ritt elegante hohe Schule. Ein reichhaltiges Balletpersonal, wohl dressiert und kostümiert, führte allerlei nette Tanzleistungen vor. Besonderes Lob verdient noch ein Luftakt am dreifachen Trapez und am Luftred. Die Clownerie wurde von ein paar würdigen Vertretern dieses Faches besorgt. Das Programm ist — nach amerikanischem Muster — ganz auf Massenwirkung aufgebaut und verblüfft durch seine Ueberfülle an Darbietungen, die im Schnellzugtempo mit allen Tricks moderner Regiekunst an einem vorüberhulsen.

Die Scala hat in diesem Monat eine sehr bunte und lustige Zusammenstellung von Dingen, die nicht ganz in das artistische Fach gehören. Eine muntere Abwechslung, die man sich gern gefallen läßt. An der Spitze steht wieder einmal Raffelli, der Unvergleichliche, das Jongleurgenie, der die Gegenstände ihrer physikalischen Eigenschaften entkleidet und sie scheinbar mühelos zu Objekten seiner Launen macht. Dann gibt's Binga-Singh, der seine indischen Tricks so hübsch ausführt, daß man ihnen die Verwandtschaft mit dem europäischen nur schwer anmerkt. Ganz fernöstlich kommt uns auch Richard Bells Chinesen-Revue, die vor allem ausgezeichnete alchinesische Waffenspiele zeigt. Aus Amerika sind diesmal erschienen: die Vortragungskünstlerin Alma Barnes, nicht sehr erigentlich, dafür um so mehr ihre Landsmännin Gophy Rhouma-jé, so ziemlich das außerordentlichste, was man an dieser Stelle je gesehen. Sie zeigt eine tänzerische Akrobatik, ungewöhnlich und phantastisch, trotzdem aber beherrscht in der Form. Ähnlich bizarr gibt sich das prächtige Tänzertrio von den Folies Bergères in Paris: Tigé, Toppel, Tarassow. Schließlich melbet sich auch wieder Anton King's gelehriger Schimpanse Tarzan II, der alles macht, was man von einem Gent im Abendanzug verlangen kann. Als Bestes die zwei Spira's in ihrer wirklich unermesslichen Szene „Dienstmann Nr. 17“.

Im Wintergarten trifft man im Märzprogramm wieder auf eine Anzahl guter Bekannter. Griffiths Wunderpferd Pogo wurde zu schnell wiederholt. Dunio und Oegna werden als lustige Musikanten bezeichnet, wirken bei sehr gutem Spiel eher ein wenig elegisch. Auch Kafanettes Hundedressuren sind wieder da. Fröh Wiefenthal und Klara Karry singen und sind auch mimisch vorzüglich, bedeuten aber kaum mehr als einen hübschen Faschingsakt. Vier Akrobatik- und Gymnastikakte hingegen sind ausgezeichnet besetzt und bringen zum Teil überraschend Neues. Der Untermann der Funetros bringt, noch dazu auf Stelzen stehend, ein unerhörtes Stück fertig. Er fängt den vom Trampolin springenden Partner Kopf auf Kopf, ohne Zuhilfenahme der Hände. Auch der amerikanische Dnesime- und Kid-Act, der einen ganz jungen fast kindlichen Partner hat, ist erstklassig. Das junge Kerlchen springt, schlingt und schwingt sich mit unvergleichlicher Behendigkeit und Leichtigkeit. Der Partner ist trotz seiner Dürre ein muskelstarker Untermann. Die Handstand- und Sturzakrobaten Triboli und Smiles verdrängen, ohne clownhaft zu sein, ihre Leistungen mit gutem Humor. Sehr zeitgemäß ist das Morgen-training einer Sportsdame von Fräulein Althea. Powers tiefen-Tanz-Elefanten sind nun schon in Berlin bekannt. Wag man auch heute noch die „Wunder“ einer solchen Dressur bewundern, die Zeit scheint nicht mehr fern zu sein, wo man solche Darbietungen als der wahren Natur des Tieres zuwider kühl ablehnen wird. Seine helle Freude hat man an den Tänzen der schlanken und lustigen Schwedern Staeding, und Pierino Farabonis Pirouetten tänze sind ebenso neu wie einzigartig.

Die lebende Granate. Aufsehen erregte eine Kanone, die, auf einem Lastautomobil verstaubt, durch die Straßen Berlins gefahren wurde. Der Wagen trug den Namen Carl Hagenbed, und ohne weiteres konnte man es sich nicht zusammenreimen, was Tierfang und Tierhandel mit Kanonen zu tun haben. Die Sache verhält sich so, durch diese Fahrt auf der Kanone stellte sich dem Berliner Publikum der Artist Ugo Zuchini vor. Dieser Chilene ist nämlich zurzeit im Zirkus Carl Hagenbed engagiert. Ugo Zuchini, der früher als Cowboy arbeitete und diese ihm so liebe Tracht noch heute trägt, ist von Jugend auf Artist. Sein Bruder wurde Ingenieur, doch das Artistenblut wird oft zum Verhängnis, es trieb auch ihn dazu, im Zirkus tätig zu sein, und zwar als Lustturner. Eines Tages stürzte er vom Trapez und brach ein Bein. Während eines einmonatigen Kranklagers plagten ihn die Gedanken, wie finde ich eine Lösung zwischen meinem Ingenieur- und meinem Artistenberuf. Da kam er auf die Idee, eine Kanone zu konstruieren, aus der sich sein kräftiger, verwegener Bruder Ugo in hohem Bogen durch die ganze Distanz des Zirkus schießen läßt. Seit fünf Jahren arbeiten die beiden Brüder nun zusammen, und in dieser Zeit waren die beiden in Ägypten, Syrien, Palästina, Portugal und England. Jetzt sind sie nach Deutschland gekommen, wo zum ersten Male in Berlin Ugo Zuchini sich als lebende Granate verwenden läßt.

Achtung, Genossinnen!

Funktionärinnen-Konferenz

am Freitag, dem 11. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Referentin: Luise Schröder, M. d. R. — 2. Der internationale Frauentag. Türkontrolle: 1. Kreis-Mitte.

Die Kreisleiterinnen werden gebeten, um 7 Uhr pünktlich zu erscheinen.

Freie Schulgemeinde Lichtenberg

Freitag, den 11. März 1927, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Anabernmittelschule, Marktstraße, öffentliche Versammlung: Die weltliche, proletarische Einheitschule von der Grundschule bis zur Hochschule. Referent: Oberstudien-direktor Dr. F. Karfen, Neuföln. — Zu diesem Vortrage sind alle Eltern, Lehrer und Freunde der Schule herzlich eingeladen. Eintritt frei!

Die Erdbebenopfer in Japan.

Viele Europäer getötet, angeblich keine Deutschen.

Tokio, 9. März. (W.B.) Nach den letzten amtlichen Mitteilungen über die Erdbebenverluste beträgt die Zahl der Toten über 2500 und die der Verletzten 4000. Es wurden 7800 Häuser zerstört (jedoch nur kleine Holzhäuser). Der Gesamtschaden wird daher auf nicht über 10 Millionen Yen geschätzt. Das Dorf Amina, das eine Bevölkerung von 4000 Menschen hat, ist fast ganz zerstört. Ein neugebautes Theater stürzte dort ein und es brach Feuer aus, bei dem 200 Menschen das Leben einbüßten und 500 verletzt wurden. Truppen graben die Leichen aus. Der Innenminister teilte im Oberhaus mit, die letzten amtlichen Berichte zeigten, daß 1695 Personen getötet worden sind und 4548 Häuser zerstört wurden, jedoch nicht einschließlich der Bezirke von Niigata und Niigama (die am meisten gestützt haben), und von denen infolge der Zerstörung der Verbindungen noch keine Einzelheiten vorliegen.

Riga, 9. März. (U.) Nach einem Funkpruch aus Tokio hat das Erdbeben nachgelassen. Unter den Erdbebenopfern befindet sich eine Reihe Europäer, jedoch kein Deutscher. Der Mikado hat den Opfern des Erdbebens eine Million Yen gestiftet.

Von einer Lamine überrascht. Nach einer Meldung aus Beacons wurden 50 Mann eines Alpenjägerregiments bei einem Patrouillengang von einer Lawine überrascht. Zwei Unteroffiziere und ein Mann fanden dabei den Tod. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Raubmörder Schröder im Zuchthaus. Der Magdeburger Raubmörder Schröder ist nunmehr nach seiner Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus zur Verbüßung seiner Strafe dem Zuchthaus Lichtenberg zugeführt worden.

Ein vierzehnjähriger Massenmörder. Wie aus Beningrad gemeldet wird, erstach in einem Dorfe ein vierzehnjähriger Junge seine siebentägige Familie während des Schlafes. Der Junge ist festgenommen worden.

Ein historisches Gasthaus am Rhein niedergebrannt. Am Sonntag abend ist das uralte, aus dem 12. Jahrhundert stammende Gasthaus „Zum Bären Rhein“ in Rhens bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Aus der Partei.

Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum.

Unter diesem Titel erschien mit einem Vorwort von Reichstagsabgeordneten Hermann Müller-Franken und Beiträgen von Senatspräsident A. Freymuth, Bürgermeister Ernst Falk und Reichstagsabgeordneten Hermann Wäger im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, eine 32 Seiten starke Broschüre, die nicht nur für Beamte lesenswert ist. (Preis 50 Pf.)

In seinem Vorwort wendet sich der Parteivorsitzende Genosse Müller zunächst gegen die unwahre Behauptung, die Sozialdemokratische Partei sei ein Feind des Berufsbeamtentums. Die Sozialdemokratie lehnt vielmehr die Errungenschaften der Beamten aus früherer Zeit den Errungenschaften der Arbeitnehmer gleich und tritt deshalb für ihre Erhaltung ein. Wenn der Volksstaat den Beamten ein größeres Maß von Freiheit gewährt, so darf aber die Meinungsfreiheit nicht zur Untergrabung des Staates mißbraucht werden. „Wer den heutigen Staat verneint, sollte sich, wenn er Wert auf Anstand legt, eine andere Beschäftigung suchen, als gerade dem Staat zu dienen. ... Der Obrigkeitstaat erzog Heuchler. Der Volksstaat will keine Heuchler zu Staatsdienern haben. ... Deutschland ist noch keine soziale Republik. Die um ihre Lebenshaltung wie um ihre sozialen und kulturellen Rechte ringenden Volksmassen müssen unterstützt werden durch ein von den Interessen der Birtschaft unabhängiges, staatsbürgerlich denkendes, mit den Massen des Volkes fühlendes Beamtentum.“

Genosse Freymuth erläutert die rechtliche Stellung des Beamten in der deutschen Republik. Er verteidigt das Recht der Berufsbeamten und fordert, daß der Berufsbeamte des neuen Staates sich freudig als Teil des neuen demokratisch-republikanischen Staates fühlt, daß er „im tiefsten Herzen empfindet, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und daß jeder einzelne Beamte klar an jedem Tage seines Wirkens und in jeder einzelnen Amtshandlung sich fühlen muß als Volksgenosse gegenüber den anderen Volksgenossen.“ Der folgende Beitrag von Falk dient ebenfalls dem Nachweis, daß Beamtenrecht nicht Arbeitsrecht, sondern Staats- und Verfassungsrecht sei. Wäger hebt den Unterschied zwischen der beruflichen Tätigkeit des Beamten und der des Arbeiters hervor, erörtert die Beamtenpolitik der Partei, ihr Beamtensprogramm und ihre Grundzüge und Forderungen.

Da in den Beamtentreffen noch vielfach eine gewisse Voreingenommenheit gegen den Anschluß an die Sozialdemokratische Partei besteht, müßten die parteigenösslichen Beamten bei der weitesten Verbreitung dieser Schrift von allen nichtbeamteten Genossen unterstützt werden.



Was sagt der Bär?

Alt-Berlin
Fischergasse

In dem Meinungsstreit

unserer Tage sind sich die Berliner über zwei Dinge einig: In der Liebe zum alten Berlin — und in der Wahl ihrer Lieblings-Cigarette:

Josetti Juno
Berlins meistgerauchte 4,8 Cigarette

Frühlingskleid

muß diesmal „ein Gedicht“ werden. — Das steht fest! — Und wird es sein, wenn Sie's bei uns kaufen!

Das schönste, was die Mode überhaupt ersonnen hat, hier finden Sie's vereint in einer imposanten Auswahl. Und — dafür sind Sie ja bei **C&A** — fabelhaft billig!

Einsegnungs-Kleider

aus Popelin 4⁷⁵ aus Taft 7⁷⁵
lange Ärmel, ab mod. Form, ab

aus Samt 6⁷⁵ aus schönem 10⁷⁵
kurze Ärmel, ab Eolienne ab

aus Samt 9⁷⁵ aus Crêpe 14⁵⁰
lange Ärmel, ab de chine ab



Allerliebste Hauskleid, jugendlich-graziös, aus neuem Popelin, mit feiner Stickerel, Crêpe de chine - Ueberkragen und Plüseeock

13⁵⁰

Elegantes Dolero-Kleid — die frische Modiform — aus gutem Rip, mit reicher, zweifarbiger Stickerel und fein, neuen Plüseeock

26⁰⁰

Teekleid aus Velourne (Wolle m. Seide) mit der neuen Russenbluse, vollem Faltenrock und Ombré-Metaliborte, der Neuheit des Frühlings

26⁵⁰

Compost-Jumperkleid, die neue frische Mode, aus feinem Rip, in sporten Farben, ringsum reich bestickter Jumper; Plüseeock

21⁰⁰

Elegantes Prinzess-Kleid in ganz neuer Linie und Ausstattung, aus prima Ripware; reiche Blenden; fein bestickte Crêpe de chine - Weste

38⁵⁰



Königstr. 33
Am Sth. Alexanderplatz
Chausseest. 113
Beim Stettiner Bahnhof
Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Die obigen Angebote stehen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Theater, Lichtspiele usw.
Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
6^{1/2} U.: Die Meister-
singer v. Nürnberg.
Schauspielhaus
8 U.: Amphitryon
Schiller-Theater
2. Wallenstein Tod.

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 Uhr
Heldhard v. Gneisenau
Montag, den 14.
Gneisenau.
Sonst täglich
Bismarck
Kammerspiele
Norden 10334-37
8 Uhr
Letzte Aufführungen
Die Gefangene
Thalia-Theater
8 Uhr
Der mutige Seefahrer

Die Komödie
Bismarck 2414, 7511
8^{1/2} Uhr
Zam 50. Male:
Die Perle
Freitag, Sonnabend,
Sonntag
Nachvorstellung
11 Uhr
Rasch ein Hind
Preise 2, 3 u. 4 Mark
Theat. a. Hollendorpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr
Max Adalbert
in „Müllers“

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Volpone
Morgen 8 Uhr,
Volpone
Komische Oper
Allabendlich 8^{1/2} Uhr
Sünden der Welt
Die weltbildliche
James-Klein-Revue
250 Mitwirkende • Theaterk.
ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.

Maller-Revue
Theater im
Admiralspalast
Täglich 8^{1/2} Uhr
An u. aus
2 Vorstellungen 2
3 u. 8^{1/2} Uhr:
Nachm. die ganze
Vorstellung zu
halben Preisen!
sonders
Wirksam sind die
KLEINEN
ANZEIGEN im
„Vorwärts“
und trotzdem
sehr billig!

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner
Operette von W. R. K.
Allermann, K. K. H.
Schwarz, W. W. K.
la. Eiderfettkäse
9 Pf. M. 0,30 frko.
Dampfkäsefabrik
Rendsburg.

Trabrennen Mariendorf
Donnerstag, den 10. März
nachm. 2 Uhr

Malton-Weine
aus Malz
anerkannt beste
Stärkungsweine
aus Malz
für Kranke, Schwache, Erholungs-
bedürftige und auch für Gesunde.
Seit 1895 im Handel und ärztlich empfohlen.
Deutsche Malton-Gesellschaft m.b.H.
Wandsbek-Hamburg.
Niederlage:
Ostwerke Aktiengesellschaft
Zweigniederlassung Wandsbek-Hamburg.
Vertriebsstelle Berlin N 4, Chausseest. 42.
Tel. Norden 710.
Zu beziehen à Mk. 2,50 pro 1/2-Literflasche durch
die Apotheken, Drogerien und Feinkostgeschäfte.

Gewinn-Auszug
5. Klasse 28. Preussisch-Österreichische (254. Preuss.) Klassenlotterie
24. Ziehungstag 8. März 1927, nachmittags
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar in einer auf die Zehn-stellige Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2
Ohne Gewähr Nachdruck verboten
Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen
4 Gewinne zu je 5000 M., 65670 94677
4 Gewinne zu je 3000 M., 100251 219531
16 Gewinne zu je 2000 M., 45489 104900 119400 287738 301486
307149 314228 319729
32 Gewinne zu je 1000 M., 3635 24002 90610 114895 115753
119690 128895 143167 154730 178061 203062 226181 248594
288120 330604 330115
64 Gewinne zu je 500 M., 9118 15679 25202 26199 56476 74410
78344 89100 89688 90203 110583 111978 128851 145524 147688
153822 156970 159140 159633 176882 177478 186273 198029
210213 210288 210395 220126 221139 222226 233341 250890
268142 267616 268892 273261 295080 301993 305544 306446
311189 324944 326281
190 Gewinne zu je 300 M., 2582 4899 4964 7543 19240 22360
24459 34301 36868 42867 43182 43960 45158 45943 47890 48261
50613 52370 53287 55048 66148 71377 74616 79643 81392 92419
97029 99619 101441 103542 103948 105902 106701 107245
108091 140970 149395 152462 152973 162797 161923 167690
177863 180108 183219 183259 181180 195649 194205 198259
198889 198640 204051 209190 213973 221345 222708 228821
239557 232835 235753 239903 249527 253985 263146 265525
286181 268494 272917 277897 290243 281427 283863 284519
286235 288100 292474 293307 294200 297069 307902 308766
312153 313916 318561 317685 317904 319968 326502 327198
330196 330689 331417 332085 337071

CASINO-THEATER 8 Uhr
Das erste Volksstück in dieser Spielzeit
Familie Habenichts I
Ausscheiden: Gutschein 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.
Wallner-Theater
8^{1/2} U. Der Schläger 8^{1/2} U.
Das blonde Wunder
Winter-Garten
Rauchen gestattet
Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das neue Programm!
Kassentickets: halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Brett's
Variété, Konzert, Tanz.

Erk Charell bringt:
Wie einst im Mai
mit
Alfred Braun
Camilla Spira
Don Parkers
Jazz-
Orchester
New-York
u. viele Attrakt
tägl. 8 Uhr
Sonntags 3 Uhr
nägl. halbe Preise
Im Großen Schauspielhaus

25. Ziehungstag 9. März 1927, vormittags
Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen
2 Gewinne zu je 20000 M., 342043
2 Gewinne zu je 10000 M., 281670
2 Gewinne zu je 5000 M., 235061
18 Gewinne zu je 3000 M., 44758 51917 216283
244668 253157 345355 348941
24 Gewinne zu je 1000 M., 214 58318 197559 184600 170997
173467 100594 244122 255096 261255 293331 313544
94 Gewinne zu je 500 M., 12394 13610 182082 23141 35811 40390
60151 52023 57430 69289 695... 91156 108665 117865 120777
124532 127014 128332 137874 139307 148231 152497 164595
171383 172003 182239 183149 188860 197819 202717 207073
209663 210979 212197 229761 233706 238214 245872 250812
251611 260176 268454 273354 290947 294909 327882 348313
170 Gewinne zu je 300 M., 3889 3781 4201 10595 16813 19698
20429 29883 30444 34355 34423 38438 39576 47518 50249 54613
60539 68841 71986 72521 78472 88255 90582 91710 95075 95950
126844 130236 131828 132268 138545 142414 143521 146272
152779 159912 169728 173802 174470 180014 182212 183836
185579 187436 195695 195064 195465 196778 204908 210698
218014 220741 226891 237258 239986 268887 289922 277837
282439 286286 288484 288700 289646 292754 294420 298793
300042 306886 310083 312941 313427 321080 320548 331096
333126 333429 334536 334656 338399 338889 341934 342042
343143 344061 346294

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin
SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr:
Rastelli
und die übrigen
Sensationen!
Sensations- u. Sonntag
2 Vorstellungen
8^{1/2} und 8 Uhr,
3^{1/2} zu ermäßig.
Preis d. ganz e
Programm
Walhalla-Theat.
Waldweg Tägl. 8^{1/2} U.
Nur noch heute!
Es war einmal
in Heidelberg
Vorzeiger dies. zahl.
für Park. 60 Pf.
Ab Freitag 6^{1/2} Uhr:
Ben Hur
Schauspiel in 7 Akt.
Kunzky-Film
Th. Königsplatz, St.
Hasenheide 21 10
8 Uhr: Die
treue Nympe
Elizabeth Bergner
Komödienhaus
Norden 6301
8 Uhr:
Dover - Calais
Johann v. Thielmann,
Reinhardt.

Die Vorteile einer guten Schreibmaschine
werden Ihnen erst bewußt, wenn Sie eine
Neue Mercedes Modell 5
benutzen, denn ihre Schreibgeschwindigkeit ist unübertroffen, die Durchschlagskraft
erstaunlich und ihr spielend leichter Gang macht das Schreiben zum Vergnügen.
Fordern Sie Druckschrift 3341 und unverbindliche Vorführung (auch der
elektr. Schreibmaschine Mercedes-Elestra) von unserer Generalvertretung
Ferdinand Schrey GmbH., Berlin SW 19, Beuthstr. 2-3 Fernruf: Merkur 2415, 15
Mercedes-Büromaschinen-Werke, Zella-Mehlis i. Thür.
Zur Leipziger Messe: Techn. Messe, Halle 12, Stand 197-200.

Wehrmacht und Sozialdemokratie

Das neue Buch von Julius Deutsch.

Von Hermann Schülinger.

In dem Augenblick, in dem der Bürgerblock glaubte, die „Wehrfeindlichkeit“ der deutschen Sozialdemokratie zu einer grundlegenden Umstellung der deutschen und der europäischen Politik benützen zu müssen, erscheint im V. H. W. Dieh-Verlag eine Broschüre des ehemaligen deutschösterreichischen Wehrministers Julius Deutsch („Wehrmacht und Sozialdemokratie“), die mit schlagenden Worten alle die Redensarten Gehler's und Reinhardt's von der utopisch-pazifistischen Verfeuchung der deutschen Sozialdemokratie abtut und über die Grundsätze der modernen sozialdemokratischen Wehrpolitik Klarheit schafft.

Julius Deutsch ist nicht irgendwer. Er hat als Offizier der k. u. k. österreichisch-ungarischen Armee zusammen mit Otto Bauer das österreichische 30 000-Mann-Heer aus dem Boden stampft und ihm nach seinem Rücktritt aus dem Wehrministerium bis auf den heutigen Tag als „Parlamentarismuskommissar für das Heerwesen“ seinen republikanischen Charakter gewahrt. Als Führer des „Republikanischen Schutzbundes“ hat er mit dem deutschen „Reichsbanner“ und den Wehrpolitikern des republikanischen Deutschland, vor allem mit Paul Löbe, engste Fühlung bewahrt und nicht zum erstenmal sein Wort mit allem Nachdruck in die deutsche Reichswehrdebatte geworfen.

Julius Deutsch rechnet zunächst mit dem Schlagwort ab, die internationale Sozialdemokratie habe seit ihrem Bestehen nur im „Knochenerweichenden Pazifismus“ geschweigt und überall die „Landesverteidigung“ sabotiert. Gewiß, argumentiert Deutsch, die gefühlsmäßige Abneigung des Proletariats gegen den kapitalistischen Interessens- und Eroberungskrieg war zu allen Zeiten außerordentlich groß und hat sich auf internationalen Meetings und Kongressen unzweideutig durchzusetzen gewußt. Daneben aber hat die Sozialdemokratie mit ihren führenden Köpfen in Deutschland (Bebel), Österreich (Viktor Adler) und Frankreich (Jean Jaurès) höchst reale sozialdemokratische Wehrpolitik gemacht, die Miliz gefordert und die internationale Abrüstung verlangt. Niemals aber sei sie, seit dem ersten internationalen Arbeiterkongress zu Paris im Jahre 1889, vom Prinzip einer vernünftigen „Landesverteidigung“ und von einer höchst nützlich-nachhaltigen Betrachtung der militärpolitischen, zwischenstaatlichen Gegebenheiten abgewichen!

Auch die Weglassung der Absätze über die proletarische „Wehrfähigkeit“ im österreichischen Einzer und im deutschen Heidelberger Programm bedeute keineswegs einen Verzicht der Sozialdemokratie auf jede Art von Landesverteidigung oder jede Art proletarischen Selbstschutzes im Bürgerkrieg. Obwohl sich Julius Deutsch ziemlich unverhohlen angesichts der hoffnungslosen, europäischen Entwaffnungsmißere für die Uebergangszeit bis zur Festigung des internationalen Rechts auf den Standpunkt der Miliz stellt und ihr einen besonderen Wert auch für innerpolitische Machtkämpfe beimißt, bekennt er doch, daß die Frage „Miliz oder Söldnerheer“ bei den militärpolitischen Bedingungen des Verfallens der Demokratie nur im Zusammenhang mit der gesamteuropäischen Abrüstung von der nächsten Generation gelöst werden wird.

Die Sozialdemokratie verurteile in der heutigen, ungeklärten militärpolitischen Lage weder den „Wehrgedanken“ an sich, noch ein bestimmtes Wehrsystem:

„Wenn wir von Militarismus reden, meinen wir kein bestimmtes Wehrsystem. Wir verstehen unter Militarismus das Bestreben der Militärs, über ihr engeres Fachgebiet hinaus zu greifen und, anstatt dem Staate zu dienen, ihn zu beherrschen. Wo die zivile Verwaltung von militärischen Einflüssen nicht bewahrt ist, wo die Militärs eine gesellschaftliche Sonderstellung bekleiden und Vorrechte genießen, wo die Leitung des Staates unter dem Druck militärischer Kommandostellen steht —, dort gibt es einen Militarismus.“

Die Abwehr des Militarismus ist für die Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit. Aber ihr Kampf gegen den Militarismus braucht und soll keine Ablehnung des Militärs sein. So entschlossen die Sozialdemokratie gegen alle militäristischen Bestrebungen kämpfen muß, so falsch wäre es, wenn sie einem Volke zumuten wollte, nicht militant, nicht wehrhaft zu sein.“

Im übrigen zieht Julius Deutsch die Folgerungen aus der Gestaltung der deutschen und der österreichischen Wehrpolitik der letzten Jahre, indem er die Forderung erhebt: Das sozialdemokratische Proletariat muß im Zeitalter der faschistischen und der kommunistischen Diktatur „wehrrhaft“ sein! Die Wehrmacht der von der Sozialdemokratie mitgetragenen Republik muß vom politischen Einfluß des durchweg antidemokratischen Offizierskorps losgelöst und hundertprozentig republikanisch sein:

„Ueber keine Bestimmung des österreichischen Wehrgesetzes sammeln die Reaktionen mehr als über die, die den Soldaten die politischen Rechte sichern. Ihr Schmerz ist zu verstehen, denn der Soldat mit politischen Rechten ist ein ganz anderer Mensch, als der, den die Reaktion für ihre Zwecke benötigt. Die

Sozialpolitik im Reichstag.

Der deutschnationale Arbeitervertreter gegen den Achtstundentag.

Vizepräsident Graefe eröffnete die gestrige Reichstags-Sitzung mit der vom Haupte mit Beifall aufgenommenen Mitteilung, daß das Befinden des Präsidenten Löbe sich wesentlich gebessert habe und daß er sich jetzt außer Gefahr befinde. Der Vizepräsident bittet um die Ermächtigung, dem Benehmen die Glückwünsche des Hauses übermitteln zu dürfen, und spricht die Hoffnung aus, daß bald wieder der Tag kommen werde, wo der Präsident wieder im Reichstage erscheinen könne. (Beifall.)

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Lambach (Dnat.) wendet sich gegen die Bestrebungen, das Reichsarbeitsministerium abzubauen. Die sozialpolitische Gesetzgebung müsse einheitlich gestaltet und die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeitnehmer in das politische, wirtschaftliche und soziale Leben gesichert werden. Dem Problem der Erwerbslosigkeit könne nur zu Leibe gegangen werden, wenn der deutschen Landwirtschaft in entscheidender Weise geholfen werde. In anderen Ländern, z. B. in Italien, habe man erkannt, daß nicht nur Beschäftigung, sondern auch Nahrung beschafft werden müsse. Solange das bei uns nicht geschehe, sei auch die Arbeitslosenversicherung nicht lebensfähig. Die Selbsthilfe dürfe durch die obligatorische Arbeitslosenversicherung nicht erdrückt werden. Der durch die Kriegsverluste verursachte Ausfall in den mittleren Lebensjahren und die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer werde zu Beitragserhöhungen in der Altersversicherung in den nächsten Jahren führen. Der Redner wendet sich gegen den schematischen Achtstundentag, mit dem man nur das Wirtschaftsleben vergemaltigen würde. Der große Streik in England habe gezeigt, daß wir mit unserem Schlichtungswesen auf dem rechten Wege seien. Man solle aber den Kreis der tariffähigen Gewerkschaften weiter ziehen und auch den neugebildeten Organisationen die Möglichkeit geben, ihre Dabeinberechtigung zu beweisen. Die internationale Sozialpolitik sei bisher unbefriedigend gewesen. Dem deutschen Arbeitnehmer im Auslande müsse die Sicherheit gegeben werden, daß er den von ihm gewünschten Arbeitsplatz einnehmen könne. Die deutschen Konsulate müßten sich seiner in dieser Beziehung mehr als bisher annehmen.

Abg. Erxleben (Dem.) vermißt die Mitarbeit des Reichswirtschaftsrats und des Reichswirtschaftsministeriums bei der Rationalisierung der Betriebe. Während das Reichstutorium für Wirtschaftlichkeit sich dieser Aufgabe mit großem Fleiß und Geschicklichkeit annähme, sei bei den führenden Staatsmännern die propagandistische Mitarbeit zu vermissen. Da die Rationalisierung vorübergehend die Arbeitslosigkeit vermehre, müsse der Arbeiterschutz die wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme klargestellt werden. Der gute Wille der Arbeiter sei bei der Modernisierung der Betriebe von großer Bedeutung und könne auf die Dauer nur hergestellt werden, wenn die Vorteile der Rationalisierung auch den Arbeitnehmern zugute kämen. In dieser Hinsicht seien von den rationalisierten Industrien die nötigen Maßnahmen noch nicht getroffen worden.

Der nötige Abschluß könne nur gesichert werden, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung mindestens ebenso steige wie die Produktionsvermehrung.

Auch hier fehle die zielbewusste propagandistische Arbeit des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministers; beide sollten sich über die Weiterführung der Rationalisierung, über die Preis- und Lohngestaltung, die sich aus ihr ergebe, und über die planmäßigen Wege, wie die erforderlichen Lohnsteigerungen ohne Streit und Ausperrungen durchgeführt werden können, Rechenschaft ablegen. Es sei nicht gelungen, beim Arbeitszeitschlichtung zwischen

Unternehmern und Arbeitern eine Verständigung herbeizuführen. Wenn hier nicht schleunigst eine Umkehr erfolge, so werde Deutschland bald von schweren sozialen Kämpfen, Streiks und Ausperrungen erschüttert werden.

Abg. Veier-Dresden (Wirtsch. V.) warnt vor einer Ueberspannung der Sozialpolitik. Bedauerlich sei, daß die Anstellung von Arbeitslosen an Zwischigstellen zwischen Reich und Preußen scheitere. Man solle nicht der Reichsbahn durch Kanalbauten Konkurrenz machen, sondern lieber die Arbeitslosen bei Straßenbahnbauten beschäftigen. Staatliche Behrwerbstätten, wie sie die Sozialdemokraten fordern, könnten keine Facharbeiter heranziehen. Staat und Gemeinden sollten Handwerk und Gewerbe durch Aufträge unterstützen. Dadurch würde auch Beschäftigung für Lehrlinge geschaffen werden. Die Mietzinssteuer dürfe nicht für Verwaltungsausgaben verwendet werden, sie müsse zum Teil auch den Hausbesitzern für Instandsetzungsarbeiten zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Schmarzer (Bayer. V.) versichert, daß mit der neuen Regierungsbildung die Sozialpolitik nicht zum Stillstand kommen werde. Der Haushalt des Arbeitsministeriums habe sich ja auch gegen das Vorjahr nicht verschlechtert, und der Minister sei derselbe geblieben wie unter der alten Koalition. Die Arbeitslosenversicherung und die jetzt bald zur Beratung stehende Erhöhung der Invalidenrenten seien übrigens alle Forderungen nicht einer, sondern sämtlicher Parteien.

Solange wir keinen Wohnungsüberschuß haben, könne von einem Abbau der Zwangswirtschaft nicht die Rede sein.

Der private Wohnungsbau komme sehr langsam wieder in Gang, aber ohne den gemeinnützigen Wohnungsbau sei die Wohnungsnot nicht zu beheben. Die Erhöhung der Mieten werde eine Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Massen bringen, aber auf die Dauer lasse sich die Miete in ihrer jetzigen Höhe nicht aufrechterhalten. Die Länder müßten einen Teil der Mehrbelastung der Mieter zum Bau von Wohnungen verwenden. Der Radikalismus habe leider nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Angestellten und dem Mittelstand Fortschritte gemacht. Das sei darauf zurückzuführen, daß große Volksschichten heute schlechter leben als vor dem Kriege. Um so mehr müsse deshalb für den Ausbau der Sozialpolitik gesorgt werden.

Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen. Die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird um 6 1/2 Uhr auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Aufwertungsfragen im Reichstage.

Unterbrochene Verhandlungen.

Gestern nachmittag traten die Führer der Regierungsparteien im Reichstage zu einer Besprechung zusammen, die sich in der Hauptsache damit befaßte, bis zu welcher Grenze die Aufwertungsbestimmungen — vor allem für die Altbesitzer — günstiger gestaltet werden können. Die Verhandlungen, die sich im Anfangsstadium befinden, sollten eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien herbeiführen, um dann mit der Regierung selbst einen Weg zur Erfüllung der dringlichsten Wünsche zu finden.

Wie jedoch bei dem Charakter der Rechtsblockregierung nicht anders zu erwarten war, wurden die Aufwertungsverhandlungen sofort nach Beginn wieder abgebrochen. Es wurde davon gesprochen, daß die Regierung selbst vielleicht eine Vorlage darüber einbringen wird.

Raktion möchte so wie in der Zeit der Monarchie durch das Offizierskorps über willkür- und rechtlose Soldaten herrschen können. Der von ihr ersehnte sogenannte „unpolitische“ Soldat ist der entrechte, verfallene, seinen Offizieren völlig ausgelieferte und eben deshalb zu jedem politischen Mißbrauch benutzbare Woffenträger.

Die Vertiefung der politischen Rechte an die Soldaten bedeutet in ihrem Ergebnis eine Entpolitisierung der Wehrmacht, nämlich eine Vorbeugung gegen ihren Mißbrauch zu politischen Zwecken.“

Das Fiasko der deutschen republikanischen Wehrpolitik aber führt Deutsch auf die antimilitaristische Haltung der deutschen Arbeiterschaft, die dem Ruf Roskes nicht gefolgt sei, und auf gewisse Regieschler im Ressort des ersten Reichswehrministers zurück.

Es mag völlig dahingestellt bleiben, wie der „Ruf Roskes“ an das deutsche Proletariat hätte herangebracht werden müssen. Fest steht, daß die im Jahre 1920 noch 200 000 Mann starke Reichswehr noch etwa 100 000 ehemalige „Kapitulanten“, d. h. durchweg den unteren Volksschichten entstammende Männer enthielt, die zusammen mit ihren meist politisch völlig indifferenten Berufsgenossen ebenso einen republikanischen Kern der deutschen Wehrmacht hätten bilden können wie in Österreich die militärtechnische Elite des Proletariats. Erst die in Deutschland viel schwerer zu meißelnde „Offiziersherrschaft“, die Zerstückelung des „Reichsverbandes der Berufssoldaten“ und die Entwindung der staatsbürgerlichen Rechte der Reichswehrsoldaten unter dem zweiten Wehrminister schufen das „Nakum“, den lustigeren Raum, in dem Gehler's Reichswehr entstand und die Armee der deutschen Revolution zerbrann.

Ein wichtiges Gebiet schneidet Julius Deutsch zum Schluß noch an, die organische Verbundenheit von Wehrgedanken und Proletariat für jede Art von Landesverteidigung und die militärische Wertlosigkeit jeder Armee im Maschinenzeitalter der Gegenwart ohne die Mithilfe der Arbeiterschaft:

„Ein Hunderttausendmann-Heer ist nach der bisher üblich gewesen und noch immer und besonders in Deutschland sorgsam gehegten Art militärischer Betätigung ein Nichts. Es wäre aber eine gar nicht so unbrauchbare Waffe, wenn es als ein Industrieheer ausgebaut werden würde. Ein so kleines Heer wie die deutsche Reichswehr dürfte sich nicht den Luxus leisten, den Großteil seiner Mannschaft zu einer Infanterie — und das noch dazu in veralteter Form — auszubilden... Das Streben der Reichswehr müßte vielmehr dahin zielen, ein technisches Heer zu werden, denn darin allein kann seine Zukunft liegen. Man kann mit Fug und Recht sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob Deutschland überhaupt einen militärischen Schutz braucht. Aber man soll uns nicht einzureden suchen, daß das, was Deutschland heute an Militär besitzt, in dieser Beziehung irgendwie in Betracht käme. Ganz anders lägen unsere Erachtens die Dinge, wenn die deutsche Reichswehr, anstatt sich als ein Kader zu organisieren, dem im Kriegsfall allerlei reaktionäre vaterländische Verbände anzuschließen, sich als ein Kader für ein Industrieheer betrachtete. So ohnmächtig die deutsche Reichswehr einem äußeren Feinde gegenüber ist, wenn sie sich auf die vaterländischen Verbände stützt, so mächtig könnte sie sein, wenn die industrielle Arbeit zu ihrer Unterstützung bereitstände.“

In dem Augenblick, in dem sich der Bürgerblock anschickt, „deutsche Politik“ gegen die deutsche Arbeiterklasse zu machen, kann man ihm nicht deutlich genug den Gedanken unseres österreichischen Genossen unter die Augen rücken.

Ein Brennum zu Öfen... blütenreine Kleidung. Darum schicken Sie bitte die zum Färben, chemisch Reinigen oder Waschen gewählten Stücke unverzüglich in die nächste Filiale oder Annahmestelle der Spindler AG. SPINDLERFELD BEI CÖPENICK / BERLIN

Volkswirtschaft und Achtstundentag.

Schlichtungs- und Staatskrise. — Die Aufgaben der Arbeiterschaft.

In den letzten Tagen hat das englische Unterhaus der Welt ein beachtenswertes Schauspiel: die englischen Bergherren hatten gegen ihre Belegschaften gerade ihre große Schlacht gewonnen, der Arbeitsminister der konservativen Regierung wollte für die Richtifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag daraus die Konsequenzen ziehen. Aber mit den Vertretern der englischen Arbeiterschaft erhoben sich die Vertreter sämtlicher Parteien einschließlich der konservativen Regierungspartei gegen den Arbeitsminister in einer Front und forderten die Richtifizierung. Da praktisch in England der Achtstundentag durchgeführt sei, dürfe man, so wurde ausgeführt, nicht auf Deutschland und Frankreich warten. England müsse durch sein Beispiel Deutschland und Frankreich zur Richtifizierung moralisch zwingen, im Interesse Englands, weil sonst England unter dem Arbeitszeit-Dumping des Kontinents erlicke und die englische Wirtschaft auf alle Zeiten aufs schwerste gefährdet wäre. So in England. In Deutschland ist man noch nicht so weit. Wohl wird in privaten Kreisen von Arbeitgebern, wo man unter sich ist, erklärt, daß man sich der Forderung des Achtstundentages nicht entziehen könne. Wir wissen das. Die heutige Regierung legt aber ein Arbeitszeitgesetz vor, das praktisch den Zehnstundentag legalisiert. Weil es den die Regierungen beherrschenden privatkapitalistischen Mächten mit dieser Legalisierung des Zehnstundentages ernst ist, ist die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands, da die Überwindung der Wirtschaftskrise von der Regelung der Arbeitszeitfrage abhängt, vor die schwerste Entscheidung gestellt, die sie seit langer Zeit zu treffen hatte.

Der Achtstundentag als volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Die gesamte organisierte Arbeiterschaft hat den gesetzlichen Achtstundentag gefordert. Das Arbeitszeitgesetz, das die Spitzenverbände verlangten, war der entscheidende Grund zur Vereinerung der sozialpolitischen und agrarischen Reaktion zur heutigen Rechtsregierung. Das ist bekannt. Die organisierte Arbeiterschaft hat ihre Forderung im gesamtwirtschaftlichen Interesse gestellt. Zu den bisher angeführten Gründen noch folgende Beweisführung: Nach einer Aufstellung des Instituts für Konjunkturforschung gingen 1926 rund 4 Milliarden Arbeitsstunden durch Arbeitslosigkeit verloren. Bei einer Markt Lohn pro Stunde entspricht dieser Arbeitsverlust einem Kaufkraft- und Umlaufverlust von 4 Milliarden Mark. Nimmt man Deutschlands langfristige Auslandsschuldung ebenfalls mit 4 Milliarden Mark an und unterstellt einen einmaligen Umschlag dieses Kapitals im Laufe eines Jahres, so entspricht die durch die jährliche Arbeitslosigkeit vertorengene Kaufkraft dem jährlichen Umlaufwert der gesamten deutschen Auslandsschuldung. Diese Auslandsschulden müssen verzinst werden. Bei rationaler Wirtschaft hätten mindestens die Zinsen für die Auslandsschuldung aus der Kaufkraft der Arbeitslosen erwirtschaftet werden können, wenn diese Beschäftigung gefunden hätten. Aber die Arbeitslosen haben nicht nur nicht arbeiten können. Sie mußten, lagen wir mit rund einer Milliarde Mark, erhalten werden, die so aber so von den arbeitenden Betrieben und Belegschaften gezahlt wurden. Das gesamte Kapital der deutschen Auslandsschuldung wäre aber in vier Jahren volkswirtschaftlich nutzlos verbraucht, wenn die Arbeitslosigkeit von 1926 nur vier Jahre lang fortdauer. Die deutsche Auslandsschuldung müßte aus der Substanz des deutschen Volkvermögens amortisiert und verzinst werden. Nun ist die Ueberstundenarbeit nicht allein die Ursache der Arbeitslosigkeit. Diese kann durch die Vermeidung von Ueberstunden auch nicht allein beseitigt werden. Da aber der Achtstundentag das Optimum an Arbeitsintensität und Anlagennutzung sicherstellt, so zeigt die Forderung des Achtstundentages unter möglicher Vermeidung von Ueberstunden für die rationelle Verwertung aller Produktivkräfte Deutschlands grundsätzlich den richtigen Weg. Es versteht sich für die organisierte Arbeiterschaft von selbst, daß der gesetzliche Achtstundentag kein schematischer ist und auch die Ueberstundenarbeit nur in der Regel, nicht in der Ausnahme ausbleiben muß. Aber die organisierte Arbeiterschaft verlangt mit Recht, daß sie diese Ausnahmen in freiwilliger Vereinbarung mit den Unternehmern frei bestimmt und jeder Zwangstarifvertrag für Ueberstundenleistung durch Verbindlichkeitsklärung nicht nur praktisch ausgeschlossen wird, sondern auch durch das Gesetz.

Vom Regierungsentwurf zur Schlichtungskrise.

Dieser ausschließlich im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse erhobenen Forderung der organisierten Arbeiterschaft hat die Rechtsregierung einen eigenen Entwurf zur Veränderung der Verordnung vom 21. Dezember 1923 entgegen gestellt. Dieser Entwurf erhebt praktisch den Zehnstundentag zur Norm, stellt den Achtstundentag praktisch in das Ermessen der Unternehmer und Behörden und hält für die betriebliche Ausdehnung der Arbeitszeit auch über 10 Stunden hinaus, solange als bis zu 10 Stunden verbindlich geschlichtet werden kann. „Dringende Gründe des Allgemeinwohls“ in Bereitschaft. Das Entscheidende ist, daß der „gesetzliche“ Achtstundentag unter den heutigen Regierungsverhältnissen mit grundsätzlicher Wirkung zur zehnstündigen Norm erhoben werden kann; sobald nämlich nach Ablauf eines Vertrages die Arbeitszeit zum Streitgegenstand wird, die Schlichtungsmaschine von den interessierten Arbeitgebern in Gang gebracht und über den Einlassungszwang und die Verbindlichkeitsklärung der Annahmewang für den Schiedspruch eintritt. Die absolut unmoralische Bestimmung, daß Tarifverträge auch für grundsätzliche Fragen des Arbeitsschutzes, wie insbesondere die Frage der Arbeitszeit, nach dem Ermessen der Schlichtungsbehörden auch entgegen dem Willen der Arbeiterschaft durch Zwangsschiedspruch geschaffen werden können, tut in diesem Kreislauf ihre Wirkung: Sie hebt den „gesetzlichen“ Achtstundentag grundsätzlich auf, macht die schematische Ueberstundenarbeit praktisch zur Regel und den angeblich „schematischen“ Achtstundentag überhaupt zur Ausnahme. Selbstverständlich ist es, daß unter den heutigen Machtverhältnissen das Reichsarbeitsministerium diese gesetzlich gegebenen Möglichkeiten im Interesse der die Regierungen beherrschenden Mächte zur Wirklichkeit machen muß.

Von der Schlichtungskrise zur Staatskrise.

Durch die sozialen Konsequenzen dieser von der heutigen Rechtsregierung gewollten Regelung, die die Arbeiterschaft nicht hinnehmen kann, ist die Krise des Schlichtungswesens gegeben. Aber diese Schlichtungskrise wird zur Staatskrise, weil die hinter der Regierung stehenden Wirtschaftsmächte alles daran setzen und daran sehen wollen, mindestens diesen Regierungsentwurf, der an dem bisherigen Zustande nichts ändert, durchzusetzen. Diese Mächte können das nur, wenn sie sich an der Macht halten. Das wiederum können sie nur, wenn sie unter demagogischer Irreführung der Öffentlichkeit sich das Ziel einer Verfassungsänderung stellen. Und

es geschieht; zwar verhüllt, aber offen genug. Nirgends hat das Gewerkschaftsgesetz Mussolinis so nachdrückliche Beachtung gefunden als in Arbeitgeberkreisen. Die schwerindustrielle Presse hat ein Trommelfeuer gegen das „Monopol“ der organisierten Arbeiterschaft geleistet, vertretenden Gewerkschaften eröffnet und diskutiert in volstem Ernst die Verschlagung der Gewerkschaften. Der Reichslandbund, die wichtigste Truppe der agrarischen Reaktion, ist in seinem Sinne auf dem March gegen Berlin: er hat gegen den parlamentarischen und für den berufsständischen Staat eine Offensivoffensive eröffnet und den deutschnationalen Abgeordneten Lambach dahin zurechtgewiesen, daß seine wirtschaftsverbändlerische und volksbürgerliche Koalitionspolitik ein Torso bleiben müsse, wenn nicht das politische Parlament durch ein berufsständisches Wirtschaftsparlament zu gleichen Rechten ergänzt würde. Der Regierung und den herrschenden Wirtschaftsmächten ist es mit der sozialen Reaktion, und weil diese nach der Lage der Dinge in Deutschland ohne politische Reaktion nicht möglich ist, auch mit dieser tödlicher Ernst. Da für die organisierte Arbeiterschaft eine Schlichtungspolitik im Sinne des Zehnstundentages im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse eine nicht ertragbare Herausforderung ist, da Angriffe gegen die politische Verfassung Deutschlands von der Arbeiterschaft im Gesamtinteresse abgewehrt werden müssen, da endlich die sozialen und politischen Kampffragen nach der heutigen Wirtschaft- und Gesellschaftsverfassung Deutschlands in der Schlichtungspraxis kulminieren, vermog das Schicksal des Regierungsentwurfs zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung das Zentrum einer Krise der Schlichtung und einer Krise des Staates zugleich zu werden.

Zum Kampf gezwungen!

Die organisierte Arbeiterschaft hat in dieser eindeutigen Lage, für die sie keine Verantwortung trägt, keine Wahl. Sie hat im Jahre 1923 dem § 5 der Arbeitszeitverordnung, der die Schaffung von Tarifverträgen durch behördliche Verbindlichkeitsklärung auch für den Fall der Arbeitszeitverlängerung zuläßt, als einer Notmaßnahme zur Überwindung der damals noch unübersehbaren Schwierigkeiten der Stabilisierung zugestimmt. Diese Notmaßnahme muß heute zugunsten der absoluten Freiwilligkeit von arbeitszeitverlängernden Verträgen auch gesetzlich fallen.

Die Arbeiterschaft verlangt das aus „dringenden Gründen des Allgemeinwohls“, und weil bei gerechter Abwägung der Interessen aller Teile des Volkes eine solche Regelung der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig ist. (Im Sinne des Artikels 1 § 6 Absatz 1 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923.) Die organisierte Arbeiterschaft darf im Gesamtinteresse nicht zulassen, daß, ähnlich wie es 1924 durch die Ueberlichkeiten im Kohlenbergbau schließlich zum Sturm der Massenverwaltungen selbst gegen die Ueberlichkeiten kam, die soziale Reaktion im Schlichtungswesen nur deshalb verankert wird, daß schließlich die gesamte Volkswirtschaft an den falschen Kosten für die fortdauernde Arbeitslosigkeit unabwehrbar leidet.

Im Gegensatz zu den heute herrschenden Wirtschaftsmächten verläßt sie den Boden der Legitimität nicht, sie stellt ihre Forderungen im Rahmen der Legitimität und verteidigt sie. Die Frage der Arbeitszeit ist eine grundsätzliche Frage des Arbeitsschutzes und darf nicht einseitigen Entscheidungen des staatlichen Verwaltungsapparates anheimgegeben werden. Man muß sich klar machen, daß, wenn der Staatsakt an so wichtige grundsätzliche Dinge herankommt, wie die Regelung der Arbeitszeit durch die staatliche Exekutive, daß man sich dann in äußerster bedenklicher Weise der Methode des Faschismus nähert, nach der die Schlichtungsbehörden alle Arbeitsbedingungen unter Verbot jedes Kampfes regeln.

So war die deutsche Schlichtungsgesetzgebung nicht gedacht, als sie gemacht worden ist; so darf sie auch nicht gedacht sein, wenn sie im Rahmen der deutschen Reichsverfassung bleiben will. Die deutsche Arbeiterschaft führt deshalb gegen den Zwangstarif über die Arbeitszeit nicht nur einen legitimen Kampf, sondern auch einen Kampf für die Aufrechterhaltung der Grundzüge der Verfassung der Deutschen Republik. Für diesen Kampf kann ihr kein Eintrag zu hoch sein.

Der Abschluß der Hapag.

Gewaltige Entwicklung. — Wozu noch Subventionen?

Wir haben gestern die Gewinnziffern des Norddeutschen Lloyd bekanntgegeben und besprochen. Heute liegt der Geschäftsbericht des Konkurrenten des Norddeutschen Lloyd, der zugleich die größte deutsche Ueberseereederei besitzt, der Hamburg-Amerikanische, vor. Die besonders günstige Frachtenentwicklung im Jahre 1926, die wir gestern als Hauptursache der günstigen finanziellen Entwicklung der Reedereien hervorgehoben haben, brachte für die Hapag ein besonders glänzendes Geschäft, da bei ihr das Passagiergeschäft nicht das Hauptgeschäft ist.

Die Entwicklung, die die Hapag im vergangenen Jahre genommen hat, ist kolossal. Die Hapag hat in dem einen Jahr 1926 durch die Rückkäufe der drei Schiffe von Harriman, die Fusion mit Austral-Rosmos (auch die Stinnes-Linien) und durch 86 200 Bruttotonnen Schiffneubauten ihren Schiffbestand mehr als verdoppelt. Gestern haben wir aus der letzten Aufsichtsratsitzung der Hapag bekanntgegeben, daß sie weitere rund 130 000 Tonnen Schiffneubauten in Auftrag geben wird, womit sich die Gesamttonnage der Hapag auf über eine Million Tonnen erhöhen wird, also mehr als je in der Vorkriegszeit in Dienst hatte. Das Gesamtpersonal (ohne Stinnes-Linien) hat sich von 8825 auf 12 750 Personen im Inland, auf den Schiffen und im Ausland erhöht. Das Aktienkapital wurde im vergangenen Jahre zweimal erhöht, einmal um 21 Millionen auf 75 Millionen, dann um weitere 55 auf 130 Millionen, worauf jetzt der Vorschlag einer neuen Erhöhung um weitere 30 auf 160 Millionen gefolgt ist. Eine solche Entwicklung einer Reederei in einem Jahre dürfte in der Welt auch dann einzigartig dastehen, wenn man die besonderen Umstände berücksichtigt, die die Hapag dazu führten. (Neuaufbau der Flotte nach dem Schiffverlust durch den Versailles Vertrag, Konzentration und Rationalisierung, Harriman-Vertrag, Subvention für den Schiffbau.) Aber auch wenn man die große Ueberlegenheit berücksichtigt, die die deutschen Handelsflotten wegen der durchgängigen Reueheit ihres Schiffbestandes gegenüber anderen Völkern haben, kann einem vor dieser Entwicklung angst werden. Es wird sich in den kommenden Jahren erst zeigen, ob die tolle Schiffbauaktivität, die nicht zuletzt durch die Subventionen ausgelöst worden ist, sich nicht an den Reedereien noch

Mitter rächen wird. Jedenfalls dürften auch die neuen Bestellungen von über 130 000 Tonnen wesentlich wieder durch die Subventionspolitik des Reiches veranlaßt sein.

Die Gewinne der Hapag aus dem vergangenen Jahre müssen gewaltig sein. Nach dem Geschäftsbericht wurden im vergangenen Jahr 80 200 Tonnen aus eigenen Mitteln der Gesellschaft gebaut. Ein großer Teil der neuen Bestellungen wird ebenfalls aus laufenden Mitteln bezahlt werden. Es handelt sich dabei um Beiträge von vielfachen 10 Millionen, die in den Bilanzen nicht erscheinen. Die Gewinn- und Bilanzziffern, die die Hapag veröffentlicht, dürften daher über die tatsächlichen Gewinne im vergangenen Jahr nicht allzu viel verraten. Immerhin ist sowohl die Bilanzsumme auf 247,9 Millionen gestiegen und mehr als verdoppelt. Dasselbe gilt für den Rohgewinn, der von 16,3 auf 32,3 Millionen erhöht ist. Dabei sind die Handlungsunkosten, Steuern und sozialen Kosten im Verhältnis stark gesunken; sie sind von 7,0 nur auf 9,3 Millionen erhöht. Aus dem Betriebsertrag von 29,5 Millionen werden 14,10 Millionen (im Vorjahr 7,98 Millionen) für Abschreibungen verwandt. Die Aktionäre erhalten 6 Proz. Dividende, wobei sich die Dividende allerdings nur auf 75 Millionen Mark bezieht, weil nur diese 75 Millionen dividendenberechtigt sind. Die Bilanz zeigt eine Stärkung des Reservecapitals von 8,0 auf 13,4 Millionen, und zwar aus den Kursgewinnen aus der letzten Kapitalerhöhung. Die Schulden sind erheblich gesunken, auf der anderen Seite zeigen sämtliche Aktivposten eine große Steigerung. Die gesamte Flotte ist mit 176,1 gegen 91,45 Millionen eingestiegen. Im Zusammenhang mit dem Erwerb der Aktien der Stinnes-Flotte und den Fusionen mit Austral-Rosmos sind die Beteiligungen von 7,8 auf 17,4 Millionen gestiegen. Wertpapiere und sonstige Beteiligungen sind von 0,6 auf 2,8 Millionen erhöht.

Die Rentabilität, die einem aus dem Geschäftsbericht der Hapag entgegnet und die wohl manche besonderen Konjunkturgründe haben mag, legt doch die Frage nahe, was man eigentlich mit den Subventionen der Reeder noch will. Entweder ist es so, daß das überfehlische Passagier- und Frachtgeschäft so glänzend ist, daß unsere großen Reedereien bauen lassen müssen, dann brauchen auch die Werften nicht besonders gefördert zu werden, oder aber es ist so, daß man tatsächlich nur die Subvention ausnützen will, um Gewinne zu häufen, dann leistet man sowohl den Werften als den Reedereien den denkbar schlechtesten Dienst. In beiden Fällen sind Subventionen gefährlich und verwerflich. Aber den beteiligten Ministern scheint es ja wirklich mehr darauf anzukommen, dem Schwerkapital auf Kosten des deutschen Volkes gefällig zu sein als darauf, ihren Aufgaben als Beauftragte des deutschen Volkes sachlich zu dienen.

Fusion in der Schnellpressenindustrie. Die Buchdruckmaschinenindustrie ist in den letzten Monaten der Gegenwart besonders starker Konzentrationsvorgänge. Vor wenigen Wochen haben sich die Fabrikanten von Rotationsmaschinen zu einer Interessengemeinschaft vereinigt, die sehr weitgehend bereits die betrieblichen und Marktverhältnisse einer Fusion vorwegnimmt; es fehlt in wesentlichen nur der finanzielle Zusammenschluß. Vor einem Jahr etwa wurde durch Fusion die Dresden-Leipziger Schnellpressen A. G. gebildet, die zwei der bedeutendsten Schnellpressenhersteller zu einem Betriebe vereinigte. Die Dresden-Leipziger Schnellpressen A. G. nimmt jetzt eine weitere Fusion vor. Die Aufsichtsratsmitglieder dieser Gesellschaft und der ebenfalls sehr bedeutenden Faber und Schlicher A. G. haben beschlossen, ihre Betriebe rückwirkend ab 1. Januar 1927 zu vereinigen, um durch die Vorteile der Rationalisierung und der Senkung der Generalkosten ihre gemeinsame Position auf den Märkten zu stärken. Eine besondere Spezialität der zusammengeschlossenen Firmen ist der Offsetdruck, für den sie in Deutschland die größte Produktion darstellen und auch ein großes Ausfuhrgeschäft entwickeln. Das Kapital der Dresden-Leipziger Schnellpressen A. G. wird für den Fusionszweck auf 4,8 Millionen Mark verdoppelt. Die für das vergangene Jahr zu verteilende Dividende wird die Vorjahrsdividenden (10 Proz. bei Dresden-Leipzig, 6 Proz. bei Faber und Schlicher) noch übersteigen.

Die Verluste der Seehandlung gestillt. Die Breusch's Staatsbank (Seehandlung) hat heute noch trotz ihres verhältnismäßig geringen Eigenkapitals (10 gegen 100 Mill. 1913) und trotz der jetzt selbständigen Verwaltung der Reichsbahngelder eine große Bedeutung. Wie das Anwachsen der Umsatzziffern um fast 30 Proz. auf 29,4 Milliarden Mark i. J. 1926 zeigt, hat die Bank an der im letzten Jahre erfolgten allgemeinen Geschäftsbelebung des Bankverkehrs in vollem Umfange teilgenommen. Die Einlagen inländischer Banken und Bankiers sind von 54,5 auf 120,8 Mill. gestiegen, die sonstigen Guthaben von 821 auf 796,5 Mill. zurückgegangen, vor allem wohl infolge der Verknappung der öffentlichen Kassenhaltung. An staatliche Unternehmungen sind 142 (126) Mill. ausgeteilt, der Rest an Private, und zwar in voller Höhe als gedeckte Debitoren. (Die Vorsicht wird also jetzt übertrieben!) Der Zinsgewinn ist, trotz des erheblich erweiterten Geschäfts, von 14,9 auf 9,6 Mill. M. zurückgegangen, da die Bank ihre Zinspanne (im Gegensatz zu den Privatbanken) möglichst niedrig gehalten hat. Der Abbau der Zinspanne geht daraus hervor, daß zu Anfang des Jahres der Haben-Zins durchschnittlich rund 6 1/2, der Soll-Zins rund 7 1/2 Proz. betrug, während bei Jahresende die Höhe auf 5 und 4 1/2 Proz. zurückgegangen waren, die „Spanne“ also auf genau 1/2 Proz. beschränkt wurde (Provisionen aus dem Kreditgeschäft wurden nicht erhoben?) Der gesamte Reingewinn stellt sich auf 8,6 Mill. M., wovon 4,6 Mill. M. zur Tilgung des Vorjahresverlustes und 4 Mill. M. zur Bildung einer neuen Rücklage verwandt werden. Die Verluste aus 1923/24 (Barnat-Kuister) sind also nun völlig ausgeglichen, und die Verwaltung bezeichnet es als möglich, daß im neuen Jahre noch gewisse Beträge, die bisher als verloren angesehen wurden, eingehen.

Vor einem internationalen Rohstoffkartell? Die Kartellierung der internationalen Schwerindustrie bleibt in lebendigem Fluß. Nachdem erst kürzlich die Quoten Schwierigkeiten, die dem deutschen Partner durch seine Ueberproduktion erwachsen waren, vorläufig durch Heraushebung der Gesamtquote für das zweite Quartal 1927 behoben worden sind, weitere mitteleuropäische Industrien in das Rohstoffkartell aufgenommen wurden und auch die Bildung von internationalen Verkaufsvorständen bereits ins Auge gefaßt wurde, scheint jetzt der zweite große Schritt zur internationalen Kartellierung der Eisenindustrie bevorzustehen. Der Stahlkartellierung soll die Kartellierung des Roheisens vorgeliebert werden. Die Dinge wurden in der Sitzung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft am 4. und 5. März in Düsseldorf behandelt. Bei der Bildung des internationalen Roheisenkartells würde es sich darum handeln, zunächst die zwischen den westlichen Eisenproduzenten bereits bestehende lose Roheisenenteile auf die deutsche Schwerindustrie auszudehnen. Von deutscher Seite werden die Bestrebungen des internationalen Zusammenschlusses der Roheisenproduktion sehr begrüßt; jedoch wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Deutschland als Partner nur in Frage komme, wenn die quotenmäßige Bindung der einzelnen Länder in einem festen Kartell gelinge. Die deutsche Führung, die schon immer auf eine straffe Kartellorganisation hingearbeitet hat, macht sich also auch hier deutlich bemerkbar. Die Verhandlungen sollen noch Ende dieses Monats in Brüssel fortgesetzt werden.

Chlorodont

die herrlich erfrischende Zahnpaste

macht die Zähne

blendend weiß

Tube 60 Pfg. große Tube Mark 1.—

Die chinesische Hydra.

Von Arthur Holtzher.
(Schluß.)

Von den zweiundzwanzig Provinzen Chinas ist allein das nordwestliche Schansi vom Bürgerkrieg verschont geblieben; auch in anderer Beziehung ist Schansi eine Musterprovinz, blühend und kulturellen Einrichtungen und Neuerungen zugänglich. Manche Provinzen, im Zentrum Chinas gelegen, abseits von den großen Wasserwegen und daher fast außer der Welt liegend, in Geheimnis und durchdringlich gehüllt, sind, wie spärliche Kunde schauernd berichtet, durch Kämpfe, Massakern fortwährend bis zum Untergang erschüttert und vernichtet.

Ich erwähnte bereits, daß das Militär in China eine verachtete Menschengruppe darstellt. Groß war meine Überraschung daher, als ich in der kleinen, eine halbe Tagereise von Schanghai entfernten Provinzstadt Soochow eine Straßenszene beobachten konnte, die mir einen ganz neuen Begriff von dem Verhältnis des Volkes zu den militärischen Machthabern vermittelte. Auf dem Wege durch eine kleine Bazarstraße wurde ich mit meinem Begleiter durch einen Zug aufgehalten, der uns vom anderen Ende der Straße entgegenkam. Es war wie ein wüster paradiesischer Wildwestfilm. Abenteuerlich aufgetafeltes Reiterroß auf wohlgenährten Köstern, junge Burtschen mit Kauhreiterhüten, Lederhosen und mexikanischen Stieglügeln ritten vor einer Sänfte, hinter der wieder allerlei mildes und buntes Reiterroß, aber auch einige regulär uniformierte chinesische Kavalleristen stierend dahertrotzten. In der Sänfte, auf die hinten eine zusammengeworfene Matratze gebunden war, sah ein militärischer Würdenträger. Wir hielten uns an die Mauer gedrückt, um nicht unter die Hufe zu geraten. Der Würdenträger schob auf uns einen raschen scharfen Blick im Vorüberwachen ab. Es war ein blaffer, vornehmer Chinese mit lang herunterhängendem Schnurbart. Er hielt die Hände vor sich gefaltet, und seine Lippen waren eng zusammengepreßt. Wo er vorüberkam, die ganze Straße entlang, kürzten aus ihren Läden die Kaufleute hervor und knieten vor den Schwellen ihrer Läden auf dem schmutzigen, feuchten Strohpflaster nieder: Kotau vor einem Mächtigen der Erde!

Als ich dieses Erlebnis in Schanghai und Peking jungen Studenten und Professoren erzählte, wollten sie es mir nicht glauben, da es dem chinesischen Charakter so völlig entgegengesetzt wäre. („Können sie mich hoffen [verachten], solange sie mich fürchten!“)

Während der Neujahrswoche stand eine Nachricht in den Zeitungen Pekings: Die Zentralregierung hatte auf die Eisenbahnfahrarten einen Aufschlag für kulturelle Zwecke und Bildungsorganisationen, Schulen und Hospitäler verordnet — es waren in der Tat einige Millionen eingegangen, die dann von einem General, dessen Namen ich vergessen habe, mit eleganter Handbewegung für Kriegszwecke in die eigene Tasche weggeschmuggelt worden seien. Es ist mir in der Tat vollkommen gleichgültig, ob es englische, französische, japanische oder amerikanische Usurpatoren sind oder einheimische unformalisierte Räuber, die den Chinesen ausplündern. Die Generale werden auch auf den Altin, den Inlandzoll, auch auf die Salzsteuer usw. die Hand legen, wenn keine ausländische Kontrolle sie daran verhindert. Vielleicht sind sogar die „Unterstützungen“, die den chinesischen Generalen von den Mächten zufließen werden, nicht allein Zuzahlungen, die die allmähliche Fermoigung des Landes bezwecken, sondern auch Befähigungsgelder, damit kein Mißbrauch von dieser Seite mit den Zöllen und vertragsmäßigen Abgaben geschehe!

Auf alle Fälle kämpft das revolutionäre Intellektuellentum mit dem revolutionären Proletariat Chinas gleichzeitig an der Befreiung der unerhörten Bedrängnis des Volkes durch die fremden Mächte und die dem eigenen Volke entflammenden Räuber.

In der Woche nach Neujahr hat der Flugstand aus der Wüste Gobi die nördlichen und östlichen Schützengraben um die Stadt verweht und zugebedet.

In der bitterkalten Woche, die den Februar beendet, fahre ich von Peking nach Tientsin, um mich nach Dakra einzuschiffen. In Peking herrscht Ruhe, ringsum im Land Ruhe. Friedlich geht jeder seinem Gewerbe nach. Aber schon zwei Stunden hinter Peking ist zu sehen, wie das Militär seinem Gewerbe nachgeht.

Wir können nur langsam fahren, denn es sind große Jüge, Lastzüge unterwegs. Die Finguisiang-Armee wird in die Kampffront gebracht, denn Tschangtschun rückt vom Osten mächtig und mit großem Heeraufwand vor. Aber auch die Finguisiang-Leute, die zweite Volksarmee, ist gut ausgerüstet. Sie haben zwar nur kleine Feldgeschütze, Mörser und Maschinengewehre, aber Mannschaften und Offiziere sehen frisch und kampflustig aus, sie führen in den offenen Frachtwagen Pferde, Kamel mit und Automobile, neu und von guter Konstruktion. Eine Stunde hinter Peking haben Soldaten Schützengraben aus. Wieder hat sich dieser juristische Sandsturm erhoben, der das Land in eine undurchdringbare Wolke von Gelbgrau hüllt. Allmählich verschwindet die Außenwelt um unseren Zug vollkommen.

Jetzt, nach Aufnahme der Geschäftsverbindungen, nach Neujahr, ist die Frequenz der Eisenbahn wieder sehr stark geworden. In unserem Zuge ist jeder Platz besetzt. (Gott sei Dank, ich werde das Häuspern und Spucken nur noch ein paar Stunden lang hören. Hoffentlich spucken sie in der Wandschule und in Japan nicht so wild und ausgiebig wie hierzulande.) Aufmerksam und eindringlich werden die Fahrarten kontrolliert, sogar zweimal hintereinander. Jedesmal gehen hinter dem Schaffner drei Soldaten den Zug entlang, ein Offizier und zwei geringere Chargen mit dem Gewehr auf dem Rücken und schweren Revolvern in ihren breiten Ledertaschen. Jedes Billett wird von vier Augenpaaren beguckt, acht Hände umgedreht, wahrheitsförmig gegen das Licht gehalten. In meinem Wagen stimmt alles.

Auf einmal — die Kontrolle ist eben vorüber — hält unser Zug mitten auf freiem Felde. Sollte der Krieg hier und in diesem Augenblicke beginnen? Es wäre unangenehm, denn, wie verlautet, ist die Kriegführung der Chinesen seit dem letzten Zusammenstoß aus einem reinen Stellungs- und Donaufstreich zu wirklichen Feueraktionen geblieben. Es handelt sich indes um keine Aktion außerhalb unseres rollenden Zuges, sondern im Zug selbst scheint etwas passiert zu sein. Man merkt das sofort, denn aus dem Nachbarwagen fliegt auf einmal ein großes Bündel die Böschung hinab. Wir stehen alle an den Fenstern und schauen zu, was nun geschehen wird. Dem Bündel folgt ein Mensch in großem Bogen. Offenbar durch einen Fußtritt befördert, fliegt er die Böschung hinunter

Unter Reichsgerichtsräten.



„Sehen Sie, Kollege, so einen Zeitungschreiber kriegen wir in jedem Fall: Hat er die Unwahrheit geschrieben, ist es versuchter Landesverrat, hat er die Wahrheit geschrieben, ist es vollendeter Landesverrat.“

dem Bündel nach und bleibt liegen. Unsere drei Kontrollsoldaten steigen, von weiteren zwei assistiert, aus dem Zug, springen die Böschung hinunter und packen den Menschen, der soeben seinem Kleiderbündel nachgeschlagen ist. Einer packt ihn beim Halse, drückt ihm den Kopf in den Sand, zwei packen seine Beine, halten ihn fest, und ein Soldat liegt den Mensch auf dem Bauch mit dem Gesicht nach unten im Sande da. Einer von den Soldaten hat einen berben Knüttel in der Hand, den er, wie wir an den Fenstern — die anderen auf Chinesisch, ich auf deutsch — zählen, 21mal auf den Hintern des liegenden Menschen niederschlagen läßt, und zwar mit solcher Wucht, daß man das Knacken durch die geschlossenen Doppelfenster hereinhört. Offenbar ist da einer schwarz gefahren und wird dafür braun und blau geprügelt. Armer Hund. Wird er diese Behandlung überleben? Regungslos liegt er da. Beim 24. Stockstreich wird man unruhig: werden es 50 sein, dann bleibt er liegen! Aber auch so, nach diesen 25, müßte es ein Wunder Gottes sein, wenn er ohne gebrochenes Rückgrat oder Stiehlbein davonkäme. Nach dem 25. Streich gibt der Offizier dem Totomatrosführer ein Zeichen. Die vier Soldaten lassen ihr Opfer los, steigen rasch in den Zug, der sich, in den Gelenken knirschend, in Bewegung setzt. Der Mensch, der eben seine Strafe bekommen hat und den wir für halbtot hielten, krabbelt in die Höhe, faßt sein Kleiderbündel unter den Arm, grinst noch einmal zum Zug zurück und läuft, landeinwärts, als ob nichts passiert wäre, mit raschen Schritten davon. Horter Kerl. Hartes Land. Leb' wohl, China.

Die Geburt des Jazz.

Der sechsten erscheinenden Abhandlung von Paul Bernhardt: „Jazz, eine musikalische Zeitreise“ (Delphin-Verlag, München) entnehmen wir mit Genehmigung des Verlages folgenden Abschnitt über die Einführung des Jazz und die Herkunft seines Namens.

Wie die gesamte Zivilisation den Idealen und Bedürfnissen der Großstadt entspringt, so sind auch die neuen Tänze auf dem organisierten und geregelten Tumult der Großstadt entstanden. Sie haben sich in ihrer Produktion dem Tempo und dem Abwechslungsbedürfnis der Großstadtbewohner angepaßt und unterliegen in ihren Einzelheiten ebenso der Mode und ihren Wandlungen wie die Bekleidung der Frau. Denn der neue Tanz hat neben seinen musikalischen und psychologischen Fundamenten einen sehr gewichtigen Teil in seinen gewerblichen Auswirkungen. Angesichts der Tatsache, daß die Jazzband nahezu allein herrscht auf allen Tanzplätzen der zivilisierten Erde, muß daran erinnert werden, daß dieser Siegeslauf durch die Länder seinen Ausgang nicht früher genommen hat als 1915. Der Ursprung des neuen Tanzes war bisher in Dunkelheit gehüllt. Er hat, wie von jeher die echten Volkslieder und Tänze, anonom sein Wanderung angetrieben. Erst nach endlosen, mit wilder Leidenschaftlichkeit in den Zeitungen Amerikas ausgefochtenen Meinungskämpfen konnte man sich auf die Lösung der Frage nach der exakten Entstehung des Jazz in Wort und Inhalt einigen. Die Debatte gilt als beschlossene und der Wissensdurst des Forschers wie die Reugier der Millionen Tänzer und Hörer, die — mit richtigem Instinkt — diese Frage zu einer wichtigen nationalen erhoben hatten, kann befriedigt werden. Das Ergebnis der Nachforschungen, die sich auf die ungeheure Zeitspanne von — zehn Jahren erstrecken mußten, ist folgendes:

In der 31. Avenue zu Chicago hatte der Wirt des Café Schiller, Mr. Sam Hove, zur Unterhaltung seiner Gäste im Jahre 1915 einen Regier angestellt mit Namen Jasbo Brown. Dieser Burtsche blies zur Begleitung von Klavier und Banjo bekannte Melodien, Regierlieder und Tänze, indem er verschiedene Instrumente wie Horn, Sargophon, Klarinette, Oboe, Flöte beim Vortrage ständig wechselte und so auf neue Weise als Einzelnr eine große Klangvarietät darbot. Dabei hatte es aber nicht sein Bewenden, denn Dionysos segnete Regier Brown nicht nur mit himmlischen, sondern auch mit irdischen Gaben. Er bediente sich dazu der stets zahlreicher werdenden Gäste des Café Schiller, die den guten Jasbo zum Dank für seine überraschenden und belustigenden Inspirationen immer verschwenderischer mit Cocktails bewirteten. War Jasbo genügend enthusiasmisiert geworden, das heißt wörtlich des Gottes voll, vergaß er die Schranken, die bis selbige Konvention auf Grund der Vor-Jasboischen Rustepoche errichtet hatte. Er wurde souverän, sein Genie erhob sich, und er parierte und paraphrasierte seine Songs durch wagenmutige Figurationen, bisher unerlaubte, in seiner Harmonielehre begründete Dissonanzen, groteske Laich, Wein- und Schnaps-Rezitative, die um so tollkühner und halsbrecherischer wurden, je mehr sich die Hörer- und Tänzererschaft mügerlinsen füllte. Dieser wilde harmonische Expressionismus hatte aber seine feste musikalische Basis in der dem Regier Jasbo Brown eingeborenen unerlöschlichen Rhythmis, die er jovial

lächelnd gegen die Anstürme des Bacchus verteidigte. So bildete Brown auf dem Fundament des unantastbaren Grundrhythmus, der ihn vor dem Absturz ins Nichts bewahrte, eine neue Musik, bis zur Ekstase geladen mit rhythmischen und melodisch-harmonischen Improvisationen und bis zur Startheit eingeebnet in die Fesseln eines Rotors. Bald verbreitete sich sein Name. Erst entstanden Nachahmer in der 31. Avenue, dann überall in Chicago, kurze Zeit darauf spielte man „à la Jasbo“ in allen Städten Amerikas. Mit den amerikanischen Truppen kam der „Jazz“, die neue Musik, nach Europa und über die ganze Erde, wobei der brave Regier ganz in Vergessenheit geriet. Man mag der Form, in der das Genie Brown aufgetreten ist, spotten. Aber man darf nicht leugnen, daß der Regier Jasbo die in angeführten Volk schlummernden veralteten und steril gewordenen Musik- und Tanzvorstellungen durch seine Phantasie mit einer Wirkung befruchtete, die in aller Geschichte der Künste nicht erlebt wurde. Freilich ist solche Auswirkung nicht möglich, wenn nicht der Boden bereit liegt, aufnahmefähig und beherzt nach neuem Samen und fruchtbar durch die vermehrende Rolle des Altes. Aber diese Erkenntnis schmälert nicht das Verdienst Jasbo Browns als Begründers der amerikanischen Musik, und ein Mann, dessen Name zum erstenmal alle Zivilisierten der Erde in gemeinsamer Erleuchtung zu Lust und Tanz vereint, gehört der Geschichte. Er verdiente, und wäre er nur ein armer „soucast“, ein Denkmal wie Gilles, der berühmte italienische Clown, dessen Jüge, von der Hand Wallaceus festgehalten, im Louvre durch die Jahrhunderte lächeln.

Erst in den Jahren 1915 und 1916 entwickelte sich in der Tanz- und Volksmusik die Form, die wir heute mit „Jazz“ bezeichnen. Wenige Jahre vorher hatten die Rotrosen Argentinien einen Tanz an die perfektionierten Sätze der amerikanischen-europäischen Gesellschaft verschickt, den herrlichen Tango, geboren aus der tragisch-stolzen Heberlieferung spanischer Haltung und durchglüht von der Flamme und Melancholie fastlichen Büttes. Er kam noch in die von Wohlhabenheit, Dunkel und Kastanum strotzende, lodgeweihte Welt der Jahre 1910 bis 1914, voll Beachtung gemieden von Hof und Uniform, geliebt von allen tänzerisch Begabten als aristokratischer Fremdling in der Verschwiegerung nach mit Balzer und Francaise. Aber mit ihm begann die gewerbliche Verknüpfung. Die gemessenen Verhättnungen der tanzenden Paare erbeizten neue Kleiderformen. Neue Linien im Hals und Gleißen der Röcke traten hervor. Die Mode bemächtigte sich mit brennenden Händen der Aufgabe. Sie kauf Langglockfelder und -süßuren, eine Langglocke für die Bekleidungsstoffe beider Geschlechter. Die Tanzlust entflammte in der Pracht und dem Reichtum der Toiletten, sie beehrte unzählige verwaiste Sätze del Toq und Nacht. Das Gewerbe der Wirte und Kellner, Verleger und Musiker, Tanzlehrer und Akoliten, Kleider-, Schuhmacher und Friseur und der unabsehbaren Reihe ihrer Lieferanten blühte auf. Alle Interessenten griffen ineinander und gipfelten in der Erkenntnis: Das Tanzlieber darf nicht erlahmen.

Warum funkeln die Sterne? Die Sterne erscheinen unserem Auge nicht in ewiger Ruhe, sondern wir erblicken sie häufig in einem zitternden Zustande, wie wenn sie ihren Ort verlassen und schnell wieder zurückkehren. Auch in ihrer Lichtstärke, ja sogar in ihrer Farbe, wirken sie oft verändert, und es entsteht auf diese Weise das Funkeln oder Flackern der Sterne, das bei den fixen Sternen lebhafter ist als bei den Planeten. In der Nähe des Horizontes funkeln die Sterne mehr, als wenn sie sich in größeren Höhen befinden, und am deutlichsten ist das Funkeln, wenn in den oberen Regionen der Atmosphäre lebhafteste Winde wehen und Wellen rasch über das sonst klare Firmament ziehen. Die Ursache dieser Erscheinung, über die sich schon mancher den Kopf zerbrochen hat, wird von Wilhelm Voegler in einem Aufsatz von „Necans Universum“ erklärt. Das Funkeln entsteht durch die ungleiche Brechung, die das Licht in warmer und kalter sowie in feuchter und trockener Luft erleidet. Infolge dieser Strahlbrechung, die die von den Gestirnen kommenden Lichtstrahlen beim Durchgang durch die Atmosphäre erfahren, erscheint jeder Stern am Himmel höher, als er wirklich ist. Da in der Nähe des Horizontes häufig Luftströmungen auftreten, durch die ein Wechsel der Brechungsindizes von verschiedener Dichte entsteht, so ist hier das Funkeln lebhafter. Auch durch Dünste und Nebelbläschen, die die Luft bei ihrer Bewegung an einer Stelle verdrängen, wird eine stärkere Ablenkung des Lichtstrahls und damit ein lebhafteres Funkeln verursacht. Seit altersher will man in dem starken Funkeln der Sterne ein Vorzeichen nasser Witterung sehen, und die wissenschaftliche Beobachtung hat die Richtigkeit dieser Bauernregel erwiesen. Mit dem Eintritt oder dem Herannahen von Regenwetter sowie mit der Zunahme des Luftdruckes und der Temperatur wird das Sternenfunkeln verstärkt; es ist im Winter stärker als im Sommer. Das Funkeln tritt nicht nur an den Regentagen selbst deutlicher hervor, sondern schon ein bis zwei Tage früher, und nimmt unmittelbar nach dem Aufhören des Regens wieder ab. Das Auftreten heftiger Winde und Herannahen einer Barometer-Depression erhöht ebenfalls die Intensität des Funkelns.

Billige Angebote

Damen-Wäsche

- Trägerhemden** 1⁹⁵
aus gutem Wäschebillet, reich ausgestattet
- Hemdhosens** 3²⁵
aus farbigem Opal, mit Valenciennes-Spitzen reich verziert
- Prinzessröcke** 3²⁵
aus gutem Wäschebillet, mit Valenciennes-Spitzen ganz
- Nachthemden** 3⁷⁵
Nachtform, aus gutem Wäschebillet, mit farbigem Besatz
- Nachthemden** 5⁷⁵
aus feinem Wäschebillet, mit eleg. Stickerei u. Spitzenweite

- Sportgürtel** 2²⁵
mit breiten Gummistreifen und 4 Hältern
- Strumpfhalter** 1⁹⁵
Gürtel, aus gutem Jacquardstoff, 4 austauschbare Hälter

Bijouterieartikel

- Haté-Puderdosen** 95 Pf.
mit Spiegel, aparte Ausführung
- Silberne Besteckteile** 1²⁵
80 gestempelt, wie Turkenhieb, Kuchengabel mit Schneide, Zuckerlöffel, Zuckerstreuer, Obstmesser, Obstgabel, Fleischgabel, Brotgabel usw.
- Moderne Ohrringe** 95 Pf.
echt Silber, mit Perlen und Bohung

Damen-Kleidung

- Pullover** 7⁵⁰
aus gutem Kunstseid. Stoffen, in mehreren Farben
- Jumper** 7⁹⁰
Vollvoile, mit Säumchen und Spitzenweste nett verarbeitet
- Kleider** 12⁵⁰
m. lang. Ärmeln, reine Wolle, Rock in neuer Faltenstellung, mit farbigem Ansatz
- Kleider** 29⁵⁰
aus prima Rips, mit langen Ärmeln, feuchte Formen
- Mäntel** 14⁵⁰
neue gerade Form, mit Blausgarnierung

Schuhwaren

- Blonde Spangenschuhe** 11⁹⁰
für Damen, neues Modell, Pompadour-Abatz
- Graue Spangenschuhe** 11⁹⁰
für Damen, neues Frühjahrsmodell, Pompadour-Abatz
- Lack-Spangenschuhe** 11⁹⁰
für Damen, feines Modell, Pompadour-Abatz
- Lack-Spangenschuhe** 6⁹⁰ 7⁹⁰
für Damen, eleg. Modell, mit amerikanischem Abatz, Paar
- Kinder-Schnürstiefel** 6⁹⁰ 7⁹⁰
schwarz echt Rindleder, Größe 27-30

Damen-Trikotagen

- Schlüpfer für Damen** 95 Pf.
feine Baumwolle, in vielen Größen und Farben
- Schlüpfer für Damen** 1⁹⁵
Kunstseide, in den neuesten Farben, Größe 42-48
- Schlüpfer für Damen** 2²⁵
echt Ägyptisch Mako, schönes Farbensortiment, Gr. 42-48
- Hemdhosens für Damen** 1²⁵
Windelform, fein gewirkt, mit Bandträgern
- Hemdhosens für Damen** 2⁹⁵
echt Ägyptisch Mako, kurz Bein, u. Häkelabsatz, Gr. 3-6

- Morgenröcke** 3⁹⁰
aus gutem Flanellstoff, feuchte Form
- Morgenröcke** 5⁹⁰
aus gutem Flanellstoff, reich bestickt

Lederwaren

- Besuchstaschen** 2⁸⁵
in verschiedenen Lederarten
- Geldtaschen** 95 Pf.
mit und ohne Zähltasche, aus kräftigem Vollleder
- Schulmappen** 6⁹⁰
für Mädchen und Knaben, aus kräftigem Rindleder
- Frühstückstaschen** 1⁴⁵
Florida-Rindvollleder

Unsere Modellhut-Ausstellungen sind eröffnet

Leipziger Strasse,
Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Belle-Alliance-Strasse



Brunnenstrasse, Kottbuser Damm, Wilmersdorfer Str., Grosse Frankfurter Strasse, Chausseestrasse

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin
Freitag, den 11. März 1927, abends 8 Uhr,
in den Kuberos-Jesuiten, Berlin, Hindenburgstr. 21

Funktionär-Versammlung
des Kameradschaftsbezirks Ost- und Westberlin, Elektrikmeister, Charlottenburger Wasserwerke, Gasbetriebsgesellschaft.
Tagesordnung:
Stellungnahme zur Kündigung der Lohnsartef.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Am Freitag, dem 11. März, findet keine Sitzung der Mittelere Ortsverwaltung statt.
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
Die arbeitslose Generalversammlung der gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft 'Die Arbeiterfamilie' e. V. m. b. H. in Berlin findet am 20. März, vormittags 9 Uhr, im Radweg-Raun, Berlin, Alt-Moabit 20-22, statt.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht
2. Bericht über die rechtliche Stellung
3. Entlohnung des Vorstands
4. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates
5. Verschiedenes

HUNDE
Katten, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neues Krie, erverreinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Gas- u. Kohlenherde
Segen 12 Monats-Raten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Wo speist man gut u. billig?
Hier
Groß-Berlin
Alexanderplatz.

Krause-Pianos
zur Miete
W 20, Ansbacherstr. 1

Verkäufe
Originalwagen, Tafelwagen, Gewichte preiswert, Georg Wagner, Rindfleischstr. 17, 1. u. 2. Etage, Berlin, dort billigere Preise.
Klappfahrräder, Räderwagen, Motorräder mit Selbstzündung, 16, 20, 24, 28, 32, 36, 40, 44, 48, 52, 56, 60, 64, 68, 72, 76, 80, 84, 88, 92, 96, 100, 104, 108, 112, 116, 120, 124, 128, 132, 136, 140, 144, 148, 152, 156, 160, 164, 168, 172, 176, 180, 184, 188, 192, 196, 200, 204, 208, 212, 216, 220, 224, 228, 232, 236, 240, 244, 248, 252, 256, 260, 264, 268, 272, 276, 280, 284, 288, 292, 296, 300, 304, 308, 312, 316, 320, 324, 328, 332, 336, 340, 344, 348, 352, 356, 360, 364, 368, 372, 376, 380, 384, 388, 392, 396, 400, 404, 408, 412, 416, 420, 424, 428, 432, 436, 440, 444, 448, 452, 456, 460, 464, 468, 472, 476, 480, 484, 488, 492, 496, 500, 504, 508, 512, 516, 520, 524, 528, 532, 536, 540, 544, 548, 552, 556, 560, 564, 568, 572, 576, 580, 584, 588, 592, 596, 600, 604, 608, 612, 616, 620, 624, 628, 632, 636, 640, 644, 648, 652, 656, 660, 664, 668, 672, 676, 680, 684, 688, 692, 696, 700, 704, 708, 712, 716, 720, 724, 728, 732, 736, 740, 744, 748, 752, 756, 760, 764, 768, 772, 776, 780, 784, 788, 792, 796, 800, 804, 808, 812, 816, 820, 824, 828, 832, 836, 840, 844, 848, 852, 856, 860, 864, 868, 872, 876, 880, 884, 888, 892, 896, 900, 904, 908, 912, 916, 920, 924, 928, 932, 936, 940, 944, 948, 952, 956, 960, 964, 968, 972, 976, 980, 984, 988, 992, 996, 1000.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene Frodenmäntel, Sommerkleider, Giletts, Jacketts, Jagdjacken, Regenmäntel, Kappen, Hüte, Handschuhe, Socken, Strümpfe, Unterwäsche, etc.
Bericht von hochlegierten Bekleidungsstücken, Rollenbrotstoffe, etc.

Möbel
Wohnzimmermöbel, Schlafzimmermöbel, Esszimmermöbel, Büro- u. Schreibstisch, etc.
Wohnzimmer: Sofa, Sessel, Tisch, Stühle, etc.
Schlafzimmer: Bett, Kommode, etc.
Esszimmer: Tisch, Stühle, etc.
Büro- u. Schreibtisch: Schreibtisch, Stuhl, etc.

BUTTER

NEUE PREISE

- Wirklich feine Tafelbutter Pfd.** 1⁹² M.
- Allerfeinste Dänische Butter Pfd.** 2⁰⁸ M.
- Nach Butter das Beste Nordstern Extra MARGARINE Pfd.** 88 Pf.
- Nordstern Gold Das feinste Auszugmehl Nordstern Wiener In 5 Pfd. Originalbeutel** 1⁴⁵ M.
- Ganz frische Eier 10 Stück** 98 Pf.

Verkaufsstellen:

- Norden:**
 - Offener Straße 14
 - Müllerstr. 120
 - Lüderstr. 5
 - Reuterstr. 106
 - Fehrmannstr. 4
 - Triftstr. 41
 - Tegeler Straße 20
 - Gerickestr. 8
 - Reinickendorfer: Berliner Str. 2
 - Tegel: Berliner Str. 94
 - Trudowstr. 21
 - Wiederstr. 7
- Osten:**
 - Bellagstr. 13
 - Magazinstr. 17
 - Landwehrstr. 1
 - Wilmstraße 9
 - Wilmstr. 48
 - Kaustenberg Str. 5
 - Hohenschloß 16
 - Hohenschloß 46
 - Königsplatz 117
 - Zionskirchplatz 15
 - Wilmensdörfer Str. 43
 - Stahler Straße 28
 - Börsenstraße 47
 - Drothmaler Str. 27
 - Schlesinger Straße 43
 - Bornholmer Str. 92
 - Weidenstr.: Langhausstraße 28
- Südosten:**
 - Weseler Straße 74-76
 - Reichenberger Straße 100
 - Reichenberger Str. 2
 - Oranienstr. 19A
 - Rathenowstr. 21
 - Neue Poststraße 12
 - Sauerstr. 17
 - Güterstr. 11
 - Döberitz Str. 14
- Süd:**
 - Tempelhofer: Berliner Straße 126
 - Berliner Straße 100
 - Hohenzollernstraße 1
 - Mariendorfer: Chausseestr. 204
- Westen:**
 - Charlottenburg: Grünauer Str. 22
 - Lohmeyerstr. 12
 - Schöneberg: Großgörschenstraße 4
 - Kaiser-Friedrich-Allee 1
 - Friedrichstr. 18
 - Lichterfelde: Drahtstr. 22
 - Siemensstadt: Nonnensteinallee 2
- Nordwesten:**
 - Alt-Moabit 128
 - Reichenberger Straße 2

Möbel, Teilschlafung, Weiß, Stuhl, etc.
Zweihandlung für alle Arten von Möbeln, etc.
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Chausseestraße 100
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Fahrräder
Drei Mark Bodenwelle, 15 Mark Anschlag, etc.
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Kaufgesuche
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Unterricht
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Verschiedenes
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Geldverkehr
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Vermietungen
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Arbeitsmarkt
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Stellenangebote
Kaufmann: Berlin, Chausseestraße 100

Baugesinnung und Bauberatung.

Neue Wege zur Gestaltung des Städtebaues.

Einer Aussprache über das Thema der Bauberatung und ihrer Bedeutung für die Berliner Verhältnisse war kürzlich ein Vortragsabend des Landesbezirks Brandenburg des Bundes Deutscher Architekten (BDÄ) gewidmet. Die Befürworter einer Bauberatung gehen von dem durchaus richtigen Gedanken aus, daß uns seit vielen Jahrzehnten eine eigene Baugesinnung fehlt, die uns inhandgeleitet hätte, unsere Städte und Dörfer so auszubauen, daß sie uns eine wahrhaft schöne und lebenswerte Heimat geworden wären, während es bis vor kurzem in den Städten eine wilde und schlimme Anhäufung von Mietkasernen und unerträglich geschmacklosen Brunnhöfen gab und in den Dörfern eine stumpfsinnige, geistlose Nachahmung nicht nachahmenswerter städtischer Vorbilder. Deshalb fordern Baukünstler, die ihrer unzulänglichen Zeit voraussehen, aber hier und da die Möglichkeit haben, ihre Ideen und Wünsche in die Wirklichkeit umzusetzen, eine Beratung aller Bauenden, der Bauherren wie der Baumeister und der Baubehörden.

Stadtbaurath Bräuning-Tempelhof ging zuerst auf das Gesetz gegen die Verunstaltung von hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907 ein, dessen erster Paragraph einen Bau verbietet kann, wenn dadurch eine gröbliche Verunstaltung des Landschafts- bzw. Stadtbildes eintritt, während der § 2 anordnet, daß auf bestimmten Plätzen von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung die Baugenehmigung verweigert werden kann. Berlin hat nun durch Ortsgesetz diesem Paragraphen Gebiete von außerordentlichem Umfang unterstellt, muß jetzt aber daran gehen, die Grenzen dieses Paragraphen enger zu ziehen. Andererseits muß der Paragraph verschärft werden, denn nicht allein gegen Verunstaltung, sondern auch gegen Beeinträchtigung des Stadtbildes muß eingeschritten werden. Neuerdings werden in den östlichen und nördlichen Außenbezirken Berlins sehr viele Einfamilienhäuser gebaut, Objekte etwa von 15 000 bis 20 000 M., die in ihrer Gesamtheit das Stadtbild Berlins jetzt schon außerordentlich beeinflussen. Baupolizeiliche Baugenehmigung kann nicht gut verweigert werden. Nun baut jeder, wie es ihm oder seinem Baumeister gerade einfallt. Hier ist Bauberatung unbedingt notwendig, und zwar durch die städtischen Hochbauämter. Wesentlich anders ist es im Westen. Hier sind die meisten Häuser baukünstlerisch einwandfrei, aber es fehlt die Gesamtwirkung zustande. Eins hebt das andere wieder auf. Es kommt aber nicht so darauf an, daß sich im Westwesen ein schrankenloser Individualismus durchsetzt, als vielmehr darauf, daß das gesamte Niveau gehoben wird. Das Straßensystem muß wieder eine einheitliche Grundgesinnung spielen. Die Wohnungszwangswirtschaft hat durch das enge Zusammenarbeiten von kommunalen Baubehörden und privaten Architekten dazu geführt, daß der Häuserbau eine durchschnittliche künstlerische Höhe erreicht hat, die die Leistungen der Vorkriegszeit weit übertrifft. Es macht sich hier eine Art von Planwirtschaft bemerkbar, die zu guten Ergebnissen geführt hat.

Kochmeister Heinz Stoffregen sprach sodann von dem Standpunkt des einzelnen Architekten aus. Die Bauberatung hat ihre besten Erfolge in Ostpreußen gehabt. Städte und Dörfer waren im Krieg vernichtet worden. Die Baumeister haben beim Wiederaufbau auf die Lösung von Bauproblemen verzichtet und in Uebereinstimmung mit den Anschauungen der Bevölkerung etwas Neues gebaut, was in jeder Hinsicht erfreulich und

befriedigend wirkt. Es ist unter Mithilfe der Bauberatung ein guter ehrenhafter Durchschnitt erreicht worden, und das soll ja auch der Zweck der Bauberatung sein. Leider ist in Berlin in einer Zeit, in der ein Mann wie Ludwig Hoffmann maßgebend war, ein solcher erstrebenswerter ehrenhafter Durchschnitt nicht erreicht worden. Jetzt aber geht es in Berlin um Aufgaben größten Stils. Jetzt soll Vorbildliches für spätere Zeit geschaffen werden. So, wie bisher, darf es nicht weitergehen. Hamburg hat ganz anderes als Berlin geschaffen. Deshalb müssen in der heranwachsenden Generation die geistvollen, schöpferischen Kräfte von den verwaltungstechnisch Eingestellten gerettet werden. Der Gemeinsinn muß unter den Baukünstlern und unter den Bauherren gehoben werden. In Berlin merkt man nicht viel von der Bauberatung und ihren guten Folgen. Das wird erst anders werden, wenn die Kann-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift umgewandelt wird. — Professor Paul Schulze-Raumburg sieht die erste und einfachste Möglichkeit der Bauberatung in dem Einfluß, den künstlerisch und technisch gut ausgebildete Fachleute auf die Bauvorhaben künstlerisch Ungeübter und Unbegabter gewinnen können. Der Redner will sodann verhindern wissen, daß durch eine unentgeltliche amtliche Bauberatung den freischaffenden Baukünstlern Konkurrenz gemacht und ihr Einfluß gemindert wird, und daß durch das Streben nach einem guten Durchschnitt die Gehaltungsstufe des einzelnen allzusehr gehemmt wird. Dennoch ist die Bauberatung das einzige Mittel, um das künstlerische Bild unserer Zeit vor dem schlimmsten zu bewahren. Leider geht die Bevölkerung noch nicht mit; sie weiß und versteht vieles gar nicht, was der Baukünstler und die Bauberatung wollen. Ihr erscheint noch immer gut und schön, was der Baukünstler schon längst als unentgeltlich erkannt hat. Hier liegen die Schwierigkeiten der Bauberatung. Deshalb ist in solchen Fällen das einzige Mittel, durch objektive Denkmale feststellen zu lassen, wer recht hat. — In der Aussprache betonte Bruno Laut, daß Schulze-Raumburg die Grenzen der Bauberatung treffend charakterisiert habe. Er sieht die einzige Möglichkeit, um zu gesunden Verhältnissen zu kommen, in der möglichst großzügigsten Zusammenfassung der Bauobjekte.

Zusammenfassend darf man wohl sagen, daß die Berliner Baukünstler sich darin einig sind, daß in städtebaulicher Hinsicht in Berlin viel veräuert worden und viel gut zu machen ist. So wenig dabei die Bauberatung zu übernehmen ist, so wenig ist aber auch der Architekt eigener Prägung, der neue Wege sucht und findet, zu übersehen. Trotzdem ist der Bauberatung weit mehr als bisher Bedeutung zu schenken, weil sie geeignet ist, eine dringend notwendige neue Baugesinnung zu wecken und das baukünstlerische Gesamtverständnis der Bevölkerung auf ein höheres Niveau zu heben. Bauberatung ist ein unentbehrliches Mittel gegen architektonischen Mißbrauch und Schand, die bisher das Antlitz unserer Städte emittiert haben und noch entstehen. Der Letzte Zweck der Bauberatung kann nur sein, auch an dieser Stelle den Grundwahrheiten des neuen deutschen Menschen nach Ehrlichkeit, Einfachheit, Schönheit und Gemeinnützigkeit zum Ausdruck zu bringen. Da nun aber das Haus der augenfälligste Gegenstand im Menschenleben ist, so tut eine solche Einstellung ganz besonders not. Wie sind heute außerstande, den Gedanken zu ertragen, daß sich unsere Nachfahren einmal denken, was wir ihnen hinterlassen, ebenso sehr schämen müssen, wie wir uns heute dessen schämen, was unsere Vorfahren uns hinterlassen haben.

waren, geringer waren. Im letzten Jahr ist die Mitgliederziffer um 350 gestiegen. Die Mitgliederziffer in den letzten Jahren ist ständig und schnell gewachsen. Bei dem Volksentscheid ist von den Genossen eine fast unermessliche Arbeit bewältigt worden. Auch die Mitgliederziffer in den Landbezirken ist durch die zähe Arbeit der einzelnen Abteilungen gestiegen. Für den Bildungsausschuß sprach Genosse Schneider. Außer den acht Veranstaltungen, die die Bezirke über ganz Berlin abgehalten hatten, kamen in Neutölln noch sechs große Veranstaltungen hinzu, die zuerst sehr schwach besucht waren. Bei den letzten Veranstaltungen war die Beteiligung eine sehr gute. Leider wurden die von der Partei eingerichteten Kurse nicht gut besucht. In der sehr regen Diskussion wurde von den Genossen eine intensivere Bildungsarbeit verlangt. Nach einer Aussprache wurde ein Antrag, die Partei solle auch von den Beamten verlangen, daß sie sich freigewerkschaftlich organisieren, angenommen. Ferner wurde der Antrag angenommen, daß bei wichtigen Abstimmungen in den Parlamenten die Genossen im „Vorwärts“ genannt werden, die gefehlt, und aus welchem Grunde sie gefehlt haben. Ein Antrag, Genossen dürfen am „Volksstaat“ — dem Blatt der sächsischen „Kommunisten“ — nicht mitarbeiten, wurde angenommen. Der alte Vorstand wurde en bloc wiedergewählt. Genosse Harnisch zum ersten Vorsitzenden, Genosse Keller zum zweiten Vorsitzenden, Genosse Fechner und Arndt als Schriftführer und Genosse Eichstädt als Kassierer.

Kreis Prenzlauer Berg.

Im Bedigenheim in der Doppelallee tagte am Freitag, dem 4. März, die Kreisvertreterversammlung des Kreises Prenzlauer Berg. Genosse Döhner erstattete den Bericht vom Vorstand. Der Mitgliederbestand ist im letzten Jahr um etwa 500 gestiegen. Die Werbemaschine brachte eine Zunahme von 239 Mitgliedern. Auch die Mitgliederziffer ist erfreulicherweise erheblich gestiegen. Bei der Elternratswahl ist trotz guter Arbeit der Erfolg ausgeblieben. Die Sozialistische Arbeiterjugend hat im Geschäftsjahr in enger Zusammenarbeit mit der Partei eine Propaganda veranstaltet, die einen guten Erfolg gehabt hat. Genosse Schenk berichtete über den Bildungsausschuß. Mit der eigenen Waise und dem Sommerfest hat die Partei gute Erfolge verzeichnen können. In der sehr regen Diskussion wurden teilweise sehr scharf die Leistungen des Vorstandes kritisiert, und eine Reihe organisatorischer Anträge besprochen. Die Wahl ergab wiederum des Genossen Döhner zum ersten Vorsitzenden, des Genossen Maderholz zum zweiten Vorsitzenden und der Genossin Beria Friedrich zum Kassierer und des Genossen Riedel als Schriftführer und der Genossen Seebinder und Draim als Kassierer.

Kreis Friedrichshain.

Am 24. Februar fand im Schmidtschen Gesellschaftshaus die Vertreterversammlung des Kreises Friedrichshain statt. Genosse Buchmann berichtete über die Arbeit des Vorstandes, nachdem er die politischen Ereignisse der letzten Jahre aufgezeichnet hatte. Erfreulicherweise ist die Mitgliederziffer erheblich gestiegen. Die Klassenverhältnisse können als gut bezeichnet werden. Genosse Warden berichtete über die Erfolge der „Freien Schulgemeinschaft“. Ein Beschluß der Partei, weltliche Schulen einzurichten, konnte in kurzer Frist verwirklicht werden. Am 1. April werden die Schulen eröffnet und zwar im Schulgebäude in der Distelmayer Straße. Bis jetzt sind 630 Kinder angemeldet. In der anschließenden Diskussion wurde von der Partei eine feste Personalpolitik verlangt. In die Fraktionen und Bezirksamtsmitglieder wurde das Ersehen gestellt, keine Möglichkeit unversucht zu lassen, zur Behebung der ungeheuren Arbeitslosigkeit beizutragen. Bei der Vorstandswahl wurden alle Genossen wiedergewählt; zum ersten Vorsitzenden Genosse Buchmann, zum zweiten Vorsitzenden Genosse Bah, zum Schriftführer der Genosse Bley, zum Kassierer Genosse Ben.

Kreis Schöneberg-Friedenau.

Die Kreisvertreterversammlung des Kreises Schöneberg-Friedenau fand am 25. Februar statt. Genosse Wendi gab den Bericht des Vorstandes, nachdem er den im Berichtsjahr verstorbenen Genossen, besonders dem Genossen Fritz Zubeil, einen tief empfundenen Nachruf gewidmet hatte. Der Mitgliederbestand ist der gleiche wie im vorigen Berichtsjahr, die Mitgliederziffer ist besonders bei den letzten Wahlen erheblich gestiegen. Nach einem kurzen politischen Rückblick betonte Genosse Wendi die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Jugend und die Heranbildung von Funktionären. Die nach einer sehr regen Diskussion vorgenommenen Wahlen ergaben: Genosse Wendi zum ersten Vorsitzenden, Genosse Hauße zum zweiten Vorsitzenden, zum Kassierer Genosse Vaser und zum Schriftführer die Genossen Hagemann und Heilmig. In die Preßkommission wurde der Genosse Paulus gewählt.

Berlin, die Stadt der Arbeit.

Die Ergebnisse der Berufszählung vom 16. Juni 1925 werden in den statistischen Keimern Preußens und des Reichs bearbeitet; ihre Vollendung wird noch viele Monate in Anspruch nehmen. Mittlerweise veröffentlichten die „Berliner Wirtschaftsberichte“ die Hauptergebnisse für Berlin. Die Zahlen verdienen um so mehr Beachtung, als sie erstmalig seit dem Zusammenschluß der Groß-Berliner Gemeinden zur neuen Stadt Berlin einen sicheren zahlenmäßigen Einblick in das Gefüge der jüngsten Weltstadt geben.

Bei der Berufszählung werden die erwerbstätigen Personen im Gegensatz zur Betriebszählung nicht in den Betrieben, sondern in den Wohnungen erfasst. Daraus ergeben sich zum Teil nicht geringe Abweichungen. So sind bei der Betriebszählung die vorübergehend Erwerbslosen nicht erfasst, wohl aber bei der Zählung nach Berufen. Dagegen sind die außerhalb wohnenden, aber in Berlin Beschäftigten nur in der Betriebszählung mit eingeschlossen, während umgekehrt die in Berlin wohnenden, außerhalb Arbeitenden nur in der Berufszählung erscheinen. Als hauptsächlich erwerbstätig gelten alle Personen, die als Selbstständige, Angestellte, Arbeiter, Hausangestellte oder auch als hauptberuflich mithelfende Familienmitglieder regelmäßig einem Erwerb nachgehen. Danach ergibt sich, daß von den 4 023 907 Einwohnern Berlins 2 184 279, davon 1 383 279 Männer, 801 000 Frauen, also genau 54,3 Proz. erwerbstätig sind. Dazu kommen 751 991 Ehefrauen und 807 413 übrige Familienangehörige ohne Haupterwerb, schließlich die beruflosen Selbständigen: 280 224. Insgesamt ergibt sich, daß den 18 487 477 Männern 21 751 80 Frauen gegenüberstehen. Bei den Männern steigt der Anteil der Erwerbstätigen bis auf 74,8 Proz. Aber auch beim weiblichen Teil der Einwohnerschaft, einschließlich der Kinder sind unter je fünf Personen annähernd zwei erwerbstätig. In diesen Zahlen spiegelt sich Berlin als die Stadt der Arbeit wieder, zugleich auch die für die heutige Zeit so charakteristische starke Beteiligung des weiblichen Geschlechts am Berufsleben.

Der bei weitem größte Teil der Erwerbstätigen entfällt auf die beiden Gruppen: Industrie und Handwerk mit 1 112 956

und Handel und Verkehr mit 650 958. Rechnen wir hierzu die Frauen, die sonstigen Familienmitglieder und die bei den Angehörigen dieser Gruppe tätigen Hausangestellten (63 628), so kommen wir auf die statistische Zahl von 3 044 363 Personen. Das ist mehr als drei Viertel der Gesamtbevölkerung der Hauptstadt, die aus Industrie, Handel und Gewerbe ihren Lebensunterhalt beziehen. Die Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft usw. sind naturgemäß in der Großstadt nur schwach, und zwar mit 19 837 Erwerbstätigen vertreten. Vergleichsweise stark vertreten sind infolge der Anhäufung der großen öffentlichen und privaten Verwaltungen in der Reichshauptstadt und deren umfangreichen Einrichtungen auf dem Gebiete des Kunst-, Schul- und Bildungswesens die Berufsgruppe Verwaltung, Heerwesen, freie Berufsarten, die 170 510 oder 8,2 Proz. der Erwerbstätigen umfassen. Im Gesundheitswesen (einschl. Wohlfahrtspflege, eingerechnet auch die in Krankenhäusern und in der offenen Krankenbehandlung tätigen Ärzte, Apotheker, Hebammen, Fleischbeschauer, im Bekleidungs- und Desinfektionswesen usw.) sind 63 547 Personen oder 3 Proz. beschäftigt. Der Abteilung „Beruflose“ sind die von eigenem Vermögen Lebenden, Pensionäre, Renten- und Unterstützungsempfänger, Studierende, Anstaltsinsassen aller Art zugewiesen. Die Zahl all dieser Personen ohne Beruf beträgt 280 224, mit ihren Angehörigen nicht weniger denn 400 696 oder 10 Proz. der Gesamtbevölkerung. Eine ungeheure Anzahl von Menschen, die in gewissem Sinne außerhalb des eigentlichen Erwerbslebens stehen. Das sind zunächst die ersten großen Ergebnisse der statistischen Erhebungen, denen in längeren Abständen weitere Einzelbearbeitungen folgen werden.

Unsere Kreisdelegiertenversammlungen.

Kreis Neutölln.

Die Kreisdelegiertenversammlung Neutöllns wurde am 7. März in den Postkassen-Festhallen abgehalten. Den Geschäftsbericht gab Genosse Harnisch, der in seinen Ausführungen betonte, daß gerade in Neutölln, einer Arbeiterstadt, die Werbemöglichkeiten für die Partei, solange wir indirekt oder direkt an der Regierung beteiligt

Selbstbereiteter Sirup heilt den Husten

Unfehlbar, sicher und billig

Husten artet bei Vernachlässigung gerne in Lungenleiden aus. Gegen die ersten Anzeichen von Husten oder Gähmung muß sofort vorgegangen werden. Nehmen Sie einen bis zwei Kaffeelöffel Ansy- (dreifach konzentriert) Hustensirup. Sie können zu Hause mit 60 Gramm Ansy (dreifach konzentriert), in jeder Apotheke erhältlich, ungefähre ein halbes Liter Ansy-Hustensirup herstellen, der bei einem Drittel des Preises besser ist als die meisten fertigen Präparate. Sie mischen die 60 Gramm Ansy mit 250 Gramm in einem viertel Liter kochendem Wasser gelöstem Zucker. Das ergibt genügend Hustensirup für mehrere Wochen. Schon die erste Dosis lindert die Entzündung der Atmungsorgane ganz außerordentlich. Kinder lieben ihn, und viele Mütter finden ihn unentbehrlich als Hausmittel gegen jede Halsentzündung, Heiserkeit, Infuenza, Asthma oder Bronchitis.



Man raucht jetzt die duftreiche - mildfeine Gadëra-Cigarette in Kästchen aus Japanholz und auch in KAH-Packung. Sie kostet in allen Tabakläden 6 Pf das Stück

